EU-Beamte: Bis zu 63 Urlaubs- und Feiertage S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 1 – 7. Januar 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Blasen zum (Wahl-)Kampf: Alexander Dobrindt (CSU, l.) und Sigmar Gabriel (SPD) Montage *PAZ* und Bild: L. Barth/dapd

Zurück ins Lager

Was die Parteien mit dem angekündigten »Richtungswahlkampf« bezwecken

Politiker von Regierung und Opposition stimmen sich auf einen „Lagerwahlkampf" ein. Ihr Ziel ist es, enttäuschte Stammwähler zu disziplinieren.

Dem schwindenden Vertrauen im Volk wollen die Strategen der großen Parteien offenbar mit einem Lagerwahlkampf begegnen. SPD-Chef Sigmar Gabriel kündigt schon jetzt eine „Richtungswahl" 2013 an, ähnliche Töne kommen von den Grünen. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt warnt im Gegenzug vor einem Linksblock aus SPD, Grünen und Linkspartei, der „Deutschland abschaffen" wolle.

Für beide Parteienlager, Rot-Grün wie Schwarz-Gelb, böte ein solcher Lagerwahlkampf erkennbare Vorteile. So leiden Union und FDP unter der massiven Enttäuschung ihrer Stammwähler. In der Euro-Politik hat die Regierung grundlegende Verträge und Versprechen gebrochen oder ihrem Bruch zugesehen, so etwa dem vertraglichen Verbot, für die Schulden anderer Staaten geradezustehen. Das Versprechen, der Euro werde „so hart wie die Mark", erscheint gerade bürgerlichen Wählern als Makulatur. Auch in der Energiepolitik, bei der Wehrpflicht, in der Arbeitsmarktpolitik (Mindestlohn) oder der Gesellschaftspolitik (Frauenquote) hat die schwarz-gelbe Regierung für beträchtlichen Unmut in ihrer Anhängerschaft gesorgt.

Dies alles hat die Neigung zur Wahlenthaltung im gleichen Maße gefördert wie es das mögliche Reservoir einer neuen Gruppierung rechts der Mitte vergrößert hat. Wird der enttäuschten Wählerschaft indes das bedrohliche Feindbild eines „Linksblocks" aus Sozialdemokraten, Grünen und Postkommunisten als Alternative zum derzeitigen Regierungsbündnis vorgehalten, könnte dies die aufgehäuften Widersprüche überbrücken und die enttäuschten Wähler doch noch einmal disziplinieren.

> Stammwähler haben sich in großer Zahl enttäuscht abgewandt

Ähnlich sieht die Lage für die SPD aus. Hinter sozialstaatlichem Populismus („Reiche" höher besteuern) schimmert eine Politik hindurch, die über Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden („Euro-Bonds") und eine laxe Geldpolitik („Geld drucken") gerade die deutschen Kleinsparer und Lebensversicherten teuer zu stehen kommen dürfte. Es wird der SPD schwerfallen, dies ihrer Wählerschaft zu erklären. Ähnliches gilt für die Grünen, deren Anhängerschaft schwerpunktmäßig jener Mittelschicht angehört, deren Geld von der Euro-Politik von Rot-Grün noch weit heftiger gefährdet würde als von jener der Regierung Merkel. Um hier gegenzusteuern, haben SPD und Grüne das gemeinsame Interesse, ihre verunsicherten Stammwähler populistisch gegen eine „Koalition der sozialen Kälte und ökologischen Verantwortungslosigkeit" in Stellung zu bringen und sie so zurück ins Boot zu holen.

Dem deutschen Wahlvolk blüht nach den Ankündigungen ein Dauerwahlkampf, in dem laute Parolen viel, konkrete Inhalte jedoch relativ wenig Platz einnehmen dürften. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ausgewulfft

Es ist beispiellos, mit welcher Konsequenz der designierte Ex-Bundespräsident Christian Wulff in diesen Tagen seine Selbstdemontage betreibt. Nicht genug, dass er sich überhaupt in Dinge verstrickt hat, die strafrechtlich irrelevant sein mögen, aber nicht mit dem hohen moralischen Anspruch an den Inhaber des höchsten Staatsamtes vereinbar sind. Nicht genug damit, dass fast täglich neue Details seiner kritikwürdigen Kreditgeschäfte ans Licht kommen. Und nicht genug damit, dass er zu seiner Verteidigung wie ein ertappter Kleinkrimineller agiert. Nein, nun kommt auch noch heraus, dass er wiederholt versucht hat, eine negative Berichterstattung über sich zu verhindern. Damit ist das Maß voll. Wulff ist kein politischer Provinzfürst, der unbeschadet versuchen kann, den Redakteur einer Regionalzeitung in die von ihm selbst gesteckten Schranken zu weisen. Er ist das Staatsoberhaupt, das die Pressefreiheit zu achten und zu schützen hat. Stattdessen hat er einem Redakteur mit „unangenehmen Konsequenzen" gedroht und in einer minutenlangen Droh- und Schimpftirade – glücklicherweise vergeblich – versucht, erst den Chefredakteur einer weiteren großen meinungsbildenden Zeitung, dann den Verlagschef und schließlich sogar die Mehrheitsaktionärin unter Druck zu setzen. Das ist mehr als ein kurzzeitiger Kontrollverlust oder eine einmalige Entgleisung. Vielmehr scheinen Wulff alle Sicherungen durchgebrannt zu sein.

Viel ist von der Würde des hohen Amtes die Rede, das nicht beschädigt werden dürfe. Ganz Recht, das gilt aber für das Amt und nicht für den derzeitigen Amtsinhaber. Die Würde des Amtes kann nur Wulff selbst noch wahren. Durch Rücktritt. Es hat sich ausgewulfft.

Rechte am Online-Pranger

»Computer-Anarchisten« veröffentlichen gestohlene Daten im Internet

Das lose organisierte Computer-Hacker-Kollektiv „Anonymous" nimmt die vermeintlich rechte Szene ins Visier. Die Gruppe, deren Mitglieder sich selbst als „anonyme Anarchisten" bezeichnen, hatte über das soziale Netzwerk „Twitter" zu Internet-Attacken aufgerufen, woraufhin zum Jahreswechsel verschiedene Internetseiten lahmgelegt wurden, darunter „Altermedia Deutschland", das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme" und „DS Versand". Außerdem starteten die Netz-Anarchisten ihre „Operation Blitzkrieg", indem sie das Enthüllungsportal „Nazi Leaks" einrichteten. Auf der Seite finden sich durch illegale Cyber-Attacken erbeutete Daten. Dazu gehören die Liste der NPD-Parteispender, Kundendaten von angeblich besonders von der rechten Szene frequentierten Versandhändlern wie Thor Steinar, Odin Versand und Nationales Versandhaus sowie eine Liste mutmaßlicher Autoren der Wochenzeitung „Junge Freiheit". Die umfangreichen Listen enthalten teilweise sogar Anschriften, Telefonnummern und E-Mail-Adressen. Außerdem ist interner E-Mail-Verkehr des NPD-Bundesvorstandes abrufbar. Inwieweit die ins Netz gestellten Daten zutreffend und aktuell sind, ist noch unklar. Einige Listen fanden sich schon in der Vergangenheit im Internet, lassen sich nun aber auf einer Seite konzentriert lesen.

> Namen und Adressen offen abrufbar

Die Internetseiten rechter oder auch nur vermeintlich rechter Gruppierungen sind für linke Computer-Hacker schon lange ein beliebtes Ziel. Mit diesem Online-Pranger bekommt der „Kampf gegen Rechts" indes eine neue Dimension, die tief in das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen eingreift. Datendiebstahl, Denunziation und Diffamierung scheinen den selbst ernannten politischen Tugendwächtern offenbar legitime Mittel in ihrem Kampf gegen den politischen Gegner zu sein. *Jan Heitmann*

Stromausfälle häufen sich

Folge der »Energiewende«: Aussetzer gefährden Produktion

Warnungen hatte es gegeben: In den Anhörungen der „Ethikkommission" zur Energiewende, welche die Bundesregierung nach dem Atomunfall von Fukushima eingesetzt hatte, wies ein Aluminiumhersteller deutlich darauf hin, dass eine nicht mehr sichere Stromversorgung sein Unternehmen in der Existenz gefährden könne. Die Kommission ging über die Einwände hinweg, acht von 17 deutschen Kernkraftwerken wurde quasi über Nacht abgeschaltet.

Jetzt zeigt sich, wie berechtigt die Warnung war: In einem Brandbrief an die Bundesnetzagentur beschwert sich die deutsche Tochter des norwegischen Aluminium-Herstellers Norsk Hydro über eine „beunruhigende Häufung von Netz- und Frequenzschwankungen" seit vergangenem Sommer. Dabei handelte es sich um Aussetzer von oft weniger als einer Sekunde, weshalb Privatkunden davon nichts mitbekamen. Doch für die komplizierten Produktionsabläufe seien schon geringe Schwankungen hochriskant, wie Norsk Hydro in dem Schreiben vom 27. Dezember mitteilt, welches das „Handelsblatt" zur Jahreswende veröffentlichte. Notstromaggregate helfen nicht gegen Blitzaussetzer, da sie erst nach etwa zehn Sekunden hochgefahren seien, heißt es.

> Deutschlands Vorteil wird verspielt

Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft, dessen Mitglieder etwa 80 Prozent des Industriestroms hierzulande abnehmen, bestätigt laut „Handelsblatt" die Meldungen von Norsk Hydro. Die Energiewende habe zu „bedenklichen Qualitätsverlusten bei der Stromversorgung" geführt.

Die besonders sichere Stromversorgung galt bislang als hervorstechendes Merkmal des Produktionsstandortes Deutschland. Damit ist es seit der abrupten Energiewende vom Sommer 2011 offenbar vorbei. *H.H.*

Zwischenruf

Wünsche für 2012

Die Menschen in Deutschland haben im Hinblick auf das Jahr 2012 Wünsche und Erwartungen. Diese Hoffnungen richten sich auf die Themen: Erhaltung des Friedens, Sicherung oder Verbesserung der persönlichen, materiellen Lebensbedingungen, und Erhalt / Verbesserung der eigenen Gesundheit.

Nicht sehr groß ist die Schar derjenigen in Deutschland, die darüber hinaus 2012 auf eine Veränderung in Politik und Gesellschaft hoffen. Da es sich aber bei diesen Menschen um eine staatstragende, verantwortungsbewusste Gruppe handelt, wollen wir ihnen eine Stimme geben.

Wir wünschen uns für das Jahr, dass in der Politik weniger gelogen und mehr der Wahrheit die Ehre gegeben wird. Es ist nicht wahr, dass es Deutschland gut geht und unser Land am meisten vom Euro profitiert hat. Sechs Millionen Hartz-IV-Empfänger, drei Millionen Arbeitslose sowie eine unvorstellbar hohe Verschuldung beleuchten den tatsächlichen Zustand Deutschlands. Unser Land ist Exportweltmeister. Die Deutschen Waren werden auf der ganzen Welt gekauft, weil sie gut und preiswert sind, nicht aber weil es den Euro gibt.



Wir wünschen uns, dass im kommenden Jahr die Ausländerkriminalität mehr thematisiert wird. Es kann nicht angehen, dass Menschen als ausländerfeindlich und rassistisch stigmatisiert werden, wenn sie dieses Thema ansprechen. Wir wünschen uns, dass im kommenden Jahr die Gewalttätigkeit in der Gesellschaft mehr in den Blick kommt. In U-Bahnen, Gaststätten, auf Volksfesten und in Schulen sind in jedem Jahr Tote zu beklagen. Tendenz steigend. In Deutschland wird Gewalt nur thematisiert, wenn sie im Zusammenhang mit Rechtsextremismus steht. Das muss sich ändern. Wir wünschen uns für das kommende Jahr, dass die Visapflicht für Königsberg fällt. Merkel hat es in der Hand. Möge uns Gottes gutes Geleit für 2012 beschieden sein.

Wilhelm v. Gottberg

Bloß nicht Athen

Asylbewerber nutzen Griechenland nur zur Durchreise und der Staat schaut weg

Um Asyltourismus in der EU zu vermeiden, sollen Asylverfahren dort durchgeführt werden, wo die Zugewanderten zuerst den Boden der EU betreten. Doch Sofia und Athen umgehen diese Abmachung trotz sachbezogener, finanzieller Zuwendungen aus Brüssel trickreich.

Als bevorzugtes Ziel illegaler Einwanderer kann man Bulgarien bisher kaum bezeichnen. Seit 2000 haben nur annähernd 15000 Flüchtlinge einen Asylantrag im Balkanland beantragt. Dass rund 6000 der Antragsverfahren vorzeitig abgebrochen worden sind, hat eine einfache Erklärung: Entgegen geltendem Recht landen die meisten Asylbewerber ohne weiteren Anlass zunächst im Gefängnis. Regierungsvertreter geben den Rechtsbruch offen zu, begründen aber das Vorgehen mit mangelnden Kapazitäten in Flüchtlingslagern. Dass die abschreckenden Bedingungen eher beabsichtigt sind, wird den Flüchtlingen im späteren Verlauf der Inhaftierung deutlich: Sobald die Asylbewerber eine Erklärung unterschreiben, dass sie sich finanziell selbst unterhalten können, werden sie freigelassen.

Im Normalfall wird die wiedergewonnene Freiheit dazu benutzt, sich umgehend auf den Weg in andere EU-Länder aufzumachen. Noch einfacher würde der Weg ins übrige Europa für die Flüchtlinge, wenn Bulgarien Mitglied der Schengen-Zone werden sollte. Bis jetzt wird die Aufnahme noch per Veto von Finnland und den Niederlanden verhindert.

Kaum Hindernisse, da Griechenland Teil des Schengen-Raums

Wie effektiv das Abwälzen von Lasten betrieben werden kann, lässt sich am Nachbarland Griechenland beobachten. Während jährlich nur etwa 1000 Flüchtlinge illegal nach Bulgarien kommen, hat sich Griechenland zum eigentlichen Einfallstor nach Europa entwickelt. Obwohl 2010 etwa 120000 illegale Einwanderer die schlecht gesicherte griechisch-türkische Grenze überquerten, haben in Griechenland nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR lediglich 10300 Flüchtlinge einen Asylantrag gestellt. Mit gutem Grund: Gerichte in ganz Europa haben die griechischen Asylverfahren inzwischen gründlich unter die Lupe genommen. Durchgehender Tenor der Urteile: Griechenland missachtet grundlegende Rechte. Obwohl die EU jährlich zehn Millionen Euro Flüchtlingshilfe nach Athen überweist, sind oft weder Unterkunft noch Verpflegung sichergestellt. Folge dieser Praxis ist, dass Flüchtlinge Griechenland lediglich als Durchgangsstation betrachten. Hindernisse stellen sich dem Menschenstrom kaum entgegen, da Griechenland als Teil des Schengen-Raums von abgeschafften Grenzkontrollen profitiert. Forderungen, wie die des stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag, Günter Krings (CDU), Griechenland wegen der Flüchtlingsproblematik aus dem Schengen-Raum auszuschließen, haben kaum eine Chance, umgesetzt zu werden.



Illegale Einwanderer in Athen im Hungerstreik: Da Griechenland bei der Behandlung der Asylbewerber selbst grundlegende Menschenrechte missachtet und sich das bei den Einwanderern rumgesprochen hat, beantragen die wenigsten dort Asyl Bild: laif

Mit ihrer Asylpraxis haben Griechenland und Bulgarien internationale Verabredungen zu Lasten anderer Länder trickreich ausgehebelt. Etwa die 2003 getroffene Dublin-II-Verabredung: Um Asyltourismus zu vermeiden, sollen die Asylverfahren in dem Land durchgeführt werden, wo die Flüchtlinge zuerst einreisen.

Noch können Bulgaren Asylbewerber nicht so leicht weiterschicken

Das Weiterreichen von Sozialkosten zu Lasten anderer Länder dürfte allerdings bald noch größere Dimensionen annehmen. Als regelrechter Sprengsatz für das deutsche Sozialsystem könnte sich die 2004 verabschiedete EU-Freizügigkeitsrichtlinie entpuppen. Gemäß der Regelung haben seit dem 1. Januar 2005 alle Bürger von EU-Staaten das Recht, nach Deutschland zu kommen, auch wenn sie hier nicht als Arbeitnehmer tätig sind. Als Erwerbslose oder Selbständige haben sie zwar in den ersten fünf Jahren keinen Anspruch auf Sozialleistungen, erlangen aber nach Ablauf der fünf Jahre ein Daueraufenthaltsrecht und einen Anspruch auf Sozialleistungen. Auf dieser Grundlage konnten erstmals im Jahr 2011 Ansprüche angemeldet werden. Es spricht einiges dafür, dass die Aussicht auf Sozialleistungen – trotz fünfjähriger Wartefrist – Mitursache dafür ist, dass Kommunen wie Berlin oder Duisburg seit dem letzten Jahr einen regelrechten Ansturm von Sinti und Roma aus Bulgarien und Rumänien erleben. Angesichts unsicherer wirtschaftlicher Aussichten in Süd- und Südosteuropa könnte sich das deutsche Sozialsystem zu einem regelrechten Zuwanderungsmagneten entwickeln.

Auf die Möglichkeit einer zunehmenden Sozialmigration nach Deutschland hat bereits Professor Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut aufmerksam gemacht, der mit einer entsprechenden Entwicklung im Laufe dieses Jahrzehnts rechnet. Ein Weg, das regelrechte „Ausbluten“ der Sozialsysteme zu verhindern, könnte darin bestehen, dass man das Wohnortprinzip bei der Sozialhilfe durch ein Herkunftsprinzip ablöst. Unabhängig von ihrem Aufenthaltsort müssten bedürftige EU-Bürger dann Ansprüche in ihrem Heimatland anmelden. Sollte die bisherige Regelung allerdings beibehalten werden, dürfte das Sozialstaatsprinzip in seiner bisherigen Form in Deutschland früher oder später insgesamt vor dem Aus stehen.

Norman Hanert

Die Schulden-Uhr: Trübe Aussichten

Nur 18 Prozent der Deutschen rechnen für 2012 mit einem Abbau der Staatsschulden. Besonders gering ist die Hoffnung bei den 30- bis 39-Jährigen, wo dieser Wert gar nur zehn Prozent beträgt. Das ist das Ergebnis einer TNS-Emnid-Umfrage. Überhaupt sind die Deutschen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung eher skeptisch. Und die Profis geben ihnen Recht. So wird laut „Economist Intelligence Unit“ das Bruttoinlandsprodukt 2012 in der Euro-Zone um 0,3 Prozent schrumpfen. *M.R.*

2.029.818.883.331 €

Vorwoche: 2.028.851.713.598 €
Verschuldung pro Kopf: 24.845 €
Vorwoche: 24.833 €

(Dienstag, 3. Januar 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Europa eine Seele geben«

Ex-muslimischem EU-Parlamentarier ist EU nicht christlich genug – Gegen Abtreibung und Türkei in der EU

Am letzten Arbeitstag des Europäischen Parlaments vor Weihnachten hat der Europa-Abgeordnete und bekannte italienische Konvertit zur katholischen Kirche Magdi Cristiano Allam in Brüssel seinen Austritt aus der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch die CDU/CSU angehört, bekannt gegeben. Die EVP habe sich zu sehr von ihren christlichen Wurzeln entfernt, begründete Allam den Schritt. Bei Fragen des Lebensschutzes lehnt Allam die Gewissensfreiheit für die Abgeordneten ab. Es gibt unwiderrufliche Werte, die nicht Objekt von Entscheidungen sein können, dazu zählen vor allem die „Heiligkeit des menschlichen Lebens, die Würde der Person, die zentrale Stellung der natürlichen Familie und die Religionsfreiheit, für die die Christen in der Gegenwart durch Diskriminierung, Verfolgung und Auslöschung am teuersten bezahlen“. Er fühle sich nicht mehr in der Lage, für die „nicht verhandelbaren Prinzipien“ der katholischen Kirche, so wie sie von Papst Benedikt XVI. definiert wurden, innerhalb der EVP weiter eintreten zu können, erklärte Allam der italienischen Tageszeitung „Il Giornale“. Die Einführung der Abtreibungspille RU-486 im Piemont durch den christdemokratischen Regionalpräsidenten Bresso Casini habe das Fass zum Überlaufen gebracht.

Allam war 2009 als Vertreter der christdemokratischen UDC ins EU-Parlament gewählt worden. Bereits 2009 hatte er jedoch die UDC verlassen und seine eigene

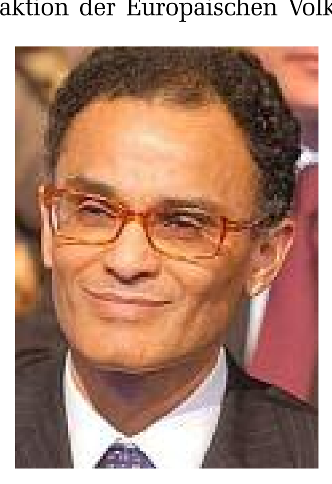
Von der Hamas bedroht, vom Papst persönlich getauft

Bewegung, „Io Amo L'Italia“ (Ich liebe Italien) gegründet. Er verlasse die Partei aber auch wegen ihrer Einstellung zum Euro, der „als Zentrum der Einheit Europas betrachtet wird“ und somit eine Art „Super-Staat“ begründe, was sich gegen die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten richtet.

Magdi Cristiano Allam, geboren 1952 in Kairo, wuchs als Kind streng islamischer Eltern auf. Nach dem Besuch katholischer Schulen in Ägypten und dem Studium der Soziologie in Italien ab 1972 arbeitete er in den 1980er Jahren viele Jahre für namhafte italienische Zeitungen wie „La Repubblica“ oder den „Corriere della Sera“ und galt als führender muslimischer Intellektueller. Nach seiner Verurteilung des islamistischen Terrors wurde er mehr und mehr von Islamisten angefeindet, von der Hamas sogar zum Tode verurteilt. Bekannt wurde er einer außeritalienischen Öffentlichkeit durch seine Konversion vom Islam zum katholischen Glauben in der Osternacht 2008. Die Taufe nahm Papst Benedikt XVI. selbst vor, was zu einem Aufschrei in der islamischen Welt geführt hatte.

Seit der letzten Europawahl im Jahr 2009 gehörte Allam als Mitglied der italienischen Christdemokraten dem EU-Parlament an. Nach seinem Austritt aus der EVP-Fraktion wird er als unabhängiger Abgeordneter innerhalb der Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ wirken. Dort möchte er alle Abgeordnete zusammenführen, die gegen die Entchristlichung Europas wirken.

Magdi Allam formulierte seinen Fraktionswechsel mit folgenden Worten: „Inspiration und Kraft finde ich in Jesu Aufforderung: ‚Euer Ja sei ein Ja, euer Nein ein Nein; alles andere stammt vom Bösen‘ (Matthäus, 5, 37). Mit Schmerzen muss ich Ihnen mitteilen, dass ich beschlossen habe, im Einklang mit meinem christlichen Glauben und nicht verhandelbarer Werte die Fraktion der Europäischen Volks-



In Kairo geboren: Magdi Allam

partei des EU-Parlamentes zu verlassen um als eigenständiges Mitglied der Fraktion ‚Europa der Freiheit und Demokratie‘ (EDF) innerhalb des Europäischen Parlaments beizutreten. Die Frustrationen zwischen meinen unzerbrüchlichen christlichen Überzeugungen und der Abstimmungsfreiheit der EVP über ethische sensible Themen wurden in letzter Zeit immer größer, dazu gehören die immer stärkere Tendenz innerhalb der EVP zu einem Europa der Banken, die Legitimierung von Militärregimen und islamistischen Integristen rund um das Mittelmeer, die darin enden wird, dass der türkischen AKP-Partei von Ministerpräsident Erdogan die Mitgliedschaft in der EVP angeboten werden wird. In der Frage der Wahlfreiheit der Abtreibung hat sich der christliche Identitätsverlust innerhalb der EVP am klarsten dokumentiert, sogar der Name christdemokratisch kommt dort gar nicht mehr vor ... Zum Gnadenstoß Europas wurde das Bündnis mit den Islamisten, was eine totale Unwissenheit über jene beweist, die Wahlen nutzen, um die Scharia oder das islamische Gesetz aufzuzwingen. Ich liebe Europa, ich liebe Italien, aber ich bevorzuge die Völker Europas, die sich ihrer jüdisch-christlichen Werte nicht schämen, die nicht unverhandelbare Prinzipien verhandeln wollen, die unsere Würde nicht in Petrodollars umtauschen wollen, Völker, die in der Menschenwürde und dem Gemeinwohl unverrückbare Werte sehen. Von nun wird meine Mission sein, dazu beizutragen, Europa eine Seele zu geben.“

Bodo Bost

Bellevue ade

Von Vera Lengsfeld

Wenn der Bundespräsident gehofft hatte, sich über die Weihnachtspause vor seinem Geiz-ist-geil-Skandal retten zu können, hat er sich gründlich getäuscht. Im Café Einstein Unter den Linden, dem Journalistentreff der Hauptstadt, gibt es nur ein Thema: Wulffs Versuch, durch Intervention beim „Bild"-Chefredakteur Kai Diekmann, beim Verlagschef Matthias Döpfner und sogar bei Verlegerin Friede Springer die Veröffentlichung seiner Kreditaffäre zu verhindern. Wie konnte der Noch-Bundespräsident sich so vergessen und seine Drohungen auf dem Anrufbeantworter verewigen? Die Antwort ist ganz einfach: Wulff ist Opfer der Arroganz der politischen Klasse, die längst agiert, als würden die Regeln für die Normalbürger nicht für sie gelten.

Nicht, dass Wulff glaubt, sich mit dürren Erklärungen, in denen er nur einräumt, was ihm ohnehin schon nachgewiesen wurde, im Amt halten zu können, ist inzwischen der größte Skandal. Nein, es ist die Weigerung der Opposition, vom Bundespräsidenten Konsequenzen zu fordern.

Angefangen von Siegmar Gabriel (dem Möchtegern-Kanzlerkandidaten der SPD, der am Neujahrstag den künftigen Lagerwahlkampf ausgerufen hat und die Notwendigkeit einer „neuen Ehrlichkeit" verkündete) über dessen diverse Parteifreunde bis hin zu den Grünen und den Linken: Bis Redaktionsschluss dieser Zeitung keine Rücktrittsforderung, von niemandem.

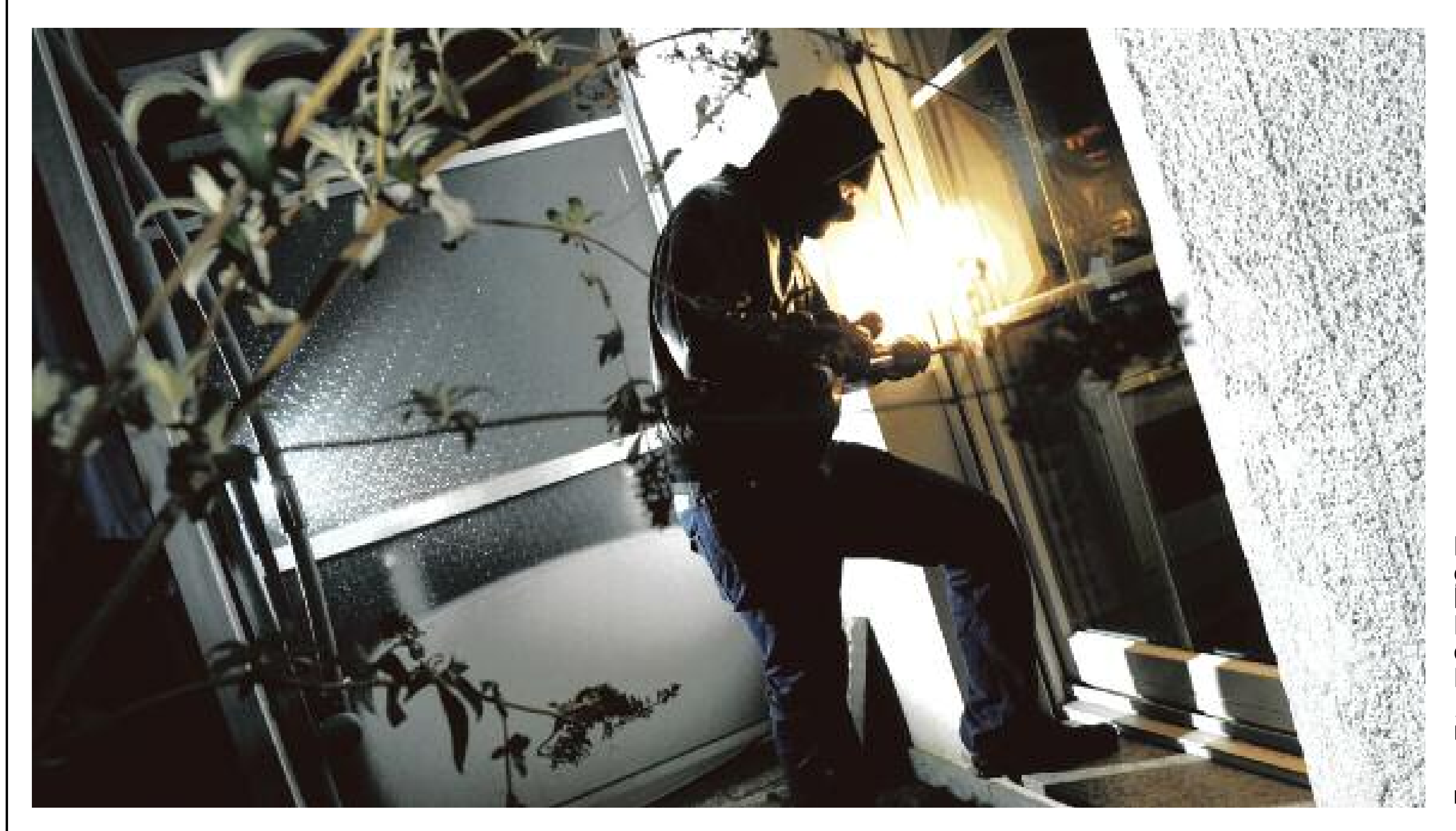
Die CDU hofft auf den „Johannes-Rau-Effekt", der seinerzeit seine Flugaffäre einfach ausgesessen hat und danach, wie die Politiker glauben, immer noch einen respektablen Präsidenten abgab. Sie übersieht, dass Raus Krisenmanagement vergleichsweise professionell war. Wulffs Ansehen ist inzwischen so beschädigt, dass er nur noch eine Karikatur dessen ist, was er zu sein vorgab, aber anscheinend nie war. Übertroffen wird Wulffs Chuzpe nur von den Politikerforderungen, die Diskussion um das Fehlverhalten des Bundespräsidenten zu beenden, weil sie das „Amt beschädigt".

Das Amt wurde erstens nachhaltig dadurch beschädigt, dass es von der Kanzlerin als Abschiebeposten für einen vermeintlichen innerparteilichen Konkurrenten missbraucht wurde. Zweitens durch das Verhalten des derzeitigen Amtsinhabers, der indirekt selbst eingeräumt hat, dass sein Kreditgebaren oberfaul war, indem er seinen „rollierenden" Kredit, mit dem er das umstrittene Privatdarlehen abgelöst hat, Anfang Dezember in einen Festzinskredit umwandeln ließ.

Es gibt einen Ausweg aus dem Dilemma: Der Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten ist nur zu retten, wenn das nächste Staatsoberhaupt vom Volk gewählt wird, damit es nie wieder zum Spielball von Parteiinteressen wird.

Zur Plünderung freigegeben

Brandenburg: Kriminalität osteuropäischer Banden grassiert – doch Polizei soll stark schrumpfen



Nur zögerlich gesteht Brandenburgs rot-rote Koalition den Ernst der Lage ein: Einbrecher bei der „Arbeit" (Szene nachgestellt)

Bild: Lennart Preiss/dapd

Einen erheblichen Anstieg der Kriminalität in Berlin belegen nun veröffentlichte Zahlen. Der Zuwachs geht vor allem auf eine massive Steigerung der Eigentumsdelikte zurück, die von gut organisierten osteuropäischen Banden begangen werden.

„Wir haben einen Aufwärtstrend, der zum Teil besorgniserregend ist." Mit diesen Worten bestätigt die von der amtierenden Berliner Polizeipräsidentin Margarete Koppers vorgelegte Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2011, was viele Berliner schon länger gefühlt haben: Berlin wird immer unsicherer. Vor allem bei den Eigentumsdelikten – vom Wohnungseinbruch über den Trickbetrug bis zum Fahrraddiebstahl – sind die Zuwachszahlen enorm. Die vorläufige Statistik, die noch nicht die Dezemberzahlen enthält, weist bei den Wohnungseinbrüchen eine Zunahme um 24 Prozent gegenüber 2010 auf.

Von Januar bis November registrierte die Berliner Polizei 9730 Einbrüche in Wohnungen. Im Durchschnitt sind das pro Tag 27. In Villen drangen Einbrecher 1640 Mal ein – eine Steigerung um mehr als ein Viertel zum Vorjahr. Den Hintergrund der enormen Steigerungsraten deutete Polizeipräsidentin Koppers zumindest an: „Zugange sind organisierte Tätergruppen, die zum Teil aus Osteuropa anreisen."

Was sich hinter der zurückhaltenden Formulierung vermutlich verbirgt, macht ein Blick nach Köln deutlich: Ähnlich wie in Berlin hat auch dort die Zahl von Wohnungseinbrüchen drastisch zugenommen. Der Leiter der zuständigen Kölner Kriminalinspektion, Thomas Sawatzki, räumte gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger" ein: „60 Prozent der Einbrüche werden von Roma verübt. Die Täter reisen oft nur für kurze Zeit ein, bleiben lediglich ein, zwei Tage hier." Die Vorgehensweise dürfte in Berlin nicht grundlegend anders sein. Berlins amtierende Polizeipräsidentin sieht durch die geografische Lage sogar noch einen besonderen Nachteil für die Stadt: „Berlin ist besonders belastet – wegen der kurzen Wege nach Osteuropa, wo das Diebesgut zum Teil auf Bestellung veräußert wird."

> Hauseinbrüche um mehr als ein Viertel angestiegen

Insgesamt weist die vorläufige Bilanz knapp 454 700 Straftaten aus. Ohne Berücksichtigung des Dezembers sind das fast 18 500 Fälle mehr als im Vorjahr. Während die Zahl der Delikte damit um 4,3 Prozent gestiegen ist, sank die Aufklärungsquote um 2,2 Prozent auf 46 Prozent ab. Wie der rot-schwarze Senat gegensteuern will, machte der neue Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) deutlich: „Wir werden uns vor allem darauf konzentrieren, die Polizei personell zu stärken und die Präsenz in der Fläche zu verbessern." Konkret sollen in den nächsten fünf Jahren insgesamt 250 zusätzliche Polizisten eingestellt werden.

Damit würde der Berliner Senat genau das Gegenteil von dem einleiten, was in Brandenburg geplant ist. Im Zuge der Brandenburger Polizeireform soll die Personalstärke von derzeit 8900 Polizisten um bis zu 1900 Beamte verringert werden. Der von der rot-roten Landesregierung geplante Personalabbau scheint sich politisch allerdings immer mehr zum Fiasko zu entwickeln und der oppositionellen CDU Aufwind zu verschaffen. In der Uckermark haben Anfang Dezember 92 Unternehmer eine Petition an den brandenburgischen Landtag gerichtet. Ihr Ziel: mehr Polizeipräsenz.

Weder Alarmanlagen noch Peilsender an Fahrzeugen haben den immer mehr um sich greifenden Diebstählen von Autos und sogar großen Land- und Baumaschinen bei Firmen bisher unterbinden können.

Nach dem Wegfall der Grenzkontrollen und dem weitgehenden Abzug von Landes- und Bundespolizei scheinen sich osteuropäische Diebe mittlerweile so sicher zu fühlen, dass selbst am helllichten Tage gestohlen wird. Die Opfer haben zunehmend den Eindruck, sich sogar Mafia-ähnlichen Organisationen gegenüber zu sehen, die auf gezielte Bestellung von Abnehmern in Osteuropa aktiv werden. Die Diebstähle führen bei den Firmen in der ohnehin strukturschwachen Uckermark nicht nur zu enormen Schäden und Betriebsausfällen, sondern auch zu immer höheren Versicherungsprämien. Wenn ein Unternehmen wie in einem konkreten Fall innerhalb eines Jahres 14 Mal von Diebesbanden heimgesucht wird, liegen die Nerven zusätzlich blank.

Nachdem die betroffenen Unternehmenschefs ihre Petition an Abgeordnete der CDU übergeben haben, scheint die Thematik der zunehmenden Kriminalität entlang von Oder und Neiße indes auch bei Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zur Chefsache geworden zu sein. Angekündigt ist ein Besuch Platzecks bei den betroffenen Unternehmern und eine gemeinsame Diskussion mit dem Innenministerium über mögliche Maßnahmen.

Während früher vom brandenburgischen Innenressort die Sicherheitslage im Grenzgebiet zu Polen pauschal als „stabil und sicher" bezeichnet wurde, wird mittlerweile immerhin eingeräumt, dass die Kriminalitätsrate in den betroffenen Regionen um 20 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegt. Die Lage dürfte sich sogar noch weiter verschärfen, wenn an der geplanten Polizeireform unverändert festgehalten wird. Ein Vertreter der Gewerkschaft der Polizei hat bereits darauf aufmerksam gemacht, dass momentan erst 100 der geplanten 1900 Polizeistellen abgebaut sind. Der eigentliche Kahlschlag bei der Brandenburger Polizei, inklusive zu erwartender Folgen, steht also erst noch bevor.

Norman Hanert

Schatten der Planwirtschaft

Staatskonsum in Berlin und Sachsen-Anhalt am höchsten

In Berlin und Sachsen-Anhalt wird die unternehmerische Freiheit deutschlandweit am stärksten eingeschränkt. Gleichzeitig schöpft der Staat in den beiden Ländern mehr Wirtschaftskraft ab als in allen anderen Bundesländern. Dies ergab eine aktuelle Untersuchung der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Nirgendwo sonst ist der Staatskonsum gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die öffentlichen Investitionen im Verhältnis zur Gesamtsumme aller Investitionen und der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an allen Erwerbstätigen so hoch wie in den beiden Ländern. Die Werte des letztplatzierten Bundeslandes sind annähernd doppelt so hoch wie die des Erstplatzierten.

Sachsen-Anhalt rutschte gar noch von Platz 14 auf 15, während Berlin die „Rote Laterne" behielt. Die öffentlichen Investitionen machen in Sachsen-Anhalt 17,5 Prozent aller Investitionen aus, in Baden-Württemberg sind dies nur fünf Prozent, der Rest der Investitionen geht dort auf private Initiative zurück.

Das bleibe nicht ohne Folgen, so die Macher der Studie, denn: Staatlicher Konsum trage nicht zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei, denn nur dort, wo die private Wirtschaft Werte erarbeite, entstünden Mittel, die der Staat als Steuern wieder einnehmen kann. Der Leiter der Stiftung, Detmar Doerings, befand: „Mehr Freiheit lohnt sich also."

> Studie: Je mehr Staat, desto weniger Wohlstand

Auch das CDU-regierte Sachsen rangiert nur auf dem 14. Platz. Von den Neuen Bundesländern wird Thüringen auf dem elften Platz noch am günstigsten beurteilt. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern liegen demnach auf dem zwölften und 13. Platz. Langfristig scheint sich eine unionsgeführte Wirtschaftspolitik eher zu rentieren, denn Baden-Württemberg und Bayern führen die Liste an, während das seit 1945 von der SPD regierte Bremen den letzten Platz unter den alten Bundesländern einnimmt. Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, die zwar nicht durchgehend, aber die längste Zeit von der Union regiert wurden, rangieren auf dem dritten und vierten Rang.

Dass die beiden erstplatzierten Bundesländer auch zu den vier bis fünf Nettozahlern im Länderfinanzausgleich gehören – also wirtschaftlich überdurchschnittlich stark sind – stützt die Auffassung der FDP-nahen Stiftung, dass die Zunahme von wirtschaftlicher Freiheit mit einer Zunahme von Wachstum und Wohlstand verbunden sei. *Theo Maass*

Schräger Vergleich

Polit-Theater: Schlesier als Ausländer

Das Jugendmuseum Berlin-Schöneberg hat das Projekt „Heimat Berlin" vorgestellt, mit dem es demnächst auf Tournee gehen will. Der selbst gewählte Name „Historisches Konfrontationstheater" ist gewissermaßen Programm. Es geht hier um Einwanderungsgeschichte für Kinder. Die finanziellen Mittel werden vom Bundesprogramm für Toleranz und Demokratie zur Verfügung gestellt. Themen sind die Ansiedlung böhmischer Glaubensflüchtlinge im 18. Jahrhundert und die Einwanderung von Schlesiern Ende des 19. Jahrhunderts.

> Kinderprojekt klittert Geschichte

In einem Arbeitskreis sollen die Kinder drei Tage lang Tagelöhner, Dienstmädchen oder einheimische Bauern spielen. Dabei geht es um Fragen wie, ob gestreikt wird, obwohl der Lohn gekürzt wird. Ziel ist es laut den Verantwortlichen, den Kleinen Erfahrungen zu vermitteln, wie man sich als Einwanderer oder Glaubensflüchtling in einem fremden Land fühlt, welche Konflikte dabei entstehen können. Aber auch, wie sich ein gemeinsames Zusammenleben gestalten ließe.

Allerdings hinkt der Vergleich deutscher Schlesier im Berlin der Vergangenheit mit orientalischen oder afrikanischen Zuwanderern im Deutschland der Gegenwart schon gewaltig. Zudem fügten sich die Immigranten einst oft so sehr ein, dass sie bald „bessere" Preußen wurden als die alteingesessenen.

Alles in allem also versucht das „Konfrontationstheater", aktuelle ideologische Ansichten mit scheinhistorischen Bezügen aufzurüsten und den Kindern damit deren scheinbare „ewige Wahrheit" zu suggerieren. *Theo Maass*

DDR-Symbole verbieten?

Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, fordert, das zur Schau stellen von DDR-Symbolen unter Strafe zu stellen. Stein des Anstoßes sind Schauspieler, die in DDR-Uniform posieren und von Touristen Geld für Fotos einwerben. Der frühere Grenzübergang Checkpoint Charlie in Berlin-Kreuzberg ist laut Knabe so zu einem zweifelhaften Rummelplatz verkommen. Es gehe um die Würde der Opfer der Diktatur. Mauertote, Stacheldraht und Stasiterror seien grausame Wirklichkeit gewesen und keine Touristenattraktion.

Hubertus Knabe rief Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) auf, hier aktiv zu werden. „Wir erleben in Deutschland seit Jahren einen zunehmend achtlosen Umgang mit Überbleibseln der kommunistischen Diktatur", argumentiert Knabe. Dem Treiben will er mit dem Verbot einen Riegel vorschieben. *H.L.*

Roboter am Himmel

Moderne Drohnen können fast alles

Drohnen spielen bei militärischen Eingriffen eine immer wichtigere Rolle. Die USA sind keineswegs das einzige Land, das auf die unbemannten Aufklärer setzt.

Auch das Militär einer hochgerüsteten Weltmacht schaut gelegentlich dumm aus der Wäsche. So ging es den US-Streitkräften im vergangenen Dezember gleich zwei Mal. Erst ging eine ihrer streng geheimen Aufklärungsdrohnen ausgerechnet im Iran nieder, und kurz vor Weihnachten stürzte ein weiterer Robot-Aufklärer wegen technischer Probleme auf dem Flughafen Mahé, der in den Seychellen liegt, ab.

Der Verlust der Drohne im Iran wiegt umso schwerer, als es sich bei diesem Fluggerät um eine Lockheed Martin RQ-170 „Sentinel" handelt, eine streng geheime Aufklärungsdrohne mit dem Aussehen eines großen Bumerangs, die unter anderem vom US-Geheimdienst CIA genutzt wird. Die Existenz der „Sentinel" wurde lange Zeit geheim gehalten und erst 2009 vom US-Militär offiziell bestätigt. Dagegen ist der Absturz auf den Seychellen fast eine Lappalie. Die MQ-9 „Reaper" ist ein Aufklärer und Waffenträger für mittlere Höhen, angetrieben von einer Propellerturbine, der über dem Indischen Ozean auf Piratenjagd war.

Beide Fluggeräte gehören zu einer ganzen Palette von unbemannten Flugzeugen, mit der die USA und andere westliche Länder daran gehen, die Art der Kriegsführung grundlegend zu ändern. Außerdem verweisen sie auf eine wachsende Zahl von Drohnen für zivile Aufgaben wie den Katastrophenschutz, die Erdbeobachtung, die Unterstützung von Polizei- und Rettungskräften oder die Überwachung von Windkraftanlagen auf Hoher See.

USA bilden mehr Drohnenlenker als Piloten aus

Robotflugzeuge habe viele Vorteile. Sie können länger in der Luft bleiben, weil sie keine Besatzung an Bord haben, die abgelöst werden muss. Sie können kleiner sein als bemannte Flugzeuge, aber auch leiser und weniger auffällig. Und man kann sich leisten, ein paar zu verlieren, weil niemand an Bord ist.

Das US-Militär nutzt Drohnen in einem Verbund, an den auch Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, Awacs-Maschinen, Satelliten, Kommandoposten und Kampfverbände am Boden angeschlossen sind. Aufklärungsergebnisse, Zieldaten, aber auch Einsatzbefehle können – im Idealfall – in Echtzeit übermittelt werden. Drohnen wie die MQ-9 haben sich zudem zur effektiven Waffe gegen Guerillas und Terroristen entwickelt.

Aufklärungsdrohnen lassen sich in drei Kategorien einteilen. Typen für große Höhen erreichen Flughöhen um 20 Kilometer und können über 30 Stunden in der Luft bleiben. Im US-Arsenal deckt die RQ-4 „Global Hawk" dieses Segment ab. Sie wird als „Euro Hawk" auch bei der Bundeswehr eingeführt und soll eine Staffel des Aufklärungsgeschwaders 51 ausrüsten. In Höhen um zehn Kilometer agieren Typen wie die amerikanische MQ-9 oder die bei der Luftwaffe fliegende „Heron". Die geringen Höhen sind dann noch kleineren Geräten vorbehalten, deren kleinste wie die deutsche EMT „Aladin" nur die Größe eines RC-Modellflugzeugs haben.

In den USA arbeiten Ingenieure schon seit Mitte der 90er Jahre an echten Kampfdrohnen, die dann gegen stark verteidigte Ziele wie Raketenstellungen, Flugplätze oder Befehlsbunker eingesetzt werden sollen. Bereits heute verfügen die US-Streitkräfte über rund 7000 Drohnen der verschiedenen Typen. Sie bilden mehr Soldaten zur Drohnenbedienung aus denn als Flieger.

Auch in Europa entstehen unbemannte Kampfflugzeuge. Die „Neuron" unter französischer Federführung soll zu einem unbemannten Jagdbomber führen. EADS stellt mit der „Barracuda" einen eigenen Entwurf vor, der seit 2006 mit längeren Unterbrechungen erprobt wird. Das britische Pendant dazu ist die British Aerospace „Taranis", ein Tarnkappen-Jet, der aber bisher nicht geflogen ist. *Friedrich List*



Der „Pilot" einer Drohne ist fernab des Gefahrenherds: Von der US-Luftwaffenbasis Creech in Nevada werden viele US-Drohnen gesteuert
Bild: action press

Kleine Typenkunde



Lockheed Martin RQ-170 „Sentinel" – Die RQ-170 ist ein kleines Nurflügelflugzeug mit umfangreicher Aufklärungsausrüstung. Sie fliegt bei einer stark abgeschirmten Staffel der US-Luftwaffe und erreicht Höhen um 25 Kilometer. Von dort überträgt sie Daten in Echtzeit. Erstmals geflogen ist die RQ-170 im Jahre 2007; bestätigt wurde ihre Existenz erst zwei Jahre später. Die Spannweite liegt bei 27 Metern.



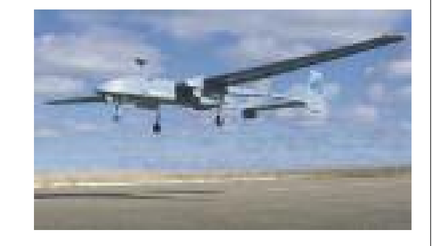
Northrop Grumman RQ-4 „Global Hawk"/„Euro Hawk" – Die mit 35 Metern Spannweite größte zurzeit in Produktion befindliche Drohne. „Global Hawk" kreist in Höhen um 20 Kilometern und liefert Bildaufnahmen in Echtzeit per Satellit an Bodenstationen oder Awacs-Flugzeuge. „Euro Hawk" ist die deutsche Version zur elektronischen Aufklärung. Weitere Interessenten sind Indien, Japan und Spanien.



General Atomics MQ-9 „Reaper" – Aufklärungs- und Waffenplattform, die auch als fliegende Relaisstation für Truppen am Boden dienen kann. Die MQ-9 ist seit 2006 im Einsatz und kann leichte Bomben sowie Lenkwaffen tragen. Die Spannweite liegt bei 20 Metern. Neben den USA verwenden auch England und Italien die RQ-9. Ein „Reaper" kann bis zu 15 Stunden in der Luft bleiben.



„Aladin" – Das deutsche Heer verwendet seit Anfang der 70er Jahre Aufklärungsdrohnen. Inzwischen haben modernere Systeme wie das Kleinflugzeug „Luna" und die Mini-Drohne „Aladin" die älteren ersetzt. Außerdem testet das Heer eine kleine Kampfdrohne zum Einsatz gegen Punktziele.



Israeli Aircraft Industries „Heron" – In Israel entwickelte Drohne, von der die deutsche Luftwaffe zurzeit drei geleaste Exemplare in Afghanistan einsetzt. Die „Heron" dient zur Überwachung des Gefechtsfeldes und zur direkten Unterstützung von Bodentruppen. Auch eingesetzt von Frankreich, der Türkei und Kanada.

Fliegende Augen

Am Sonnabend, dem 13. Dezember 2011, demonstrierten zehntausende von Moskauer Bürgern auf dem Bolotnja-Platz gegen die Manipulation der letzten Präsidentschaftswahlen. Natürlich war auch ein Großaufgebot der Polizei vor Ort. Aber etwas war anders. Über den Köpfen von Bürgern und Polizisten surrte ein kleiner ferngesteuerter Hubschrauber durch die Luft. Unter dem Rumpf drehte sich eine kleine Kamera.

Viele dachten, das sei der Geheimdienst. Dabei waren es Bürgerrechtler, die die Demonstration aus der Luft filmten und die Aufnahmen live auf eine Website übertrugen. Die Website heißt „Ridus.ru" und gehört dem Oppositionellen und Bürgerrechtler Ilja Warlamow. Den Mini-Hubschrauber hatte der Blogger und Luftfahrtenthusiast Stanislaw Sedow ausgetüftelt.

Oppositionelle filmten Demonstration

Diese Minidrohne kann sich eigentlich jeder bauen. Man braucht nur einen handelsüblichen Fernlenk-Hubschrauber, eine Minikamera mit Übertragungstechnik und eine Steuereinheit wie einen Laptop oder ein Smartphone.

Für diese Fluggeräte gibt es auch einen Namen: Es sind Mikro-Drohnen. Das Militär schaut mit ihnen hinter den nächsten Hügel oder in Häuser. Verbreitet sind sie auch unter Bastlern, Erfindern und Wissenschaftlern. In Deutschland gibt es eine rege Szene von Drohnen-Bauern. Während Wissenschaftler Mikro-Drohnen bauen, um sich zum Beispiel bei der Erforschung eines Urwald-Vulkans besser zurechtzufinden, konstruieren Heimwerker und Ingenieure exotische und bisweilen extrem kleine Fluggeräte. Sogar Umweltschützer nutzen sie – die „Sea Shepherds" überwachen mit eigenen Drohnen die Aktivitäten japanischer Walfänger in der Antarktis. *F.L.*

Fliegen ohne Pilot

Kurze Geschichte der unbemannten Luftfahrt

Unbemannte Fluggeräte sind ein selbstverständlicher, aber oft übersehener Teil der Luftfahrtgeschichte. Die Gebrüder Wright testeten die Entwürfe für ihre Flugapparate erst als Flugmodell, bevor sie selbst flogen. 1914 erschienen dann die ersten Fluggeräte mit primitiven Autopiloten, die durch die Erfindung des Kreiselkompasses möglich wurden.

In den 30er Jahren nahm die Entwicklung der Drohnen, wie sie heute genannt werden, Fahrt auf. 1931 stellte die Royal Air Force die ersten drei Zieldrohnen für Jagdflieger und Flugabwehr in Dienst. Veraltete Fairey-IIIF-Jagddoppeldecker erhielten eine Funkfernsteuerung und ermöglichten nun realistische Luftkampfübungen. 1935 begann der amerikanische Erfinder Reginald Denny mit den Arbeiten an einer kleinen, preiswerten Zieldrohne für die Flakartillerie. Ab 1940 lieferte er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges rund 15 000 Stück.

Aus Deutschland kam die V1, ein kreiselgesteuertes Fluggerät mit einem primitiven Düsentriebwerk, mit dem von Mitte 1944 bis Kriegsende Ziele in Großbritannien beschossen wurden. Heutzutage würde man die V1 bei den Marschflugkörpern einordnen. Eher eine Drohne im heutigen Sinne war die Henschel Hs 293, ein funkferngesteuertes, kleines Raketenflugzeug zur Schiffsbekämpfung. Der Operator saß dabei in einem hochfliegenden Bomber.

Menschliche Verluste können so reduziert werden

Schrittmacher der Nachkriegsentwicklung blieben die USA, gefolgt von England und der Sowjetunion. Drohnen zur Zieldarstellung setzten sich durch. Größere starteten vom Boden aus, die kleineren wurden von Flugzeugen abgeworfen und von dort gesteuert. Hinzu kamen mit Fernsteuerung ausgerüstete Jagdflugzeuge zur Zieldarstellung im Luftkampf. Damals bildete sich die Unterscheidung zwischen Drohnen und anderen unbemannten Flugkörpern heraus. Drohnen sind meist ferngelenkt und wiederverwendbar, Marschflugkörper oder Seezielraketen fliegen dagegen automatisch und sind Einweg-Artikel.

In den 60er Jahren setzten die Amerikaner erstmals Drohnen als Aufklärer und zu Kampfeinsätzen ein. Sogar die Mach 3 schnelle SR 71 konnte eine ebenso schnelle Drohne in die Nähe des Einsatzgebiets bringen. Das waren immer stark verteidigte Lufträume, in denen herkömmliche Flugzeuge zu stark gefährdet waren. Auch die ersten Aufklärungsdrohnen für die Artillerie kamen auf. Allerdings waren die Israelis die ersten, die nach den schweren Verlusten ihrer Luftwaffe im Yom-Kippur-Krieg Aufklärungsdrohnen zur Gefechtsfeld-Überwachung entwickelten.

Seit den 90er Jahren investieren insbesondere die USA in eine neue Generation von Aufklärungsdrohnen. Sie kamen während der Balkankriege erstmals zum Einsatz. Weiteres Ziel sind autonom fliegende Kampfdrohnen. Ein Experimentalmuster dafür ist die X-47, die auf Flugzeugträgern starten und landen soll. Alle zusammen werden in einem elektronischen Verbund eingesetzt, zu dem Satelliten, Kampfflugzeuge, Schiffe und Kommandozentralen an Land gehören. *F. List*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Macht zu die Tür, die Tore macht dicht

Bischöfe fordern Kirchenschließung und Gemeindezusammenlegung – Gläubige wehren sich

Zu einem bisher einzigartigen Kirchenprotest griffen katholische Christen in Duisburg. Wegen der geplanten Schließung ihrer Kirche im Jahr 2015 besetzten sie am Nikolaustag ihr eigenes Gotteshaus. Zu wenig Gläubige und zu viele Gebäude – vor diesem Problem stehen auch die evangelischen Landeskirchen.

Seit der damalige Bischof Felix Genn im Jahr 2006 das „Ende der Volkskirche“ in seinem Ruhrbistum verkündete, brodelt es im Revier. Der Plan des Bischofs, die Finanzmittel für 96 Kirchen, jede vierte im Bistum, zu streichen, stieß aber anfangs auf wenig aktiven Protest. Die über 300 Gemeinden sollten zu rund 40 Großbezirken fusioniert werden. Doch seit Genn Bischof in Münster geworden ist, hat sein vor zwei Jahren eingesetzter Nachfolger, Franz-Josef Overbeck, nun den Ärger mit zunehmend frustrierten Gläubigen, die an ihren Gotteshäusern hängen.

Überall im Land, auch bei evangelischen Schließungsvorhaben, regt sich meist dann erst Widerstand, wenn die Schließungsvorhaben konkret werden. Für die engagierten Angehörigen der betroffenen Gemeinden ist die „Profanierung“ einer Kirche meistens schmerzhaft und mit Enttäuschungen verbunden. Die Kirchenmitglieder verbinden mit den Gebäuden oftmals wichtige biografische Ereignisse wie Taufe, Erstkommunion, Konfirmation oder eine Eheschließung. Treue Gottesdienstbesucher verlieren ihre fußläufig erreichbare Kirche.

Aus der Perspektive der jeweiligen Kirchenleitungen sieht die Sache freilich anders aus. Die Einnahmen aus Kirchensteuern sprudeln nicht mehr so reich wie noch in den 60er oder 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, wo viele neue Kirchen gebaut wurden. Die katholische Kirche in Deutschland besitzt heute rund 24 500 Gebäude, wovon höchstens drei Prozent geschlossen werden sollen, wie die katholische Bischofskonferenz mitteilte. Das wären rund 700 Kirchen. Betroffen sind vor allen Gegenden, in denen sich die Bevölkerungsstruktur durch Geburtenrückgang oder Migrationsbewegungen stark verändert hat. Auch der zurückgehende Gottesdienstbesuch der Gläubigen und Kirchenaustritte spielen eine Rolle.

> Noch in den 70er Jahren wurden viele Kirchen gebaut

Diese Faktoren kommen im Duisburger Norden, wo seit 2008 die größte Moschee Deutschlands steht, wie in einem Brennglas zusammen. Die Gemeindemitglieder der von der Schließung bedrohten St.-Barbara-Kirche sehen sich einer mehrheitlich muslimischen Stadtteilbevölkerung gegenüber. Besonders bedrohlich erschien den Gläubigen, dass auch zwei weitere benachbarte Kirchengebäude geschlossen werden sollen, sodass in Zukunft weite Anfahrtswege für den Besuch der Heiligen Messe in Kauf genommen werden müssten.

Das Bistum Essen hat nun angekündigt, die Argumente der Kritiker zu prüfen. Bischof Overbeck will Anfang dieses Monats die Pfarrgemeinde besuchen und die Gläubigen anhören. Ob die für 2015 geplante Schließung tatsächlich durchgeführt wird, dürfte auch von den finanziellen Mitteln abhängen. In anderen Gegenden konnten Kirchenschließungen dann verhindert werden, wenn engagierte Gläubige einen Förderverein gründeten und so einen Beitrag für die hohen Betriebskosten des Kirchengebäudes aufbrachten. Doch diese Möglichkeit scheint es im Duisburger Norden kaum zu geben. Die Schar der Gottesdienstbesucher ist klein und zudem arm. Wie diese Gruppe in einer Gegend von hoher Arbeitslosigkeit Mittel in Höhe einiger zehntausend Euro jährlich aufbringen soll, ist ein Rätsel.



Mitglieder der St.-Barbara-Gemeinde besetzen ihre Kirche: Die Gemeindemitglieder wollen die geplante Schließung von drei Kirchen und die Zusammenlegung von mehreren Gemeinden verhindern Bild: pa

Vor ähnlichen Problemen stehen auch evangelische Landeskirchen. Hier sorgte der millionenfache Auszug von Gemeindegliedern für einen empfindlichen Aderlass bei den Kirchenfinanzen. Den Sonntagsgottesdienst besuchen im Durchschnitt nur noch vier Prozent von 24 Millionen Kirchenmitgliedern. Die innerkirchlichen Reformversuche der letzten Jahrzehnte blieben weitgehend wirkungslos. Nun stehen heute hohe Renovierungskosten an, besonders für die in den letzten Jahrzehnten gebauten „Betonkirchen“. Können diese Kosten nicht aufgebracht werden, müssen die Gebäude umgewidmet, abgerissen oder verkauft werden. In der Evangelischen Kirche im Rheinland gab es seit 1985 über 30 Kirchenschließungen, davon 22 allein im Jahr 2004. In der Nordelbischen Kirche musste unter der Ägide der Hamburger Landesbischöfin Maria Jepsen mehr als zehn Kirchen aufgegeben werden.

Diesen kirchlichen Problemen Deutschlands widmete Papst Benedikt in seiner Ansprache beim Weihnachtsempfang für die Kurie am 22. Dezember einen besonderen Abschnitt. Im Rückblick auf seinen Deutschland-Besuch im September stellte er fest, dass „Skepsis und Unglaube“ wachsen würden. Darüber, was man machen müsse, damit die Trendwende gelinge, gäbe es „nicht endende Dispute“.

> Kern der Krise ist für den Papst keineswegs finanzieller Natur

Der Kern der Kirchenkrise in Europa sei keine finanzielle, sondern eine „Krise des Glaubens“. Es gelte eine Antwort darauf zu finden, wie der Glaube eine „tiefe und reale Kraft von der Begegnung mit Jesus Christus her“ finden könne. Sonst würden alle Reformversuche „wirkungslos“ bleiben. *Hinrich E. Bues*

Ungereimtheiten in Mordfall

Im Fall der in einem Göttinger Studentenwohnheim ermordeten israelischen Medizinstudentin gibt es weitere Ungereimtheiten (siehe *PAZ* Nr. 52). Ausländische Medien hatten berichtet, das Opfer sei von einem inzwischen festgenommenen Täter arabischer Herkunft geköpft worden. Diese Darstellung dementierte die Sprecherin der Göttinger Polizei zunächst als frei erfunden und erlogen. Das „Göttinger Tageblatt“ beschuldigte jüdische Agenturen sogar, den Mordfall für religiöse und zionistische Propagandazwecke zu missbrauchen. Der wahre Grund der Geschichte von der angeblichen Täterschaft eines Arabers sei in deren ideologischem Hintergrund zu suchen, so die Zeitung.

Inzwischen teilten Polizei und Staatsanwaltschaft jedoch mit, dass DNA-Spuren am Tatort zur Ermittlung eines dringend Tatverdächtigen geführt hätten. Bei diesem handelt es sich demnach um den 24-jährigen syrischen Studenten Farhan A., der sich nach „gesicherten Erkenntnissen“ der Ermittler nach der Bluttat ins Ausland abgesetzt hat. Nach dem flüchtigen Täter wird mit einem internationalen Haftbefehl gefahndet. Mittlerweile gehen Polizei und Staatsanwaltschaft davon aus, dass sich Täter und Opfer gekannt haben und es sich um eine Beziehungstat handelt. Weiter gehen sie davon aus, dass das Opfer erstickt wurde. Weitere Details zum Tathergang würden „aus Rücksicht auf die laufenden Ermittlungen“ nicht mitgeteilt. Für einen rassistischen, politischen oder religiösen Hintergrund der Tat gäbe es keine Anhaltspunkte, so die Ermittlungsbehörden.

Dass der Mord für die Ermittlungsbehörden doch keine gewöhnliche Beziehungstat zu sein scheint, kann man an dem Aufwand ermessen, den sie zu dessen Aufklärung betreiben. Eine aus 25 Beamten bestehende Mordkommission ist mit „intensiven Ermittlungen zur Klärung der genauen Tatumstände“ beschäftigt. Auf deren endgültiges Ergebnis darf man gespannt sein. *J.H.*

Geplünderter Planet

Stiftung setzt sich für die Rechte zukünftiger Generationen ein

PAZ: *Eher durch Zufall habe ich letztens den Namen der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ gelesen. Das hat mich neugierig gemacht. Seit wann gibt es die Stiftung, wer steht dahinter und wo engagiert sie sich?*

Wolfgang Gründinger: Ob bei der Rente, in Sachen Staatsverschuldung, beim Wahlrecht oder bei der Umweltzerstörung, überall wird auf Kosten der Zukunft gewirtschaftet. Studenten und andere junge Leute haben daher 1996 die Stiftung aus der Taufe gehoben, unterstützt von prominenten Wissenschaftlern wie Ernst Ulrich von Weizsäcker. Sie wollten sich in die Gesellschaft einmischen, weil es um ihre Zukunft geht. Auch heute noch zählt der Vorstand der Stiftung zu den jüngsten des Landes. Hinter uns steht ein Förderverein an engagierten Privatleuten. So können wir unsere Unabhängigkeit bewahren vor finanzstarken Geldgebern.

PAZ: *Wo sehen Sie die Rechte zukünftiger Generationen derzeit am stärksten missachtet?*

Gründinger: Das fossil-atomare Energiesystem ist die größte Hypothek, die wir künftigen Generationen hinterlassen. Unsere Kinder werden auf einem aufgeheizten Planeten mit geplünderten Rohstoffen, übersäuerten Meeren und vernichteter Artenvielfalt leben müssen. Diese ökologische Staatsverschuldung wiegt tausendmal mehr als unsere finanzielle Staatsverschuldung. Doch auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich hat es die junge Generation schwer: Wegen der wachsenden Zinslast im Staatshaushalt nimmt sich die Politik schleichend ihre Handlungsfähigkeit aus der Hand. Statt die Zukunft zu gestalten, wird sie von den Finanzmärkten getrieben.

> »Ökologische Staatsverschuldung größer als finanzielle«

PAZ: *Was tun Sie, um die Rechte zukünftiger Generationen zu verteidigen?*

Gründinger: Wir verstehen uns als Denkfabrik, die mit Impulsen und wissenschaftlichen Studien die Debatte antreibt. Aufgrund der Unabhängigkeit und Integrität unserer Arbeit sind wir inzwischen eine anerkannte Stimme, wenn es um die Rechte künftiger Generationen geht. So haben wir uns in die Debatte um die Schuldenbremse im Grundgesetz eingemischt. Wir sprachen mit Ursula von der Leyen über die Reform der Riester-Rente. Und wir haben immer wieder lautstark faire Regeln für junge Berufseinsteiger und eine radikale Senkung des Alters beim Wahlrecht gefordert. Denn nur wer wählt, der zählt – und derzeit ist die junge Generation ja vom Wahlrecht ausgeschlossen.

PAZ: *Welche Reform ist aus Ihrer Perspektive am dringlichsten umzusetzen?*

Gründinger: Die Umwelt- und Schuldenkrise können nur gemeinsam gelöst werden, etwa durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen zugunsten erneuerbarer Energien und Klimaschutz. Außerdem schlagen wir einen „Zukunftssoli“ vor: Die Reichsten in diesem Land sollen einen kleinen Teil ihres Vermögens abgeben, um damit Bildung und Kinderbetreuung zu finanzieren. Ein Prozent Vermögenssteuer macht keinen Millionär ärmer, aber macht 100 Prozent der Kinder reicher.

Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

Ein Herz für Preußen

Zum Tod des Unternehmers und Mäzens Werner Otto

Kaiserwetter in Potsdam: Vom glasklar blauen Himmel strahlt die Sonne auf die durchaus illustren Gäste, die das Wiedererstehen des Belvedere feiern. Unter ihnen ein eher unauffällig wirkender freundlicher älterer Herr. Erst als der Bundespräsident ihn in seiner Festrede lobend erwähnt, richten sich für einen Moment alle Blicke auf ihn. Und er genießt diesen Moment, erkennbar voller Freude, dass dieses Werk so gut gelungen ist.

Bei aller preußischen Bescheidenheit – ein wenig Stolz auf seinen Anteil an diesem Gelingen war wohl auch dabei. Völlig zu Recht. Denn ohne die finanzielle Unterstützung des Versandhausgründers Werner Otto wäre dem Bauwerk auf dem Potsdamer Pfingstberg wohl das Schicksal beschieden, das ihm die DDR-Oberen zugedacht hatten: eine still vor sich hin verfallende Ruine, aus dem öffentlichen Bewusstsein und schließlich sogar aus dem Stadtplan gelöscht.

Das Ende der DDR kam gerade noch rechtzeitig, um das Belvedere vor dem Ende zu bewahren. 1994 konnte die neue Eigentümerin, die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“, mit der behutsamen Renovierung beginnen. Sie suchte Mäzene und fand sie in Hamburg: Werner Otto und die Hermann-Reetsma-Stiftung spendeten siebenstellig. Gemeinsam mit tausenden Kleinspendern ermöglichten sie, dass der Prunkbau so wiedererstehen konnte, wie 1861 unter Wilhelm I. vollendet.



Werner Otto: 2003 besichtigte er das damals renovierte Belvedere in Potsdam Bild: M. Kappeler/dapd

Werner Otto, 1909 im brandenburgischen Seelow geboren, nach dem Krieg aus Westpreußen nach Hamburg vertrieben, hatte dort 1949 einen Versandhandel für Schuhe gegründet. Daraus erwuchs der Otto-Versand, heute mit über 15 Milliarden Euro Jahresumsatz in der Weltspitze. Die Familie zählt zu den reichsten in Deutschland.

Erfolg und Reichtum aber hinderten Werner Otto nicht, preußischen Tugenden treu zu bleiben. Sein Motto war: Reichtum verpflichtet! Der erfolgreiche Unternehmer, so sein Credo, hat Verantwortung nicht nur für die bei ihm Beschäftigten, sondern für die Gesellschaft insgesamt zu tragen.

Schon 1969 hatte er eine Stiftung gegründet, die bis heute mit 20 Millionen Euro medizinische Forschungsprojekte unterstützte, darunter ein Behandlungszentrum für krebskranke Kinder. Eine weitere, zum 100. Geburtstag gegründete Stiftung hilft armen älteren Menschen in Berlin und Brandenburg.

Neben zahlreichen sozialen Projekten hat sich Werner Otto vor allem in der Pflege des kulturellen Erbes Preußens engagiert. Neben dem Belvedere in Potsdam ist hier vor allem das Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt zu nennen. Hier ließ der Hamburger Versandhauschef sich die Gestaltung eines neuen Veranstaltungssaales 4,5 Millionen Euro kosten.

Wenige Tage vor Weihnachten ist Werner Otto im Alter von 102 Jahren verstorben. Es bleibt die Erinnerung an einen Menschen, der große unternehmerische Visionen mit gesundem Menschenverstand und Verantwortungsbewusstsein im preußischen Sinne zu paaren verstand. *H.-J. Mahlitz*

MELDUNGEN

Raketenabwehr nach Rumänien

Bukarest – Rumäniens Regierung hat am 23. Dezember eine mit den USA getroffene Vereinbarung über die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Kraft gesetzt. Das System ist sowohl zur Abwehr anfliegender Raketen als auch niedrig fliegender Satelliten in der Lage. Zur Bedienung des Systems sollen 200 US-Militärangehörige in Rumänien stationiert werden. Der im Kreml für Verteidigungsfragen zuständige russische Vizepremier Dmitrij Rogosin lästerte: „Die Rumänen glauben, sie seien wichtige Systembetreiber, doch selbst der Stützpunktkommandeur, ein rumänischer Offizier, darf nur bis zum Empfang durch. Den Kontrollraum wird er nie betreten dürfen, aus dem einfachen Grund, weil es ein amerikanischer und kein Nato-Stützpunkt ist.“ *N.H.*

USA: Weniger Lust auf Kinder

Washington – Das Bevölkerungswachstum der USA ist nach Angaben des US-Statistikamtes auf den niedrigsten Wert seit dem Zweiten Weltkrieg abgesunken. Schätzungen der Behörde zufolge betrug der Zuwachs der in den USA ansässigen Bevölkerung zwischen April 2010 und Juli 2011 nur noch 0,7 Prozent. Ein ähnlich niedriger Wert wurde zum letzten Mal 1945 verzeichnet, als die Gesamtbevölkerung um 0,3 Prozent zurückging. Im untersuchten Zeitraum fielen die offiziellen Zuwanderungszahlen auf nur noch 703 000 Personen und erreichten damit den niedrigsten Wert seit 1991. Mit rund vier Millionen sank auch die Zahl der Geburten auf den niedrigsten Wert seit 1999. Während die Geburtenzahlen von weißen US-Bürgern von 2007 bis 2010 um 3,8 Prozent fielen, betrug der Rückgang bei Schwarzen 6,7 Prozent und bei der spanischstämmigen Bevölkerung sogar 17 Prozent. *N.H.*

Insel der Seligen

Brüsseler Beamte kämpfen um Gehaltserhöhung, dabei erfreuen sie sich unglaublicher Privilegien

Die globale Finanzkrise scheint im Bewusstsein vieler EU-Beamter noch nicht angekommen zu sein. Die über Jahre angehäuften Pfründe werden derzeit hartnäckig gegen Einsparforderungen verteidigt.

Aktuell steht die jährliche Gehaltserhöhung auf der Agenda: Auch wenn die Reformbemühungen beim EU-Beamtenapparat noch kein finanzieller Erfolg für Europas Steuerzahler sind, ein interessantes Nebenresultat kann man bereits verbuchen: Auch der breiten Öffentlichkeit werden immer mehr Details der komfortablen Arbeitsbedingungen bei der EU bekannt. Zu hören ist etwa, von einer 37,5-Stunden-Wochenarbeitszeit, die nun auf 40 Stunden erhöht werden soll. Dass EU-Beamte bisher bereits mit 63 Jahren in die Altersrente gehen, dürfte auch nur wenigen bekannt gewesen sein. Genauso wenig wie die Vorruhestandregelung im Alter von 55 Jahren, die Praxis der jährlichen Lohnerhöhung oder des Steuerfreibetrages von zehn Prozent beim Grundgehalt der EU-Beamten.

Während viele deutsche Arbeitnehmer ihre Hoffnungen auf mehr „Netto vom Brutto“ inzwischen aufgegeben haben, erfährt man nun, dass sich für EU-Beamte längst ein anderes Prinzip etabliert hat: „Mehr Netto als Brutto.“ Möglich wird dies durch steuerfreie Zulagen. Beispielsweise erhält ein EU-Beamter in Brüssel selbst in der niedrigsten Gehaltsklasse 2654 Euro Brutto. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleibt ein Gehalt von 2299 Euro. Falls der Beamte aber verheiratet ist und zwei Kinder hat, stehen ihm weiter steuerfreie Zulagen zu: eine Haushaltszulage von 223 Euro, für die Kinder 745 Euro sowie eine Auslandszulage von 580 Euro. Resultat ist im Beispielfall ein reell ausgezahltes Gehalt von 3847 Euro. Von den 46 000 EU-Beamten sollen etwa 35 000 von diesem „Mehr-Netto-als-Brutto“-Phänomen profitieren.

Ebenso erstaunlich sind allerdings auch die Urlaubs- und Feiertagsregelungen: Je nach Alter werden 24 bis 30 Tage Urlaub gewährt. Dazu kommen 18 Feiertage – unter anderem muss für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester kein Urlaub genommen werden – und nochmals bis zu sechs Tage Sonderurlaub werden für Heimreisen in die jeweiligen Herkunftsländer gewährt. Insgesamt können so bis zu zwölf Wochen Urlaub zustande kommen: Im Jahr 2011 waren es 63 Urlaubs- und Feiertage.

Nicht einmal berücksichtigt ist dabei eine Praxis, den die CDU-Haushaltsexpertin im Europaparlament Inge Gräßle aufgedeckt hat: Ihr war aufgefallen, dass viele Kommissionsmitarbeiter häufig nicht an ihrem Arbeitsplatz anwesend waren. Eine Anfrage beim zuständigen EU-Kommissar für Verwaltungsfragen, dem Slowaken Maros Sefcovic, erbrachte die verblüffende Antwort: Überstundenausgleich. Einem Bericht der „Financial Times Deutschland“ zufolge nehmen fast 2000 der 4500 Spitzenverdiener im Beamtenapparat einen Ausgleich in Anspruch, sobald ihre wöchentliche Arbeitszeit die regulären 37,5 Stunden übersteigt. Insgesamt können so nochmals 24 freie Tage pro Jahr zustande kommen.

Richter sind aus finanziellen Gründen auf Seite der Beamten

Während zur Rechtfertigung der komfortablen Arbeitsbedingungen bei der EU gern auf die Verdienstmöglichkeiten in der Privatwirtschaft hingewiesen wird, unterbleibt beim Überstundenausgleich mit gutem Grund ein derartiger Vergleich. In der freien Wirtschaft wird von Führungskräften mit Spitzengehältern die Leistung von Überstunden ohne Ausgleich als Selbstverständlichkeit erwartet.

Kaum verwunderlich ist, dass angesichts knapper Kassen auch von den EU-Mitgliedsstaaten immer stärker Einsparungen beim Verwaltungsapparat der EU gefordert werden, etwa bei der jährlichen Gehaltsanpassung für die Beamten. Zur Berechnung wird ein Kaufkraft-Index von acht EU-Ländern herangezogen. Im Fall akuter Krisen soll es nun aber möglich sein, die Gehälter einzufrieren oder nur geringfügig zu erhöhen. Von der EU-Kommission wurde die Forderung als nicht gerechtfertigt zurückgewiesen. Nach Ansicht der Kommission würde angesichts der belgischen Inflationsrate von 3,5 Prozent eine geplante Gehaltserhöhung um nominal 1,7 Prozent sogar einen realen Kaufkraftverlust von 1,8 Prozent für die EU-Beamten im Jahr 2011 bedeuten. Diese Erfahrung müssen allerdings Millionen Arbeitnehmer außerhalb der EU-Bürokratie Jahr für Jahr machen.

Interessanterweise haben die von den Bürgern der EU gewählten EU-Parlamentarier bisher kaum auf diesen Missstand hingewiesen. Der Grund: Auch die Bezüge der EU-Kommissare und Diäten der EU-Abgeordneten sind an die Beamtengehälter gekoppelt. Von jeder Erhöhung der Beamtengehälter profitieren die EU-Kommissare selbst.

Der Streit um die Erhöhungen wird wahrscheinlich erneut vor dem Europäischen Gerichtshof ausgetragen werden. Wie der EU-Ministerrat mitgeteilt hat, werden die Regierungen gegen die EU-Kommission Klage wegen der Erhöhungen einreichen. Die EU-Kommission selbst erwägt ebenfalls den Gang zum Europäischen Gerichtshof, um die Gehaltserhöhungen zu erzwingen. Bereits im Jahr 2010 war die Kommission mit einer Klage zur Durchsetzung einer Gehaltserhöhung von 3,7 Prozent erfolgreich. Dass die Richter des Europäischen Gerichtshofs bei derartigen Prozessen quasi in eigener Sache verhandeln, da auch ihre Bezüge an die EU-Beamtengehälter gekoppelt sind, scheint bisher niemanden sonderlich zu stören. *Norman Hanert*



Im Arbeitskampf: Bereits 2009 widersetzten sich EU-Beamte erfolgreich Sparplänen Bild: action press

Wie im Mittelalter

Hexenverfolgung greift weltweit um sich

Wir leben in einer Hoch-Zeit der Hexenverfolgungen“, postuliert Dieter Bauer von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, „nur dass sie sich heute nicht in Europa abspielen.“ Der Forscher weiß, wovon er spricht. Seit Jahrzehnten beschäftigt er sich mit der zunehmenden Hexenverfolgung in Süd- und Ostafrika, der Subsahara, in Arabien, Indien, Südostasien und Südamerika, einschließlich der Karibik. Sogar in Europa wurde 1944 in Schottland noch ein Hexenprozess geführt – der letzte nach den Gräueln des Mittelalters.

Vom aufgeklärten Europa kaum registriert, sterben jährlich Tausende von Menschen, die von ihrer Umgebung als Hexen oder Hexer stigmatisiert wurden. Erst jetzt sorgte wieder die Hinrichtung einer sogenannten Hexe in Saudi-Arabien für Aufsehen. Auch in Kenia, Kamerun, in Ghana, an der Elfenbeinküste, in Burkina Faso, Liberia und Malawi werden Menschen unter ähnlichen Anschuldigungen ermordet und lebendig verbrannt. Wie der Sozialwissenschaftler George Masu von der Universität Nairobi recherchierte, gab es 2001 im Kongo ein Massaker an etwa 1000 „Hexen“.

Gerade nach Erlangung der Unabhängigkeit, wie jener der Kap-Republik, hat die Verfolgung eher zugenommen. In Nigeria dagegen sind es vorwiegend Tausende von Kindern, die verstoßen, gefoltert oder getötet werden, weil ihre Eltern glauben, sie seien mit dämonischen Kräften ausgestattet. Oft stecken wirtschaftliche Gründe dahinter, die Kinder werden als lästige Esser zu Sündenböcken für die ökonomische Misere. Das trifft etwa in Ostafrika auch für „unnütze“ alte Menschen zu, die unter diesem Vorwand beseitigt werden.

Oft sind wirtschaftliche Gründe Ursache

Obskure Pastoren mit christlich-fundamentalistischen Wurzeln reisen durch die Lande und bieten ihre exorzistischen Dienste gegen gutes Geld an. Das betrifft sowohl evangelische Frei- und Pfingstkirchen als auch Katholiken. Seit 2009 sind nun auch die Vereinten Nationen auf das Problem aufmerksam geworden und fordern eine Einhaltung der Menschenrechte und ein Eingreifen der jeweiligen Regierungen – meist mit wenig Erfolg, denn Okkultismus ist in diesen Weltregionen noch immer eine Kraft in der Gesellschaft bis in die Regierungsspitzen hinein. *Joachim Feyerabend*

Information oder Manipulation?

Nahost: Wettkampf der Satellitenkanäle – seltsame Wandlung von Al-Dschasira

Wie einst Buchdruck und Telegrafie hat auch die Elektronik ungeahnte Möglichkeiten zur Verbreitung von Information gebracht – und damit zur Beschleunigung sozialer Prozesse beigetragen. Der für die Aufstände im arabischen Raum geprägte Ausdruck „Facebook-Revolution“ ist daher nicht ganz aus der Luft gegriffen.

Allerdings spielt Fernsehen die weit größere Rolle. Denn Internet erleichtert zwar die Organisation von Protesten und die Übermittlung von Bildern ins Ausland, ist aber vielen gar nicht zugänglich. Satelliten-Fernsehen hingegen ist selbst in Elendsvierteln allgegenwärtig. Es macht unabhängig von Propaganda und Zensur des eigenen Landes. Besonders darum hält man für wahr, was man sieht, und lässt sich davon beeinflussen. Aber auch die Welt hält für wahr, was sie zu sehen kriegt, und so kann selbst fragwürdiges und einseitiges Material die Meinung prägen – mit Rückwirkung auf das Geschehen vor Ort.

Einflussnahme ist offensichtlich

Wie wichtig das ist, wurde deutlich, als CNN, der bis damals einzige reine Nachrichtenkanal, im „ersten“ Golfkrieg 1991 aus dem Irak berichtete und sich damit Weltgeltung verschaffte. 1991 ging auch BBC World in Betrieb, das in der Folge neue Maßstäbe in Fairness und Korrektheit der TV-Berichterstattung setzte. Als BBC 1996 aber wegen saudischer Zensur arabische Sendungen einstellte, war die Stunde von Hamad bin Chalifa Al Thani, dem Emir von Katar, gekommen: Er heuerte entlassene BBC-Leute an und gründete den Sender Al-Dschasira (Al-Jazeera), der inzwischen mit mehreren auch in Europa, Asien und Afrika empfangbaren Programmen zur bedeutendsten Station in arabischer Sprache wurde.

Nach der Irak-Invasion 2003 kam BBC in die Schusslinie der Regierung Blair – offenbar wegen zu objektiver Berichte, und 2004 wurde die Geschäftsführung „abgelöst“. Der Emir nützte auch das, heuerte weitere Spitzenleute an, und seit 2006 gibt es ein 24-Stunden-Programm auf Englisch, das sich an BBC-Standards hielt und damit Al-Dschasira zum „Global Player“ machte. Wesentliche Beiträge zur Meinungsbildung wurden Exklusivberichte aus sämtlichen Krisenländern, vor allem aber aus Afghanistan und dem Irak, die Veröffentlichung zugespielter Botschaften von Osama bin Laden sowie die Berichte aus Israel, den besetzten Gebieten und Gaza, darunter über das verheerende israelische Gaza-Bombardement 2009. All das ohne jene „vorauseilende Rücksicht“, die man in deutschen und österreichischen Medien glaubt nehmen zu müssen. Verständlich, dass der Emir, der sich sein Hobby angeblich 400 Millionen Dollar jährlich kosten lässt, bei Amtskollegen und in den USA aneckte.

Auch jeder Sender verfolgt Interessen

Doch 2011 kam, anfangs unbemerkt, eine gewisse Wende: So etwa wird wie von westlichen Medien „sparsam“ über die Unruhen in Bahrein berichtet, wo das sunnitische Königshaus mit saudischer Hilfe die schiitische Mehrheit unterdrückt. Bei Tunesien und Ägypten hätte die lobende Erwähnung der „Zivilgesellschaft“ hellhörig machen können. Und bei Libyen und Syrien, wo schon allein der verspätete Beginn des „arabischen Erwachens“ auf fremde Einmischung deutet, war und ist die Einseitigkeit unverkennbar. Heute weiß man, dass Katar in Libyen auch mit Geld, Waffen und Beratern eingriff. Wikileaks-Dokumente stützen den Verdacht, dass Katar, wo sich das US-Hauptquartier im Nahen Osten befindet, „auf Linie gebracht“ wurde.

Neben CNN, BBC und Al-Dschasira ringen heute weitere Sender um die Weltmeinung, alle auch in Europa empfangbar: Russia Today mit je einem Kanal auf Englisch, Spanisch und Arabisch. France24 auf Französisch, Englisch und Arabisch. Nur auf Englisch senden Fox, Bloomberg, CNBC, Sky News, Chinas CCTV9, Japans NHK, Südkoreas Arirang und seit September Jewish News (JN1), gegründet von zwei ukrainischen Milliardären. Nur Arabisch senden Al-Alam (Iran), Al-Hurra (USA) und Al-Arabiya, von Saudis betrieben. Der Iran sendet teilweise auch auf Englisch und auf Bosnisch, und seit November hat Al-Dschasira sogar einen eigenen Balkan-Kanal. Auf Spanisch sendet schon seit Jahren Venezuelas Telesur, und über Irans neues Hispan TV dürfte Washington ebenso wenig erfreut sein.

Selbst wenn bei allen mehr oder weniger stark die eigenen politischen Interessen zu merken sind, erlaubt gerade diese Vielfalt – speziell, wer was nicht berichtet – Rückschlüsse auf das tatsächliche Geschehen. *R. G. Kerschhofer*

Rendite und ein gutes Gewissen

Über ein Prozent der Geldanlagen sind bereits in sogenannte Öko-Investments geflossen

Finanzkrise und Fukushima haben herkömmliche Geldanlagen schlecht aussehen lassen. Verluste und Umweltsünden verstimmen immer mehr Anleger. Doch Investments in die sogenannte Nachhaltigkeitsbranche zeigen, das auch hier mit Wasser gekocht wird.

Bereits im November 2011 hatte die deutsche Niederlassung der Schweizer Bank Sarasin – die sich, wenn es um Investitionen in die sogenannte Nachhaltigkeitsbranche geht, einen Namen gemacht hat – eine Pleitewelle deutscher Solarunternehmen angekündigt. Wenige Wochen später überschlugen sich dann auch die Meldungen: Solon meldete Insolvenz an, Solar Millenium vermeldete zum Jahreswechsel seine Pleite, schon im neuen Jahr wurde bekannt, dass die deutsche Sunways AG von der chinesischen LDK Solar übernommen werden soll. Ein Grund für den Niedergang der noch bis vor kurzem gefeierten Branche sei der Umstand, dass einem Absatz von 21 Gigawatt Solarmodulen 2011 eine weltweite Produktionskapazität von 50 Gigawatt gegenübergestanden habe, so die Bank Sarasin. Hinzu kommt die unfaire Konkurrenz aus China. So klagte der Chef des angeschlagenen Branchenprimus Solarworld, Frank Asbeck, dass „subventionierte chinesische Hersteller mit unanständigen Preisen“ agierten, so dass deutsche Wettbewerber kaum mithalten könnten.

Aber nicht nur die Unternehmen und ihre Mitarbeiter sehen schwierigen Zeiten entgegen, auch diejenigen, die auf der Suche nach einer lukrativen Investition gepaart mit einem guten Gewissen in die Solarbranche Geld investierten, stehen zum Teil sogar vor dem Nichts. Ob Solon und Solar Millenium ihre in zweistelligen Millionenhöhen ausgegebenen Anleihen jemals zurückzahlen können, ist ungewiss. Auch dürfte es die Aktionäre von Solon wenig trösten, dass sie sich seelisch schon auf den Verlust ihres Geldes einstellen konnten: Während eine Solon-Aktie 2007 87 Euro kostete, war sie kurz vor Einreichung der Insolvenz nur noch 39 Cent wert. Selbst Solarworld-Aktionäre mussten 2011 mit ansehen, wie ihr Investment 56,5 Prozent an Wert verlor. Nachhaltigkeit zumindest finanzieller Art sieht anders aus.

Aber egal ob man in einen Solaranlagenhersteller, Solaranlagenpark, eine Windkraftanlage oder eine Biogasanlage investiert, für alle Anlagen in die sogenannte Ökobranche gilt, dass ihre Energiegewinnung zwar umweltfreundlicher und nachhaltiger ist, doch es handelt sich hier stets darum, dass der Anleger sein Geld nur „auf ein Pferd“ setzt und das kann nun einmal auf der Strecke genauso krepieren wie Investitionen in klassische Unternehmen, da niemand vor der Pleite gefeit ist.

Wer also sein Risiko streuen will, dem bieten die Banken inzwischen auch zahlreiche sogenannte Öko-Fonds an. Im September 2011 hat die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen 307 Kreditinstitute nach ihren Angeboten in diesem Bereich gefragt. Die Verbraucherzentrale ging davon aus, dass im Zuge der Finanzkrise und der Reaktorkatastrophe in Japan sich die Nachfrage der Anleger nach

Pleitewelle erfasst Solarbranche

Investitionen in Unternehmen, die neben einer guten Rendite auch einen ökologischen und gesellschaftlichen Mehrwert bieten, stark erhöht hat. Dies verneinten die meisten Kreditinstitute, gaben aber an, dass sie entsprechende Angebote im Sortiment hätten. Allerdings verweist die Verbraucherzentrale hier auf den Umstand, dass es keine allgemein gültigen Güte- und Qualitätssiegel gibt, so dass der Anleger immer genau schauen muss, in was er da investiert. Und das ist nicht immer dunkelgrün, wie „Öko-Test“ im vergangenen April belegte. So fanden sich Ölkonzerne, Waffenproduzenten und Unternehmen, die für Menschenrechtsverletzungen bekannt waren, in den Portfolios. Nur fünf der untersuchten 73 Fonds boten den Anlegern wirklich, was sie versprachen.

Auch wurde bekannt, dass der Ölkonzern BP in mehreren Ökofonds vertreten war. Kurz nach der riesigen Umweltkatastrophe um die BP-Ölbohrplattform „Deepwater Horizon“ erwies sich dieses Engagement nicht als ausgesprochen ökologisch. Und so lenkten im Laufe des Jahres 2011 einige im Bereich der Nachhaltigkeitsbranche aktiven Anbieter um. Der Indexanbieter Stoxx entschied sich, nicht mehr auf die Einschätzungen der SAM Group zu hören. Die SAM Group setzt auf das Best-in-Class-Prinzip, sprich, das umweltfreundlichste Unternehmen einer Branche gilt als nachhaltig. Und da das in der Ölbranche lange Zeit BP war, arbeitete BP für die SAM Group nachhaltig.

Angesichts der Prüfung, ob Unternehmen nachhaltig arbeiten, stellt sich beim Thema Öko-Investments auch die Frage, ob es nachhaltig arbeitende Banken gibt. Hier ist die seit 1974 am Markt tätige GLS die wohl bekannteste. Aber auch die Umweltbank und die Ethikbank können sich über Kundenzuwächse freuen. Zumindest bei der GLS, die zum Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken zählt, kann sich der Kunde sicher sein, dass sie nicht wie Solar Millenium oder die Noa Bank 2010 in der Insolvenz endet. Allerdings mussten die Gesellschafter der GLS, deren Name ausgeschrieben Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken heißt, im Dezember akzeptieren, dass auch in ihrem Unternehmen, anders als in der Satzung festgeschrieben, die Gewinnerzielung zählt und nun Dividende gezahlt wird, wie auf der letzten Mitgliederversammlung beschlossen. Der Vorstand begründet dies mit den verschärften Eigenkapitalregeln für Banken durch die Finanzkrise. Um ihr Eigenkapital zu erhöhen, benötigt auch die GLS mehr Genossen. Und auch diese finden sich einfacher, wenn man mit einer Dividende lockt. Aber wer Gewinne als Unart des kapitalistischen Systems ansieht, kann bei der Ethikbank einen Teil seiner Zinsen zur Unterstützung von Kinderheimen in Bulgarien, zur Förderung von Frauen in Afghanistan oder zum Schutz der Baikalrobbe spenden. Auch kann der Anleger und Kunde der GLS, der Ethikbank und der Umweltbank genau sehen, an wen sein Geld als Kredit vergeben wird. So bei der GLS unter anderem an die Waldorfschule Frankfurt, den Kinderladen Kindertraum Prenzlauer Berg, die Behinderteneinrichtungen Camphill Alt-Schönow. Was die GLS aber als menschenfreundlich hervorhebt, sei wiederum für die Sparkassen Alltagsgeschäft, so Stefan Marotzke vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband gegenüber der *PAZ*. Da Kindergärten, Schulen und Behindertenheime oft in Trägerschaft der Kommunen liefen, würden die Sparkassen diese als Kommunalfinanzierer Nummer 1 auch finanzieren. *Rebecca Bellano*



Biogasanlage: Anleger können sich bei kleineren Investments vor Ort informieren Bild: Fachverband Biogas e.V.

KURZ NOTIERT

Weißrussland kontrolliert Internet: Am 6. Januar ist in der autoritär regierten Weißrussland ein Gesetz in Kraft getreten, dass die Nutzung des Internets stark reglementiert. Demnach müssen alle Webseitenanbieter aus Weissrussland die Domain .by nutzen, zudem dürfen nur noch Webseiten einheimischer Domains besucht werden. Bei Verstoß drohen hohe Geldstrafen. Sowohl Privatpersonen als auch Betreiber von Internet-Cafés haben dafür zu sorgen, dass ihre Gäste keine ausländischen Webseiten aufrufen. Netzseiten, die „extremistische Aktivitäten“ oder Pornografie enthalten, werden gesperrt. *CR*

Volkssport Steuerbetrug: Ermittlungen griechischer Steuerfahnder haben einem Bericht der griechischen Tageszeitung „Ekathimerini“ zufolge allein bei 32 Firmen einen Steuerbetrug im Umfang von 100 Millionen Euro aufgedeckt. Sogar zweimal in das Visier von Fahndern geriet ein nordgriechischer Geschäftsmann, dem zunächst ein Steuerbetrug in Höhe von 95317 Euro und zwei Tage später, bei einem weiteren von ihm betriebenen Unternehmen, nochmals Steuerschulden in Höhe von 1,3 Millionen Euro nachgewiesen wurden. *N.H.*

Boom in Birma erwartet: Thailands Banken bereiten sich nach der schrittweisen Öffnung des Militärstaates Myanmar (Birma) auf einen Wirtschaftsboom vor. Zunächst signalisierte der Besuch von Hillary Clinton die Bereitschaft der Regierung in der neuen Hauptstadt Naypyidaw zu einer Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft, dann folgte der Besuch von Japans Außenminister Koichiro Gemba mit dem Beschluss zu einem bilateralen Investmentabkommen. Englands Außenminister William Hague kündigte für 2012 einen Besuch an, ebenso Chinas Premierminister Wen Jiabao und eine hochrangige Delegation aus Indien. Das Land will zudem neue Ölkonzessionen freigeben und die nächste Generalversammlung der Asean-Staaten soll 2014 diesmal unter dem Vorsitz von Birma stattfinden. *J.F.*

Da hilft auch fester Wille nicht

Spaniens Haushaltsplanung nur noch Makulatur

Neben einem angekündigten Sparpaket mit Kürzungen von 8,9 Milliarden Euro quer über alle Ressorts und angekündigten Steuererhöhungen ist eine weitere Mitteilung der spanischen Regierung etwas in den Hintergrund geraten: Das Defizit im vergangenen Jahr hat, statt wie von der sozialistischen Vorgängerregierung kalkuliert sechs Prozent, tatsächlich acht Prozent betragen. Die revidierte Zahl könnte weitreichende Folgen haben und den endgültigen finanziellen Absturz Spaniens ankündigen.

Noch bevor die spanische Regierung die Korrektur bekanntgegeben hat, wurde vom spanischen Wirtschaftsblatt „Libremercado“ berechnet, welche Folgen sich durch ein vergrößertes Defizit im Jahr 2011 ergeben: Gegenüber Brüssel hat die spanische Regierung das Versprechen abgegeben, das Defizit im Jahr 2012 auf 4,4 Prozent zu begrenzen. Diese Zusicherung für das laufende Jahr und das bereits im Vorjahr angehäufte Defizit bedeuten für Spanien ein Sparvolumen von insgesamt 40 Milliarden Euro.

Die dahinterstehende Kalkulation ist leicht nachvollziehbar: Selbst das ursprünglich kalkulierte Defizit von sechs Prozent 2011 hätte in nackten Zahlen neue Schulden oder Einsparungen von 16,5 Milliarden Euro im Jahr 2012 bedeutet. Dies entspricht in etwa dem Volumen des jetzt von der spanischen Regierung verabschiedeten Maßnahmenpakets. Neben Einsparungen im Staatshaushalt im Umfang von 8,9 Milliarden

Kaum noch Einsparpotenzial vorhanden

Euro sollen Steuererhöhungen knapp 6,3 Milliarden Euro einbringen.

Durch die nun erfolgte Korrektur des Defizits auf acht Prozent erhöht sich der Fehlbetrag entsprechend, zusätzlich müssen gemäß der 4,4-Prozent-Vorgabe für 2012 weitere Einsparungen gemacht werden. Noch brisanter wird die Angelegenheit, wenn man sich anschaut, welche Stellen des Staatshaushaltes für Kürzungen nicht in Frage kommen: Zu diesem Bereich zählen die Zahlungen für die Schuldenbedienung und per Gesetz zugesicherte Renten und Sozialleistungen – insgesamt immerhin 65 Prozent der Ausgaben. Zurück bleibt ein Ausgabenblock von 91 Milliarden Euro, der um 40 Milliarden Euro zusammengestrichen werden müsste. Die Dimension macht deutlich, wie unrealistisch Kürzungen in derartiger Höhe sind. Das Risiko, einen kompletten wirtschaftlichen Absturz Spaniens inklusive sozialer und politischer Unruhen zu riskieren, wäre enorm.

Noch nicht einmal berücksichtigt ist, dass zusätzliche Ausgaben anfallen können: etwa durch steigende Arbeitslosenzahlen – aktuell bereits 23 Prozent – oder durch Hilfsmaßnahmen für strauchelnde Banken. Ein Fragezeichen steht auch hinter den Einnahmen: Zu 70 Prozent bestehen diese aus extrem konjunkturabhängigen direkten Steuern oder Sozialabgaben. Das vom neuen Regierungschef Mariano Rajoy bisher gegebene Versprechen, dass keine Steuererhöhungen erfolgen werden, ist mit dem jetzt verkündeten Maßnahmenpaket bereits überholt. Auch das im Hinblick auf Brüssel und Berlin gegebene Versprechen einer Defizitbegrenzung auf 4,4 Prozent dürfte bald einkassiert werden. *N.H.*

Die Grenze ist erreicht

Japanischer Haushalt zu 49 Prozent über Schulden finanziert

Dass der japanische Finanzminister Jun Azumi mit der Budgetplanung für das kommende Jahr die Grenze der Belastbarkeit für erreicht hält, ist kaum verwunderlich: Bereits jetzt ist das Land in Relation zur Wirtschaftsleistung das am stärksten verschuldete Land der Welt. Der neue Haushalt von umgerechnet 942 Milliarden Euro für das Finanzjahr von April 2012 bis März 2013 soll nun sogar zu 49 Prozent durch neue Schulden finanziert werden.

Die Gesamtverschuldung Japans hat nach Angaben der OECD mit 10,91 Billionen Dollar die 220-Prozent-Marke erreicht. Die langanhaltende Wirtschaftskrise – das „Verlorene Jahrzehnt“, in das Japan Anfang der 90er Jahre geraten ist – hat das Land in einen regelrechten Schuldensumpf geführt. Kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und Rettungspakete für Japans legendäre „Zombie-Banken“, die nur noch mit Staatsgeldern vor dem Konkurs bewahrt werden konnten, haben die Staatsverschuldung immer weiter vergrößert, ohne dass die japanische Volkswirtschaft wieder die alte Höchstform zurückgewonnen hatte.

Vergrößert wird dieser aufgehäufte Schuldenberg durch die Kosten, die durch das Erdbeben und den anschließenden Tsunami im März 2011 entstanden sind. Der Gesamtschaden beläuft sich nach Angaben der Regierung auf bis zu 25 Billionen Yen (245 Milliarden Euro). Die Kosten der Fukushima-Katastrophe und eine immer wahrscheinlicher werdende Verstaatlichung des Fukushima-Betreibers

Versicherungen fallen als Käufer japanischer Staatsanleihen aus

Tepco sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Obwohl sich Japan in der Vergangenheit zu extrem günstigen Zinssätzen finanzieren konnte, sind im kommenden Budget fast ein Viertel der Ausgaben für die Bedienung von Schulden eingeplant. Dass der Schuldenstand überhaupt eine so extreme Höhe erreichen konnte, ist den japanischen Kreditgebern zu verdanken. Die sitzen überwiegend im Inland und haben sich in der Vergangenheit mit Mini-Zinsen begnügt. Durch den Kredit der eigenen Bevölkerung konnte sich Japan bis in die Gegenwart günstig finanzieren. Noch beträgt die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen nur 0,98 Prozent, Japan kann sich damit, trotz Rekordschuldenberg, sogar noch deutlich günstiger finanzieren als Deutschland.

Die Zeichen mehren sich allerdings, dass dies nicht so bleiben wird. Die japanische Bevölkerung überaltert drastisch: Mittlerweile beträgt der Anteil der Japaner über 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung 23 Prozent. Diese Entwicklung belastet nicht nur die Sozialkassen stärker, sondern führt auch dazu, dass Japans Pensionskassen und Versicherungen von Netto-Käufern zu Netto-Verkäufern von Staatsanleihen werden. Sie fallen nicht nur als Käufer europäischer und US-amerikanischer Staatsanleihen immer öfter aus, sondern auch bei japanischen Papieren. Mittlerweile ist die Netto-Sparquote in Japan deshalb in den negativen Bereich gerutscht. Spätestens wenn Japan an den internationalen Märkten, statt im Inland, in größerem Umfang Geld zur Finanzierung aufnehmen muss, wird das bisherige japanische Schulden-System endgültig an seine Grenzen stoßen. *N. Hanert*

Aussetzer

Von Jan Heitmann

Das Licht flackert, und uns geht langsam ein Lichtlein auf. Wie von vielen Experten vorausgesagt, spürt die Industrie bereits die Auswirkungen der handstreichartig verordneten „Energiewende“. Es kommt zu ersten Aussetzern bei der Stromversorgung. Das war zu erwarten, denn alle Warnungen verhallten ungehört, Kritikern wurde vorgehalten, ein zweites Fukushima riskieren zu wollen. Nein, ein zweites Fukushima wollen wir bestimmt nicht. Ebensowenig wie Erdbeben und Tsunamis, die es hierzulande glücklicherweise auch gar nicht gibt. Was wir aber wollen, ist eine sichere Energieversorgung, ob nun mit oder ohne Atomkraftwerke. Die deutsche Energiebranche nach dem schrittweisen Abschied von der Kernkraft zukunftsfähig zu machen, erfordert jedoch einen unglaublichen finanziellen und baulichen Aufwand. Wann die Pläne realisiert sind, steht in den Sternen. Dabei wird das Geld dringend an anderer Stelle benötigt. Unsere öffentliche Infrastruktur verkommt. Fleiss und Leistung können aber nur Früchte tragen, wenn auch die infrastrukturellen Rahmenbedingungen stimmen. Ist das irgendwann nicht mehr der Fall, können wir auch mit noch so viel Fleiss nicht mehr dagegenanarbeiten.

Glaubensverlust

Von Christian Rudolf

Den Baum erkennt man an seinen Früchten, lehrt Jesus im Evangelium. In diesem Jahr wird die katholische Christenheit den Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils vor 50 Jahren feiern. Es gilt hierzulande als politisch korrekt, das Konzil zu loben und dessen vorgebliche Errungenschaften zu preisen. Wer kritisiert, gilt als verdächtig, wenn nicht gleich als unzurechnungsfähig.

Kritiker wenden dennoch ein, die Früchte des Konzils seien ein massenhafter Abfall vom katholischen Glauben von nie gekanntem Ausmaß. Die Hoffnung auf ein „neues Pfingsten“ der Kirche im Überschwang der 60er Jahre hat sich jedenfalls als große Enttäuschung erwiesen. Die Zahl der Taufen, der sakramentalen Eheschließungen, der Priesterberufungen sinkt dramatisch, der Gottesdienstbesuch geht zurück. Und die Gemeinden der EKD sind meistenteils zu einer SPD mit Glockengeläut verkommen, die als verzichtbar empfunden wird. Da werden Kirchengebäude bei schwindenden Einnahmen zur Belastung. Der Bischof von Passau bekannte kürzlich in einem Interview, dass 70 Prozent der Christen in Deutschland nicht mehr an die Auferstehung der Toten glauben und etwa vier Fünftel der deutschen Katholiken nicht mehr an einen persönlichen Gott. Man muss davon ausgehen, dass auch die an Hundert Fehlenden nicht den ganzen Glauben kennen und teilen.

Die Gründe für diesen Niedergang sind in der progressiven Konzilstheologie der Gleichwertigkeit aller Religionen zu suchen. Als Konsequenz hat die Kirche ihr Sendungs- und Missionsbewusstsein verloren und der Getaufte seine Glaubenssicherheit.

Dazu haben wir alles Recht

Von Andreas Clemens

Heute gestohlen, morgen in Polen.“ Volkes Stimme hat eine Alltagsweisheit zum Sprichwort geformt. Wohnungseinbrücke und Autodiebstähle haben in ganz Deutschland enorm zugenommen, besonders aber in den Regionen entlang der Ostgrenze, seit diese mit dem Schengen-Beitritt Polens und Tscheichens in der Praxis keine ordentliche Grenze mehr ist. Allein im Jahre 2010 wurden über 4100 Pkw mit Brandenburger Kennzeichen Richtung östliches Nachbarland verschoben. 2007 waren es noch 2500 Autos. In der von Polen aus verkehrsgünstig zu erreichenden Hauptstadt Berlin verschwanden letztes Jahr geschätzt – die vollständigen Zahlen liegen noch nicht vor – über 3500 Automobile, vor allem hochwertige Fabrikate. Um ein ganzes Viertel stieg im letzten Jahr auch die Zahl der Wohnungs- und Hauseinbrüche in Berlin. Ehe die Täter überhaupt zur Fahndung ausgeschrieben werden können, haben diese sich über die Grenze längst wieder dünne gemacht.

> Deutschland gleicht einem Körper, dem die Haut abgezogen ist

Sicherlich, die organisierten ausländischen Banden, die sich in unserem deutschen Land ziemlich ungestört bedienen können, stammen beileibe nicht alle aus Polen; „Mobile ethnische Minderheiten“ sind bei Eigentumsdelikten ganz oben mit von der Partie. Der polnische Botschafter in Berlin, Marek Prawda, ist jedoch entschieden in die Schranken zu weisen, wenn er den Deutschen die Schuld am Diebstahl ihrer Autos gibt. In einem Interview äußerte er unlängst, vielleicht sei es ja noch zu einfach, in Deutschland ein Auto zu stehlen. Polnische Dreistigkeiten sind Legion, doch ein Diplomat, der bei uns zu Gast ist und angesichts der klaren Faktenlage noch seine kriminellen Landsleute in Schutz nimmt – das nennt man Chuzpe. Umgekehrt wird ja ein Schuh draus: Das Problem der von polnischem Territorium ausgehenden Raubzüge wäre nicht ganz so groß, wenn die polnische Polizei die Verbrecherbanden besser im Griff hätte.

Bei aller Entrüstung: ein Körnchen Wahrheit steckt freilich in Prawdas Bemerkung, dass es zu einfach sei – wenn auch anders, als von ihm intendiert. Das Hauptproblem ist die offene Ostgrenze. Diese ist nicht aus Gründen, die unserer Nation dienen, sondern rein aus politischen und ideologischen abgebaut worden. Der Publizist Burkhard Müller-Ullrich schrieb einmal: Die Grenze ist das wichtigste Symbol staatlicher Souveränität. Die Reisefreiheit wird nicht behindert, wenn an dem Ort, der dafür vorgesehen ist, die Beamten des eigenen Staates nach Pass und Begehr fragen. Eine Grenze verstößt nicht gegen die Menschenrechte, sondern dient dem Schutz des eigenen Volkes, und dazu haben wir alles Recht. Doch man gewinnt den Eindruck, dass die Politik abermals bereit ist, die grundlegenden Rechte der Deutschen einer ideologischen getrübten Wahrnehmung der Wirklichkeit zu opfern.



Von der politischen Klasse beklatscht, von den Bewohnern der Grenzregion eher kritisch beäugt: Die Abschaffung der Grenzkontrollen an der heutigen deutsch-polnischen Grenze Ende 2007, hier bei Zittau

Bild: Getty

Gastkommentar

Deutsche Zwangsarbeiter: Als Massenschicksal abgetan

Von Norbert Tarsten

In vielen Reden, Diskussionskreisen, auch in Zeitschriften und neuerdings auch in Internetforen werden Gedanken kundgetan darüber, wie das kulturelle Erbe der Vertriebenen zu bewahren sei. Schließlich geht es doch um ein bedeutendes gesamtdeutsches Erbe, das auch alle angeht. Bei der Forderung eines Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung sollte ein besonderes Kapitel der Vertreibung und ihrer Opfer hervorgehoben werden: die Zwangsarbeit

Die größte Vertreibung in der Menschheitsgeschichte hatte noch eine unmenschliche Begleitmaßnahme. Wild, aber auch organisiert, verlief nicht nur die Vertreibung, sondern auch die Sicherung von Arbeitskräften für wichtige Produktionsstätten und noch zu erschließenden Regionen. Sie galt aber auch als Form der Bestrafung der Deutschen, ohne dass eine Schuld der Gefassten nachgewiesen wurde. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definierte 1930 in Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens über Zwangs- und Pflichtarbeit die Zwangsarbeit als unfreiwillige Arbeit oder Dienstleistung, die unter Androhung einer Strafe ausgeübt wird. Ein Mensch wird also gegen seinen Willen gezwungen, Arbeit zu verrichten. Die Zwangsarbeit ist in der Geschichte der Menschheit kein neues Phänomen, als im 20. Jahrhundert fand sie in den totalitären politischen Systemen eine gewisse Perfektionierung.

Lange schon wird die Bundesrepublik Deutschland mit Entschädigungsforderungen der Opfer, unter anderem der ehemaligen Zwangsarbeiter, konfrontiert. Das erste Wiedergutmachungsgesetz wurde schon 1953 verabschiedet, und seither wurden mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet, überlebende Opfer des Nazi-Terrors finanziell zu unterstützen. Ausgenommen blieben viele Opfer, die sich damals in den Ländern Osteuropas befanden. Noch vor der Jahrtausendwende entbrannte erneut eine Debatte über die Entschädigung von Zwangsarbeitern in den Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches durch die deutsche Wirtschaft. Die Medien unterstützten dies mit Berichten, Veranstaltungen und in mancher Kampagne, um die Bereitschaft für eine Beteiligung am Entschädigungsfonds zu wecken. Nicht selten waren auch Drohungen gegen die deutschen Wirtschaftsunternehmen zu vernehmen. Amerikanische Unterhändler und Anwälte zeigten viel Geschick in den Verhandlungen mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung in der Zwangsarbeiterfrage, Otto Graf Lambsdorff. Monatelange Verhandlungen führten schließlich zu einem Durchbruch, indem sich die Verhandlungspartner über die Verteilung der zehn Milliarden Mark aus der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ einigten.

> Cem Özdemir setzt sich für deutsche Opfer ein

Wie sieht es aber mit einer Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter aus, und zwar fast ein Jahrzehnt nach der Übereinkunft über Zahlungen an NS-Zwangsarbeiter? Der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stufte im August 2011 die Zwangsarbeit deutscher Zivilpersonen als Massenschicksal ein, um eine Entschädigung für diesen Personenkreis abzulehnen. Somit hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht nur von den einst vertretenen Positionen entfernt, sondern eilfertig eine neue Ausrede einfallen lassen, die eine Ungleichbehandlung deutscher Zwangsarbeiter gegenüber bereits entschädigten ausländischen festschreibt. Vergessen bleibt dabei die menschenunwürdige Lagerhaft für die etwa zwei Millionen deutschen Zwangsarbeiter.

Auch die SPD-Fraktion hatte in ihrer Zeit als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag 1993 eine Initiative ergriffen, um eine Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter zu erreichen. Die Bundestagsparteien haben also die ungelöste Problematik deutscher Zwangsarbeiter erkannt und auch benannt. Selbst der innenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, schrieb in der Dezemberausgabe der Zeitung „Das Parlament“ vom Unrecht, das die NS-Gewaltherrschaft an Unrecht und Leid über viele, viele Gruppen während des Krieges gebracht hat, und in deren Folge sei die Vertreibung der Deutschen geschehen. Er warne aber gleichzeitig: „Diese gravierenden Menschenrechtsverletzungen sind keine gerechte Strafe für Auschwitz, sondern Unrecht, das beim Namen genannt werden muss. Dabei dürfen Opfer allerdings nicht gegen Opfer aufgerechnet werden. Beim Gedenken an Flucht und Vertreibung sind zudem Ursache und Wirkung nicht zu vertauschen.“

Man gewinnt den Eindruck, dass Gewissen, die Empfindung von Unrecht, nur den jeweiligen Oppositionsparteien eigen ist, denn in der Zeit der Regierungsverantwortung schwindet das Unrechtsempfinden zugunsten einer Pseudoargumentation. Das Argument der Aufrechnung kann nicht mehr zählen, seit hinlänglich bekannt ist, dass zur Zwangsarbeit nicht nur Nazis herangezogen wurden, sondern Menschen allein wegen ihrer Ethnie, weil sie Deutsche und eben greifbar waren. Debatten im Parlament und in den Medien über die Entschädigung von Opfern der NS-Zwangsarbeit waren überwiegend auf die Opfer ausländischer Herkunft fokussiert.

> Unrechtsbewusstsein ist offenbar nur der jeweiligen Opposition eigen

Solange diese Vorgehensweise als die einzig richtige angesehen wird, kann doch nicht die Rede vom wahren Willen einer Aussöhnung und Verständigung über Entschädigungszahlungen sein. Es schlägt den deutschen Opfern der Zwangsarbeit Kälte aus den Ausführungen der Sprecher von Fraktionen entgegen, die einen Versöhnungsprozess als Staatsdoktrin über den Menschen stellt. Das entspricht nicht dem Wertesystem unseres Grundgesetzes, das doch den Menschen in den Mittelpunkt staatlichen Handelns stellt. Man verletzt unweigerlich die Würde der Menschen, deren Schicksal so viele Gemeinsamkeiten mit denen anderer Nationen aufweist. Die eigenen Opfer spart man aus der Betrachtung und Entschädigung aus, wagt es auch nicht, die Verursacher des Unrechts anzusprechen, um die eigene Geste, die als Versöhnung gedacht war, nicht zu beschädigen. Lektionen müssen und sollten alle politisch Handelnden annehmen, sonst bleiben Vorhaben nur auf dem Papier, aber empfundenes Unrecht sucht weiterhin den Durchbruch.

Bei bisherigen Entschädigungen der NS-Zwangsarbeiter hat man ohne Bedenken Gelder verwendet, die auch von ehemaligen deutschen Zwangsarbeitern erarbeitet wurden. Wie wäre es, wenn den deutschen Zwangsarbeitern – wie oft auch immer – als Entschädigung für die Zwangsarbeit die Steuer erlassen würde? Es fehlt Respekt vor den Opfern und der gute Wille der Politiker, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des ganzen Volkes auszuüben.

Die Zwangsarbeit war kein Massenschicksal, sondern auf Zonen/Regionen beschränkt. Auch für deutsche Opfer von Verbrechen gelten die Menschenrechte uneingeschränkt und unrelativierbar. Es ist im höchsten Maße ungerecht und auch unsolidarisch, eine Opfergruppe für alle in Verantwortung zu nehmen. Es geht darum, das persönliche Leid eines jeden Menschen, der Opfer von Zwangsarbeit war – egal warum, wo und wann – anzuerkennen. Eine angemessene Entschädigung aller Zwangsarbeiter – auch der deutschen – muss erreicht werden.

Der pensionierte Lehrer Norbert Tarsten ist Autor des Buches „Schuldebakel oder Demokratie-Posse? Die Rechtschreibreform im Presse-Echo“.

Einen Schritt zurück, zwei Schritte vor

Die kulturpolitische Situation der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien bleibt widersprüchlich

Die letzte polnische Parlamentswahl am 9. Oktober fiel für die Deutsche Liste in der Woiwodschaft Oppeln mit etwa 28 000 Stimmen deprimierend aus. Vor 20 Jahren waren es allein im Oppelner Schlesien 74 000, und landesweit wurden 1991 immerhin 132 000 Stimmen errungen, was damals den Einzug von sieben Abgeordneten in den Warschauer Sejm ermöglichte. Von ihnen ist heute mit Ryszard Galla bloß noch ein einziger übrig. Was ist passiert?

Die Stammwählerschaft der deutschen Volksgruppe wird immer älter, während die Heranwachsenden entweder überhaupt kein Interesse zeigen oder ihr Kreuz anderswo machen, diesmal vor allem beim Wahlgewinner, der Bürgerplattform (PO) von Ministerpräsident Donald Tusk. All das hat innerhalb der Volksgruppe in Schlesien eine Diskussion ausgelöst, ob künftig überhaupt noch eigene Listen ins Rennen geschickt werden sollen oder ob auf diese, wie im Herbst in der Woiwodschaft Schlesien schon geschehen, bewusst verzichtet werden soll, um die Aktivitäten auf andere – perspektivisch wichtigere – Bereiche zu konzentrieren.

Angesichts der schwach ausgeprägten Identität der Masse der heimatverbliebenen Oberschlesier und des fast vollständigen Fehlens einer deutschsprachigen Erziehung in Kindergärten und Schulen ist diese Entwicklung keineswegs überraschend. Bedauerlich ist sie aber auch insofern, als die seit ein paar Jahren amtierende neue Führung der Volksgruppe um Bernard Gaida als Chef des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und Norbert Rasch als Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) damit um den verdienten öffentlichkeitswirksamen Lohn für ihre gute Arbeit gebracht werden. Denn wer sich in Oberschlesien die Verantwortungsträger nicht nur der ersten Reihe, sondern auch der noch jüngeren zweiten genauer ansieht, kommt zum Schluss, dass kaum eine andere auslandsdeutsche Volksgruppe in Europa über konzeptionell und von der persönlichen Ausstrahlung her ähnlich überzeugende Sprecher verfügt.

Schwach ausgeprägte Identität, kein deutscher Unterricht

Zu den wichtigsten Vertretern der zweiten Reihe gehört der 1977 geborene Raphael (Rafal) Bartek als Geschäftsführer des „Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit“ (HDPZ) mit Zweigstellen in Gleiwitz und Oppeln. Bartek hat seine tadellosen Deutschkenntnisse nicht im Elternhaus erworben, sondern sie sich nach 1989 selbst angeeignet. Die Tätigkeitsliste seines fast ausschließlich auf Projektmittel angewiesenen Hauses ist lang und reicht von Veranstaltungen wie den alljährlichen „Schlesienseminaren“ in Groß Stein [Kamien Slaski] bis zu Veröffentlichungen wie die im Frühjahr 2011 erschienene deutsch-polnische Broschüre „Zwei Sprachen/doppelte Chance. Ratgeber für Eltern zweisprachig aufwachsender Kinder“ oder das in Arbeit befindliche „Vademecum“ für Fragen des Ausbaus deutschsprachigen Schulunterrichts.

Zu dem unter den Deutschen in der Region vieldiskutierten Thema, nämlich der Haltung gegenüber den stetig erstarkenden schlesischen „Autonomisten“, äußert sich Raphael Bartek eher skeptisch. In Bezug auf die Führungsgruppe der auch als „Nationalschlesier“ bezeichneten Autonomisten in deren Hochburgen in Kattowitz und anderen ostoberschlesischen Städten weist er darauf hin, dass sich nach dem charismatischen jungen Vorsitzenden Jerzy Gorzelik personell eine große Lücke auftue, weshalb die Entscheidungsträger häufiger wechselten und sich trotz der teilweise gemeinsamen Interessen der inhaltliche Austausch schwierig gestalte. Mit Gorzelik gebe es aber immer wieder Gespräche.

Auf das sogenannte Schlesisch angesprochen, wie die angestammte „wasserpolnische“ Mundart heutzutage meist genannt wird, bekundet der HDPZ-Geschäftsführer sein Bedauern über den kontinuierlichen Rückgang deutscher Begriffe in diesem traditionell mit Germanismen und auch einigen tschechischen Einflüssen angereicherten polnischen Dialekt. Diese Veränderungen erklärten sich aus der übermächtigen Medienpräsenz des Hochpolnischen und dem Verlust des bis 1945 prägenden ständigen Kontakts mit dem Deutschen. Das Hochpolnische sei jedoch im Oppelner Schlesien wie in Ostoberschlesien vielfach noch immer eine „Fremdsprache“, betont Bartek.

Strategisch müsse man sich auf die veränderten kulturpolitischen Rahmenbedingungen einstellen, wenn man als deutsche Volksgruppe weiterhin in der Region behaupten wolle. So finde die seit Oktober 2008 jeden Mittwoch als Beilage zum auflagenstärksten Regionalblatt „Nowa Trybuna Opolska“ in überwiegend polnischer Sprache herausgegebene, von der Volksgruppe bezahlte Beilage „Heimat“ eine erfreuliche Resonanz und lenke viel Aufmerksamkeit auf Veranstaltungen der Sozial-Kulturellen Gesellschaft und der örtlichen Deutschen Freundschaftskreise (DFKs).

Während das von dem in Görlitz ansässigen Verleger Alfred Theisen herausgegebene Magazin „Oberschlesien“ bewusst einsprachig in Deutsch erscheint, hat sich das zentrale Organ der deutschen Volksgruppe für den zweisprachigen Ansatz entschieden. „Das Wochenblatt. Zeitung der Deutschen in Polen“ (bis Ende 2010: „Schlesisches Wochenblatt“) erscheint in einer Auflage von ungefähr 6000 Exemplaren, von denen der Großteil an den Kiosken und nur etwa ein Zehntel über Abonnements verkauft wird. Als das Blatt 2008 von der Mediengesellschaft „Silesiapress“ übernommen worden war, lag die Auflage noch bei 2000 Stück.



Angehöriger der deutschen Volksgruppe in der Region Oppeln mit seinem polnischen und deutschen Reisepass: Aktuelle Volkszählung dürfte Schrumpfung der Volksgruppe belegen Bild: Ullstein

Im Redaktionssitz Oppeln gibt es ehrgeizige Pläne, die publizistische Bedeutung des Volksgruppensprachrohrs schrittweise zu erhöhen. Wie Johanna (Joanna) Mróz, die Vorstandsvorsitzende von Silesiapress, erklärt, ist eine Erweiterung um acht Seiten ins Auge gefasst. Auch der Internetauftritt der Zeitung werde demnächst ausgebaut. Zunächst sei aber die im Januar oder Februar 2012 anstehende Fusion mit der Produktionsgesellschaft Pro Futura zu bewältigen, die sich auf den Radio- und Fernsehbereich spezialisiert hat. Silesiapress erhält über das Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) feste sowie projektgebundene Zuschüsse des deutschen Auswärtigen Amtes. Darüber hinaus gibt das polnische Innenministerium etwas für die Zeitung sowie kleinere Summen für die von „Pro Futura“ erstellten Radio- und Fernsehsendungen („Schlesien Aktuell“ beziehungsweise „Schlesien Journal“).

Eigenes deutsches Radioprogramm soll beantragt werden

Frau Mróz, die auch Pressesprecherin der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Bezirk Oppeln ist und im Frühling 2008 zu den „Revolutionären“ gegen die bis dato tonangebende Funktionärsgruppe um Henryk Kroll gehörte, wurde 1978 als Tochter einer alteingesessenen Gastwirtsfamilie aus Kadlub geboren. Schon der bekannte oberschlesische Schriftsteller Gustav Freytag (eigentlich Piontek) habe einen ihrer Vorfahren in seinem Brief „An den Bauern Michael Mros“ erwähnt, wenngleich wenig schmeichelhaft, lächelt sie. Die mediengewandte Nachfahrin wuchs mit der deutschen Sprache auf; ihr Heimathaus verfügte als zweites in der ganzen Woiwodschaft bereits 1986 über eine Satellitenantenne für den Empfang deutschsprachiger Programme.

Obwohl Johanna Mróz durchaus Realitätssinn zeigt, etwa wenn sie orakelt, dass die Ergebnisse der polnischen Volkszählung „für uns eine Katastrophe werden“ (seriöse Ergebnisse sind wohl nicht vor dem Frühjahr 2012 zu erwarten), so überwiegt doch eine – zwar mit Fragezeichen versehene, aber keinesfalls unbegründete – Zuversicht. Anlass zur Hoffnung gebe es vor allem dann, betont sie, wenn es im neuen Jahr gelinge, das eigene Volksgruppenradio umzusetzen, dessen Einrichtung in den deutsch-polnischen Rundtischgesprächen vom Juni 2011 festgeschrieben wurde. Ein entsprechender Projektantrag solle jedenfalls unbedingt 2012 auf den Weg gebracht werden.

Alfred Theisen formulierte in der Zeitschrift „Oberschlesien“ in seinem Geleitwort einige für das Jahr 2012 und die weitere Zukunft der Volksgruppe maßgebliche Einsichten: „Auch wenn die deutsche Minderheit im Oppelner Land nicht mehr einige Hunderttausend, sondern höchstens noch 100 000 Menschen umfasst, dürfen Vorstände und Vereine sich von ihrer Existenzberechtigung und ihren ideellen Zielen nicht abbringen lassen. Letzten Endes geht es nicht um Quantität, sondern um die Qualität der Verbandsarbeit ... Dafür stehen die Chancen ungeachtet des enttäuschenden Wahlergebnisses unter dem derzeitigen Führungspersonal der deutschen Oberschlesier besser denn je. Auch das ist eine Realität!“

Martin Schmidt

Südafrika ganz ohne Weichzeichner

Deutsche Filmförderung und deutsches Filmteam überzeugen mit niveauvollem Aids-Drama

Erst im Abspann des in Südafrika spielenden, erst vor wenigen Wochen auf DVD erschienenen Filmes „Geliebtes Leben“ erfasst der aufmerksame Zuschauer, dass er soeben einen überwiegend deutschen Film gesehen hat. Denn neben dem Regisseur Oliver Schmitz, dem Produzenten Oliver Stoltz, dem Kameramann Bernhard Jasper, der Szenenbildnerin Christiane Rothe waren hier Mercedes, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Filmfördertöpfe mehrerer Bundesländer und weiterer deutscher Kulturstiftungen engagiert. Regisseur



Schmitz ist zwar als Sohn deutscher Auswanderer in Südafrika geboren, doch arbeitet er seit vielen Jahren in Deutschland. Mit den Serien „Türkisch für Anfänger“ und „Doctor's Diary“ hat er vergleichsweise niveauvoll das deutsche Publikum unterhalten. In „Geliebtes Leben“ entführt er nun die Zuschauer in die Wahlheimat seiner Eltern und das ganz anders als die auf Bildung bedachten öffentlich-rechtlichen Sender ohne Herz-Schmerz vor schöner Kulisse mit Christine Neubauer.

Beim Filmfest in Cannes ausgezeichnet und in Durban als bester südafrikanischer Spielfilm geehrt, erzählen die deutschen Filmemacher sensibel und absolut nicht sentimental aus dem Leben der zwölfjährigen Chandra. Der Film beginnt damit, dass das Mädchen einen Sarg für ihre verstorbene kleine Schwester Sarah kaufen muss, während ihre Mutter mit dem toten Baby im Arm daheim sitzt und der Stiefvater seinen Kummer in der nächsten Kneipe ersäuft. Relativ schnell erfasst Chandra, obwohl keiner mit ihr darüber reden will, dass ihre kleine Schwester nicht an einem Fieber, sondern an Aids gestorben ist. Zumal Sarah nicht die einzige Kranke in der Familie ist. Verzweifelt kämpft das Kind gegen die Schweigespirale der Erwachsenen, die damit endet, dass der Mob den sterbenden Stiefvater „entsorgt“ und Chandras Mutter von ihren eigenen Verwandten und Freunden ausgesetzt wird, da keiner den Aids-Tod vor Augen haben will.

Ohne moralischen Zeigefinger, nur über das gute Zusammenspiel der südafrikanischen Schauspieler hat Oliver Schmitz das Thema Aids hervorragend verfilmt. Ob und wann der bei Kulturfestspielen erfolgreiche, vom deutschen Staat geförderte Film bei den öffentlich-rechtlichen Sendern gezeigt wird, ist noch ungewiss. *Bel*

IN KÜRZE

Thielemann wird Dresdner

Da haben sie in den Silvesterkonzerten der ARD und des ZDF gleichzeitig um die Wette dirigiert, wie unsere öffentlich-rechtlichen Programmfritzen das listig eingefädelt hatten: die beiden Star-Dirigenten Sir Simon Rattle und Christian Thielemann. Man musste sich, wie so oft im Leben, für eins von beiden entscheiden: für die Berliner Philharmoniker im vormaligen „Zirkus Karajani“ mit Tänzen von Brahms, Dvorak und Strauss oder ein beschwingtes Operettenprogramm mit Arien und Duetten Franz Lehárs aus der Semperoper.

Thielemann, der derzeit erfolgreichste Dirigent seiner Generation, hat sich entschieden. Er wird


Christian Thielemann Bild: dapd

im Sommer Chefdirigent der Sächsischen Staatskapelle Dresden, eines der ältesten und bedeutendsten Orchester der Musikgeschichte. Gegenwärtig noch Generalmusikdirektor der Münchner Philharmoniker, soll Thielemann der Semperoper noch mehr internationales Renommee bescheren. Der Berliner aus einer großbürgerlichen, sächsisch-pommerschen Familie, der seine Laufbahn als Assistent von Herbert von Karajan begann, steht mit jungen 52 Jahren auf dem Zenit seiner Karriere.

Wo Erfolg ist, bleiben Neider und Kleingeister nicht aus, und so hat es Anwürfe schon gegeben: Die Vorliebe für den „Deutschen Klang“, seine Leidenschaft für die Musik der deutschen Romantik, Bruckner, Mahler, Strauss, insbesondere Wagner, rief die notorischen Gesinnungsschnüffler auf den Plan, die den Preußenliebhaber, der ein Portrait Friedrichs des Großen über dem Schreibtisch hängen hat, den Zeitgeist verachtet und die Tradition schätzt, zu gerne in die rechte Ecke gestellt hätten. Sein ostpreußisches Kindermädchen! Der strenge Scheitel! Die Villa in Potsdam, die Sehnsucht nach Masuren! Als Thielemann im Oktober des eben vergangenen Jahres zum Ehrenmitglied der Londoner Royal Academy of Music berufen wurde, fragten seine Gastgeber erstaunt, was um alles in der Welt die Deutschen für ein Problem mit ihrer Musik hätten? „Die Deutschen haben eines, weil man ihnen eingeredet hat, sie müssten es haben!“, erklärte er und gab in bemerkenswerter Deutlichkeit zurück: „Weil die Achtundsechziger dem Irrtum verfallen sind, alles sei politisch, also sei auch die Musik politisch. Aber genau das stimmt nicht, das ist absoluter Schwachsinn! Musik ist völlig unpolitisch. Cis-Moll ist nicht rechts, Es-Dur ist nicht links, ein Stück ist gut oder schlecht, Punkt, aus.“

Kaum eine Auseinandersetzung um den Kapellmeister ohne Rekurs auf dessen vermeintliches Weltbild. Doch Thielemann kontert: „Der nationale Hammer ist ja der denkbar größte in der öffentlichen Debatte.“ Wenn der geschwungen würde, heiße das nur, dass man auf andere Art und Weise nicht weiterkomme. Das Musikmagazin „crescendo“ befand: „Thielemanns Heimat ist nicht Deutschland, sondern der Klang.“ *CR*

Der große Förderer der Wissenschaften

Wie Friedrich II. die Preußische Akademie zu einem Zentrum des europäischen Geisteslebens machte

Die größten Geister ihrer Zeit, versammelt um Friedrich II. – ein Bild, das so gar nicht zu dem Zerrbild passt, das noch heute gern von Preußen gezeichnet wird. Aber der Preußenkönig war ein Großer, auch in der Förderung von Geistesleben und Wissenschaften.

Als der 28-jährige Friedrich am 31. Mai 1740 den preußischen Thron bestieg, war der „Antimachiavell", sein wohl wichtigstes literarisches Werk, gerade ein Jahr erschienen. Die Erwartungen unter Europas führenden Geistesgrößen waren hoch: Würde der junge König seine kühnen Visionen vom tugendhaften, aufgeklärten Idealmonarchen umsetzen können? Würde er, der besser französisch als deutsch sprach (und schrieb), dem französisch geprägten Absolutismus – L'État c'est moi, der Staat bin ich – seinen „Ersten Diener des Staates" gegenüberstellen? Würde er auch im Herrscheramt die Querflöte dem Säbel vorziehen?

Die hochgesteckten Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Friedrich hob die Folter weitgehend auf, milderte die Pressezensur, verkündete Religionsfreiheit. Und in einem Brief an Voltaire, den er in Rheinsberg kennen- und schätzen gelernt hatte, wies er bereits am 27. Juni 1740 stolz darauf hin, dass er unmittelbar nach seinem Amtsantritt die Neuorganisation der „Königlich Preußischen Societät der Wissenschaften" in Angriff genommen habe („J'ai posé les fondements de notre nouvelle Académie").

Diese Einrichtung war 1701 zeitgleich mit dem preußischen Königreich gegründet worden, entsprach aber noch lange nicht den visionären Vorstellungen Friedrichs. Zwar war ihre Struktur von Anfang an auf Zukunft angelegt; mit Gottfried Wilhelm Leibniz hatte sie einen hervorragenden Gründungspräsidenten, und ihre Aufteilung in je zwei geistes- und naturwissenschaftliche Klassen stellte eine weltweite Neuerung dar. Jedoch blieb unter Friedrichs Vater der Societät eine weitere fortschrittliche Entwicklung versagt. Der sogenannte Soldatenkönig nahm sie eher am Rande wahr, finanzieren durfte sie ihre Arbeit ausschließlich aus dem Privileg, Herstellung und Verkauf von Kalendern als Monopol zu betreiben.

Obwohl Friedrich der Große schon ein halbes Jahr nach der Thronbesteigung als Feldherr gefordert war, hat er die Neugestaltung der Societät keineswegs vernachlässigt. Zügig ging er daran, die in dem zitierten Brief an Voltaire beschriebenen personellen Erweiterungen durchzuziehen. Führende Denker und Forscher wie Pierre-Louis Moreau de Maupertuis, Leonhard Euler, Jean-Baptiste le Rond d'Alembert oder Willem Jacob 's Gravesande standen auf seiner Wunschliste und sollten sich wenig später in seiner Tafelrunde wiederfinden.

Der Durchbruch gelang Anfang 1743. Am 24. Januar wurde auf Betreiben Seiner Majestät die Vereinigung der „Societät der Wissenschaften" mit der „Nouvelle Société Littéraire" zur „Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften" besiegelt. Als neuartiges Finanzierungsmodell trat neben das Kalenderprivileg die Ausschreibung von Preisaufgaben. Damit konnte die Akademie ungelöste natur-, geistes- und staatswissenschaftliche Fragestellungen aufgreifen und beantworten. Eine der spektakulärsten dieser Preisfragen datiert in der Spätzeit der Regentschaft Friedrichs. Am 16. Oktober 1777 schickte er der Akademie eine Order, in der er, „da Unser beständiges Ziel der Fortschritt der philosophischen Aufklärung ist", die Preisfrage „Ist es nützlich, das Volk zu betrügen?" anregte („S'il peut être utile de tromper Le Peuple?").

Die königliche Akademie verzeichnete 42 Einsendungen, darunter von Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet und Jean Paul, Rudolf Zacharias Becker und dem spätere Preisträger Frédéric de Castillon, aber auch von drei Landpfarrern sowie einem philosophierenden Gastwirt.

Das Verdienst, die preußische Akademie zu einem führenden europäischen Wissenschaftszentrum erhoben zu haben, kommt in erster Linie Pierre-Louis Moreau de Maupertuis (1698–1759) zu. Der französische Philosoph, Mathematiker, Astronom und Naturforscher war von Anfang an Friedrichs Wunschkandidat und wurde am 1. Februar 1746 zum ersten Präsidenten der Akademie ernannt.


Als Gleicher unter Gleichen in der Tafelrunde von Sanssouci: Friedrich den Großen (Mitte) mit Voltaire (links) und den führenden Köpfen der Preußischen Akademie der Wissenschaften

Bild: Archiv

Seine zehnjährige Amtszeit war einerseits geprägt von großen wissenschaftlichen Erfolgen, andererseits von allerlei kleinkarierten Querelen, deren Ursachen wohl vor allem in dem schwierigen Charakter Maupertuis' lagen. Voltaire, der anfangs seine Berufung begrüßt und befördert hatte, polemisierte heftig gegen ihn, konnte ihm damit aber nicht das Wohlwollen des Königs entziehen. Dessen frühzeitige Bemühungen um einen Nachfolger gründeten nicht auf einem persönlichen Zerwürfnis, sondern auf der Kenntnis vom immer schlechteren Gesundheitszustand, der eine weitere Amtsführung des Akademiepräsidenten unmöglich machte.

Friedrichs Wissenschaftspolitik war entscheidend davon geprägte, dass er – mehr als zwei Jahrhunderte vor dem Internet – ein Netzwerk aufbaute: Er vernetzte die unterschiedlichsten geistes- und naturwissenschaftlichen Disziplinen, er vernetzte Forschung, Politik und Gesellschaft, und er vernetzte die führenden Köpfe ganz Europas. Dabei blieb er stets seinem praxisnahen Motto treu: „Wer bewirkt, dass dort, wo bisher ein Halm wuchs, nunmehr zwei Halme wachsen, der hat mehr für ein Volk geleistet als ein Feldherr, der eine Schlacht gewann."

In einer „Abhandlung über den Nutzen der Künste und Wissenschaften", die am 27. Januar 1772 in der Akademie verlesen wurde, bekundete der visionäre Preußenkönig: „In unsren Tagen sind wir an einen Punkt gekommen, dass eine Regierung in Europa, die es versäumte, die Wissenschaften zu fördern, binnen kurzem um ein Jahrhundert hinter ihren Nachbarn zurückstehen würde." Worte, die nichts an Aktualität eingebüßt haben und unseren heutigen Politikern ins Stammbuch geschrieben seien – im Namen Friedrichs des Großen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Wenn Anna und Katharina Fritz spielen

Arte eröffnet das Friedrich-Jahr mit einem Dokudrama mit Mutter und Tochter Thalbach in der Titelrolle

Er wurde schon zu Lebzeiten der „Große" genannt – Friedrich II., König von Preußen; oder kurz: der Alte Fritz. So ist er jedem von uns seit Schultagen geläufig. Verehrt und verteufelt, geliebt und gehasst – eine schillernde Persönlichkeit und zugleich einer der berühmtesten Deutschen. Es gibt Grund, ihn zu feiern. Vor 300 Jahren, am 24. Januar 1712, wurde er als Sohn von Friedrich Wilhelm I., dem „Soldatenkönig", in Berlin geboren. 2012 wird zum „Friedrich-Jahr".

Mehr als 150 Veranstaltungen (grob geschätzt) wird es zu seinen Ehren geben. Potsdams Neues Palais und das Deutsche Historische Museum in Berlin laden ab März beziehungsweise ab April zu mehrmonatigen Ausstellungen ein. Namhafte deutsche Verlage sind schon seit Wochen mit neuen Friedrich-Ansichten und -Einsichten auf dem Markt. Die Deutsche Post erinnert mit einer Briefmarke an den Preußenkönig, postfrisch und gezähnt ist sein Porträt seit dem 2. Januar am Schalter. Hörfunk und Fernsehen stehen all diesen ehrenden, erinnernden, kritisch beleuchtenden und zu Diskussionen reizenden Anstrengungen nicht nach.

Der deutsch-französische Kulturkanal Arte und das Erste Programm der ARD eröffnen den Reigen der TV-Sendungen zum 300. Geburtstag. „Friedrich – ein deutscher König" heißt ganz unspektakulär der 90-Minuten-Beitrag, den Arte diesen Sonnabend, 7. Januar, um 20.15 Uhr und das Erste am Montag, 16. Januar, 22.45 Uhr ausstrahlen. Es ist eine Gemeinschaftsproduktion des federführenden Radio Berlin-Brandenburg (RBB) mit den Sendern MDR, SWF, WDR und Arte, hergestellt von der bewährten DOKfilm Fernsehproduktion, Potsdam.

Der auch als DVD erhältliche Film beginnt höchst ungewöhnlich mit einem Hinweis, fast möchte man sagen mit einer Warnung: "Wenn Ihnen zum Stichwort ‚Großer König' nur preußischer Militarismus und große Schlachten einfällt, dann haben wir vielleicht etwas mehr zu bieten ..." Dieses Mehr ist dann, wie es Projektleiter Rolf Bergmann sagt, „kein Fridericus-Rex-Otto-Gebühr-Aufguss, also keine Hommage, keine ideologische Vereinnahmung, sondern ein frischer, zeitgemäßer Blick auf eine historische Figur". Aus.

Durch Spielszenen, auch mit Zeitsprüngen, die dem nicht so geschichtsfesten Zuschauer durch Datenzeilen angezeigt werden und durch geografische Skizzen, sowie knappe erläuternde Kommentare der drei Historiker Christopher Clark, Hartmut Dorgerloh und Monica Kurzel-Runtscheiner entsteht mosaikartig ein "junger Friedrich", ein „Alter Fritz". „Dokudrama" nennt die Branche diese Mischung von Realität und Fiktion: Wie er vom Vater, dargestellt durch Oliver Nägele, gedrillt und gedemütigt wird; wie er nach vergeblicher Flucht die Hinrichtung seines Freundes Hans Hermann von Katte mit ansehen muss; wie er das Soldatenleben hasst; wie er mehr Schöngeist ist als Schlachtenlenker und mit Frauen nichts anzufangen weiß; wie er aus Ruhmsucht im Siebenjährigen Krieg halb Europa gegen sich aufbringt und dabei fast sein Preußen verspielt; wie er von Sanssouci träumt, dem Schloss „ohne Sorge".


Im Schlosstheater des Neuen Palais: Anna und Katharina Thalbach als Friedrich der Große (von links)

Bild: Theo Heimann/dapd

Der große Coup des Films sind jedoch zwei Hosenrollen. Zwei Frauen spielen Friedrich – Katharina Thalbach den alten, ihre Tochter Anna den jungen. Das ist zum einen äußerst sehenswert und zum anderen mehr als nur ein Gag. Regisseur Ian Peter, der sich dem RBB durch die erfolgreiche Umsetzung der ARD-Reihe „Mein Deutschland" empfohlen hatte, sieht es so: „Zwei Facetten von Friedrichs Person sind bei den beiden Thalbachs spürbar: das Spöttisch-Frivole und die enorme Kälte. Ihr Spiel macht die doppelte Entfremdung Friedrichs des Großen erlebbar – Schauspieler, die einen König darstellen, der einen König geschauspielert hat."

Katharina Thalbach, von Kindsbeinen an mit einer Leidenschaft für alles Historische, erinnert sich, dass ihre Großmutter ihr den Alten Fritz immer gern vorgespielt hat. „Mit Krückstock und fürchterlich finsterem Blick. Den hab' ich von ihr übernommen." Und Tochter Anna sagt: „Ich musste mich nicht anstrengen, Fritz zu spielen. Es ist die schönste Rolle, die ich jemals spielen durfte."

Der Film ist übrigens – wenn auch eher unbeabsichtigt – so etwas wie eine Geburtstagsehrung für Katharina Thalbach. Zwei Tage nach der Premiere im Ersten wird sie 58. Am 19. Januar 1954 wurde sie in Berlin in eine Schauspieler-Ehe hinein geboren und stand mit fünf Jahren schon auf der Bühne. Helene Weigel, Witwe von Bertolt Brecht, war Mentorin ihrer Schauspielausbildung.

Als Katharina Thalbach, inzwischen vielfach gefeierte Schauspielerin und Regisseurin bei Bühne, Film und Fernsehen, vor drei Jahren in einem Interview der "Stuttgarter Zeitung" gefragt wurde, ob sie vielleicht Angst hätte, im Alter keine attraktiven Rollen mehr zu bekommen, antwortete sie: "Es wird sich wohl eine schöne Alte für mich finden – eine Miss Marple oder so ..." Katharina Thalbach ist noch immer eine Vollblut-Mimin und ihr „Alter Fritz" ein Kabinettstück. *Karlheinz Mose*

Friedrich II. und Schlesien

Das Oberschlesische Landesmuseum beginnt sein Ausstellungsprogramm 2012 mit der Sonderausstellung „300xFriedrich. Preußens König und Schlesien". In je einer Etappe wird die authentische Persönlichkeit des preußischen Königs in Zeitzeugnissen und seine spätere Inszenierung herausgestellt. Für Sonntag, den 29. Januar 2012 um 15 Uhr ist die feierliche Eröffnung vorgesehen.

Laut den Ausstellungsmachern wird die Präsentation auf ihren 500 Quadratmeter Fläche Antwort geben auf Fragen wie: Was machte das Herzogtum Schlesien für Preußen so interessant? Wie erfolgte die Aneignung – zuerst kräftezehrend mit militärischen Mitteln, dann administrativ und als wirtschaftlicher Aufbau? Wie funktionierte Friedrichs merkantilistische Wirtschaftspolitik? Auf welche Weise konnten die Schlesier für den neuen Staat gewonnen werden? Wie verhielten sich dagegen die Habsburger?

Mit der unter der Schirmherrschaft der nordrheinwestfälischen Ministerpräsidentin stehenden Präsentation knüpft das Museum an seine Preußen-Ausstellung von 2006/07 an und leitet über zum Thema "200 Jahre Befreiungskriege" als Ausstellungsschwerpunkt des Jahres 2013. Nähere Informationen erteilt das Oberschlesische Landesmuseum, Bahnhofstraße 62 (Haus 2), 40883 Ratingen (Ortsteil Hösel), Telefon (02102) 965-0, Fax (02102) 965-240. *PAZ*

»Man bestatte mich in Sanssouci«

Am 8. Januar 1769 verfasste Friedrich der Große sein privates Testament, in dem er auch seine letzte Ruhestätte festlegte

„Zur Vermeidung von Zerwürfnissen unter meinen Angehörigen, die wegen meiner Erbschaft entstehen könnten“, verfasste Friedrich der Große am 8. Januar 1769, in seiner Hauptstadt ein 33 Punkte umfassendes privates Testament. In ihm regelte der König mit teilweise geradezu preußischer Akribie das weitere Schicksal seines Nachlasses.

In seinem politischen Testament aus dem Jahre 1752 hat König Friedrich der Große manche politischen Lehren formuliert, etwa „Die erste Pflicht eines Bürgers ist, seinem Vaterland zu dienen“ oder „Die nützlichen Tugenden der Bürger sind Menschlichkeit, Billigkeit, Tapferkeit, Wachsamkeit und Arbeitsliebe“ – deren Nichtbeachtung und Negierung im alltäglichen Handeln ein ganz typisch gewordenes Kennzeichen unserer Gegenwart ist, wie man heute hinzufügen könnte. Jene einst auch von Bundeskanzler Helmut Schmidt angesprochenen typisch preußischen Eigenschaften wie Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeits- und Realitätssinn sowie Standhaftigkeit waren schon 1982 für den damaligen SPD- und heutigen Linksparteipolitiker Oskar Lafontaine nur „Sekundärtugenden“, mit denen man auch ein KZ leiten könne.

»Unser Leben ist ein kurzer Übergang«

Mehr vom Menschen Friedrich offenbart sich dagegen in seinem privaten Testament vom 8. Januar 1769, das der Monarch vorsorglich kurz vor seinem 57. Geburtstag ordnungsgemäß auf einem preußischen Stempelpapierbogen zu acht guten Groschen niederschrieb. Die erste vollständige Veröffentlichung des Testaments erfolgte im Jahr 1924 durch den preußischen Kulturhistoriker Friedrich von Oppeln-Bronikowski.

Friedrich der Große leitete sein privates Testament mit folgenden Worten ein: „Unser Leben ist ein kurzer Übergang von unserer Geburt bis zu unserem Tode. In dieser kurzen Frist ist es dem Menschen bestimmt, für das Wohl der Gesellschaft zu arbeiten, deren Glied er ist. Seit ich zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen ward, habe ich mich mit allen Kräften, die mir die Natur verliehen, und nach meiner schwachen Einsicht bestrebt, den Staat, den zu regieren ich die Ehre hatte, glücklich und blühend zu machen. Ich habe Recht und Gesetz zur Herrschaft, Ordnung und Klarheit in die Finanzen gebracht und im Heere die Manneszucht erhalten, durch die es allen anderen Truppen Europas überlegen wurde.“

Nach dieser knappen Bilanz hielt es Friedrich für angebracht, persönliche und familiäre Probleme detailliert zu regeln. Seinen im Testament gleich eingangs geäußerten Wunsch, auf der Höhe der Terrassen von Schloss Sanssouci in einer noch von ihm selbst hergerichteten Gruft zu ruhen, berücksichtigte sein Neffe, Nachfolger und Haupterbe Friedrich Wilhelm II. nicht. Er ließ ihn stattdessen in der Potsdamer Garnisonkirche neben seinem Vater bestatten. Erst 205 Jahre später erfüllte der damalige Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand, den Wunsch Friedrichs und ließ ihn am 17. August 1991 am gewünschten Ort beisetzen. Der kinderlose König hinterließ Friedrich Wilhelm II. das gesamte Königreich Preußen nebst allen Provinzen, Festungen und Schlössern, seiner privaten Bibliothek, der Kronjuwelen sowie dem Staatsschatz. Doch gab Friedrich dabei seinem Erben den eindringlichen Hinweis, jenen Staatsschatz als „Eigentum des Staates“ zu betrachten und nur zur Verteidigung des Volkes oder zur Erleichterung seiner Lage zu verwenden. Doch der verschwenderisch veranlagte Friedrich Wilhelm II. folgte auch hierbei nicht der Weisung des Onkels. Vorsorglich legte der in Finanzsachen immer penible König als Punkt 3 im Testament fest, dass, sollte er bei Lebzeiten die Bezahlung einer Schuld vergessen haben, sein Generalerbe diese aus dem Erbe zu begleichen habe.



Bild: akg

Bestattung Friedrichs II. in Sanssouci: Nicht nur in dieser Hinsicht missachtete der Haupterbe das Testament

Obwohl Friedrich der Große seinerzeit eine reine Konvenienzehe einging und mit seiner Gattin nur den unbedingt nötigen Umgang pflegte, erhöhte er ihr testamentarisch ab seinem Tode das jährliche Einkommen generös um 10000 Taler. Zudem verpflichtet er seinen Neffen und Erben, der verwitweten Königin stets die gebührende Achtung und Ehrerbietung zu erweisen, denn „ihre Tugend habe sie niemals verleugnet“. Auch alle übrigen Verwandten des Königs erhielten aus der Erbmasse jeweils einige exakt angeführte, persönliche Andenken und Kostbarkeiten zugeteilt. Der Schwester Luise Ulrike beispielsweise, die auf Friedrichs Wunsch einst den schwedischen König ehelichte, waren eine goldene Dose im Wert von 10000 Talern, 20 Eimer Ungarwein sowie ein Gemälde des Malers Antoine Pesne zugedacht, das eine junge, zum Fenster heraussehende Bäuerin darstellt. Da Luise Ulrike jedoch einige Jahre vor ihrem Bruder verstarb, blieb dieses Gemälde im Schloss Sanssouci erhalten. Friedrich hatte nämlich vorausschauend in seinem Testament festgehalten, dass, sollte einer der von ihm Bedachten vor ihm sterben, alle diesen betreffenden Anweisungen hinfällig seien.

Auch seine treuen Diener und Kampfgefährten vergaß Friedrich nicht. Friedrich Wilhelm II. legte er im Punkt 25 des Testaments die „tapferen Offiziere, die unter meinem Befehl den Krieg mitgemacht haben“, eindringlich ans Herz. Niemand von ihnen solle entlassen werden, auch solle niemand von ihnen, wenn er alt und krank geworden ist, im Elend umkommen. Jeder Stabsoffizier des Regiments Garde, des Bataillons Lestwitz und der Garde du Corps, allesamt Truppenteile, die Friedrich besonders schätzte, solle nach seinem Tode eine aus Gold geprägte Denkmünze erhalten. Den einfachen Soldaten jener Einheiten sollten dann jeweils zwei Taler extra ausgezahlt werden. Fernerhin empfahl Friedrich seinem Nachfolger alle von ihm persönlich eingearbeiteten Beamten, alle Privatsekretäre seines Kabinetts und auch seine treuen Kammerdiener. Sein Testament schloss der König mit den verpflichtenden Worten: „Bis zum letzten Atemzuge werden meine Wünsche dem Glück dieses Staates gelten. Möge er stets mit Gerechtigkeit, Weisheit und Stärke regiert werden. Möge er durch die Milde der Gesetze der glücklichste, finanziell der bestverwaltete und durch ein Heer, das nur nach Ehre und edlem Ruhm strebt, der am tapfersten verteidigte sein. Möge er blühen bis an das Ende der Zeiten!“

Jürgen W. Schmidt

»Kunst ist eine Waffe«

Doppeltes Jubiläum des Historiengemäldes »Schlacht bei Grunwald«

Kunst ist eine Art Waffe; man darf die Kunst nicht von der Liebe zum Heimatland trennen.“ Folgen wir diesen Worten des polnischen Historienmalers Jan Matejko (1838–1893), gehört sein Werk „Bitwa pod Grunwaldem“ („Schlacht bei Grunwald“) zu den größten Kunstwerken Polens, wenn nicht der Welt. Für das polnische Volk hat kein anderes Bild eine derart große Symbolkraft. Dieses Jahr hat es gleich ein doppeltes Jubiläum: 1872, also vor 140 Jahren, ist mit den Arbeiten an ihm begonnen worden, und 1902, also vor 110 Jahren, ist es in den Besitz der Nationalgalerie in Warschau übergegangen.

Das gewaltige Bild von fast zehn Metern Breite und über vier Metern Höhe schildert die Niederlage des Deutschen Ordens gegen das vereinigte polnisch-litauische Heer am 15. Juli 1410 in der Schlacht bei Tannenberg, die das Ende der Großmachtstellung des Ordens im östlichen Ostseeraum einleitete. Es sollte eigentlich dieser Tage in der großen deutsch-polnischen Ausstellung im Berliner Martin-Gropius-Bau gezeigt werden, was dann aber aus restauratorischen Gründen doch nicht möglich war. So war es „nur“ als gehäkeltes Bild präsent, in seinem Gehalt aber prägte und prägt es die Ausstellung und lud mehrfach zu Gesprächen und Diskussionen über das für Deutsche wie für Polen gleichermaßen folgenreiche Geschehen im Jahr 1410 ein.

Der in Deutschland wenig bekannte Maler gilt im Nachbarland als einer der größten polnischen Künstler im 19. Jahrhundert. Er hatte in München und Wien studiert, war stark vom Historienstil eines Wilhelm von Kaulbach beeinflusst und lebte und wirkte dann lange Zeit in Krakau, das damals zu Österreich-Ungarn gehörte, wo eine vergleichsweise liberale Kulturpolitik möglich war, in der sich das Streben polnischer Intellektueller und Künstler nach Freiheit und Unabhängigkeit stärker als in den preußischen oder russischen Landesteilen ausdrücken konnte.

Das mit einer kaum zählbaren Zahl von Kriegern besetzte Bild hat – darin durchaus einer mittelalterlichen Tradition der Malerei folgend – drei Schwerpunkte: zum einen (rechts oben) der gescheiterte Angriff der Ordensritter auf den polnischen König Jagiello, zweitens (links oben) die Eroberung des Ordenslagers und drittens zentral in der Mitte der Tod des zu Pferd kämpfenden Ordensmeisters Ulrich von Jungingen, neben ihm der bereits triumphierende litauische Großfürst Vytautas im roten Gewand und mit Kreuzeskrone geschmückt.



Bild: Archiv

„Schlacht bei Grunwald“: Das 4,26 mal 9,87 Meter große Ölgemälde entstand 1872 bis 1878

Im Bild, so der in Deutschland lehrende schwedische Historiker Sven Ekdahl, gehe es weniger um Wahrheit, als vielmehr um Symbole. Alles sei darauf angelegt, den Krieg gegen den Orden als einen „bellum iustum“, als einen gerechten Krieg gegen fremde Eroberer zu zeigen. Entsprechend dieser Botschaft wird der Tod des Hochmeisters des Ordens wie die Hinrichtung eines Verbrechers dargestellt. So ist einer der beiden Fußknechte, die ihn im Momente seines Todeskampfes angreifen, als Henker mit roter Kapuze und Henkersbeil dargestellt.

Das Vergehen, dessen der Deutsche Orden bezichtigt wird, lautet, seinen Auftrag verraten zu haben, das Heidentum zu bekämpfen, und diesen Auftrag scheinheilig als Vorwand für seine Kriegszüge zu missbrauchen. So wird der litauische Herrscher Vytautas mit einer Krone dargestellt, die ein großes Kreuz schmückt. Damit soll suggeriert werden, dass der Orden entgegen seiner Behauptung eben nicht gegen Heiden, sondern gegen christliche Gegner gekämpft habe.

Matejko wirft dem Deutschen Orden in seinem Bild jedoch nicht nur Verrat an der christlichen Sache, sondern auch Freundesverrat vor. Das ist zumindest der Fall, wenn wir der Interpretation folgen, dass mit der Lanze, mit welcher der zweite Fußknecht den Hochmeister angreift, auf die Lanze angespielt werde, die Kaiser Otto III. im Jahr 1000 dem späteren polnischen König Boleslaw dem Tapferen geschenkt haben soll und die deshalb als Symbol der deutsch-polnischen Freundschaft gelte.

Infolge des durch Matejko mit seiner Tannenbergdarstellung visualisierten Grunwald-Nationalmythos gilt die Schlacht bis heute als ein Symbol des Unabhängigkeitsstrebens der Nation. Die wachsende Feindschaft im 19. Jahrhundert zwischen den Völkern trug wesentlich dazu bei, dass nun auch von deutscher Seite die bis dato vergleichsweise wenig beachtete Schlacht zum Mythos erhoben und der Kampf des Ordens zur Heldenschlacht stilisiert wurde. Das 1927 eingeweihte Tannenberg-Denkmal, das eigentlich an den deutschen Sieg gegen die Russen im Sommer 1914 erinnerte, war in Grundriss und Aufbau bewusst an einer mittelalterlichen Ordensburg ausgerichtet.

Nach 1939 versuchte der nationalsozialistische Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, der den symbolischen Gehalt des Bildes sehr wohl kannte, des in Lublin versteckten Bildes habhaft zu werden; aber selbst eine Auslobung von zwei Millionen Mark richtete nichts aus. Allerdings war das unter widrigsten Umständen versteckte Bild nach 1945 derart beschädigt, dass es jahrzehntelanger Restaurierung bedurfte, die immer erneut wiederholt werden muss. Heute ist das Bild in der Nationalgalerie in Warschau zu sehen; diese hatte es im Jahre 1902, als die heutige Hauptstadt der Republik Polen noch zum russischen Zarenreich gehörte, für 25000 Gulden angekauft.

Dirk Klose/PAZ



Jan Matejko Bild: Archiv

Freiheit und Eigenverantwortung

Zu: „Zuviel Rot in Brandenburg?“ (Nr. 50)

Ich teile die Einschätzung Saskia Ludwigs, dass nur Freiheit und Eigenverantwortung die Demokratie ermöglichen. Ergänzen möchte ich, dass aus christlicher Sicht denjenigen geholfen werden muss, die sich nicht selbst schützen können. Die linken Parteien haben jedoch ein anderes Programm: Mit den Hartz-IV-Gesetzen hat die SPD die Schwachen entmündigt und mit den Parteitagsbeschlüssen zur Ausweitung der Gewerbesteuer und Anhebung des Einkommensteuerspitzensatzes wird der Mittelstand als Leistungsträger getroffen.

Auch Stefan Weil, SPD-Spitzenkandidat in Niedersachsen, will erst die Steuern erhöhen, anstatt über eine Ausgabenkürzung nachzudenken, wie er in einem Interview mit der „Hannoverschen Allgemeinen“ erklärte.

Wollten SPD, Grüne, Linke, „Piraten“ und ähnliche Organisationen wirklich Gerechtigkeit einführen, müssten sie auf ihre Klientelpolitik und Ideologien verzichten. Denn die Methode, dass bei ihnen manche Menschen immer noch gleicher als andere sind, lässt sich sehr gut bei George Orwell und Wolfgang Leonhard nachlesen.

Ulrich Blode, Langenhagen

Zuverlässige, sachliche Recherche

Zu: Lob und Anregung

Lange Zeit war ich auf der Suche nach einer konservativen Wochenzeitung. Seit einem Jahr habe ich die richtige gefunden: meine *PAZ*.

Ich bin Jahrgang 1975. Seit Generationen ist unsere Familie im Erzgebirge zu Hause. Somit bin ich eigentlich kein Direktkandidat der *Preußischen Allgemeinen*. Dennoch kam ich an Euch einfach nicht vorbei. Keine Sensationspresse, keine Promipresse, kein Klatsch und Tratsch. Zuverlässige und fachliche Recherche sind mir wichtiger. Der Geschichtsteil ist mir besonders wichtig. Hier wird im Gegensatz zu gleichgeschalteten Mainstream-Medien Klartext gesprochen. Ihre Artikel vermitteln auch Werte wie Anständigkeit, Treue, Vaterlandsliebe. So etwas findet man in anderen Medien kaum noch.

Eine kleine Anregung habe ich aber auch noch. Wie wäre es mit einer Rubrik „Deutsche Schrift“? Beiträge in Sütterlin und Kurrentschrift, Geschichte der deutschen Schrift? Dies wäre doch sicher sowohl für Ältere zur Auffrischung, als auch für Jüngere zum Kennenlernen ganz interessant.

Ich sage Danke für diese schöne Wochenzeitung und wünsche einen guten Start ins neue Jahr.

Sascha Munzert, Breitenbrunn

Oradour: Nachtrag

Zu: „Aktenblätter vom vergifteten Baum“ (Nr. 51)

In dem Beitrag heißt es: „Der Vorwurf lautet Beihilfe zum Mord, denn nur Mord verjährt nicht. Es geht um 642 Männer, Frauen und Kinder, die im französischen Dorf Oradour von Angehörigen der Waffen-SS getötet wurden.“ In dem Artikel werden die Vorgeschichte sowie der Ablauf des großen Oradour-Prozesses 1953 vor dem Ständigen Höheren Militärgericht in Bordeaux nicht erwähnt. Es ist davon auszugehen, dass nur wenige über die Ereignisse Bescheid wissen.

Die Urteile lauteten: 43 Angehörige der 3. Kompanie in Abwesenheit zum Tode, ein Oberscharführer und ein elsässischer Unterscharführer in Anwesenheit zum Tode. Die deutschen Kompanieangehörigen wurden zu Zwangsarbeit von acht bis zwölf Jahren verurteilt. Die Elsässer dagegen, die in die Waffen-SS eingezogen worden waren, erhielten zwischen vier und acht Jahren Zwangsarbeit auf Bewährung und wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Deutschen wurden nach mehreren Monaten entlassen, die beiden Todeskandidaten kamen 1959 frei.

Zu erwähnen ist, dass die in Archiven liegenden Akten bis 2039 gesperrt sein sollen.

Harald Hesse, Magdeburg

Politisch gelenkt

Zu: „Gezielte Diffamierung“ (Nr. 50)

Als Angehörige der ersten Generation nach dem Zweiten Weltkrieg lernte ich im Fach Staatsbürgerkunde, wie Demokratie funktioniert, und daran halte ich mich. Demokratie beinhaltet unter anderem auch die freie Meinungsäußerung unter strikter Einhaltung geltender Gesetze, das heißt Handlungen jeglicher Art dürfen von anderen Personen gelobt oder kritisiert werden.

Personen, die nur ihre eigene Meinung gelten lassen und die Macht haben, Dinge nach ihrer Überzeugung zu ändern, haben sich auf den Weg in die Diktatur begeben. Dafür zwingen sie Andersdenkende und Andershandelnde mit Hilfe von geeigneten Maßnahmen zum Wechsel ins gewünschte Lager. Durch diesen Zwang wird der Kreis der „Überzeugten“ größer und schafft so Mehrheiten. Diesen Missbrauch der Demokratie nennt man „Gehirnwäsche“. Die zudem geforderte Toleranz wird genau wie die Demokratie politisch gelenkt und nicht den Menschen überlassen.

Elisabeth Krahn, Celle

Flagge zeigen!

Zu: „Verdächtigungen statt Belege“ (Nr. 50)

Weiter eindeutig Flagge zeigen! Der Leserkreis der *PAZ* wird wachsen, während er bei anderen Zeitungen schrumpft.

Herrmann Meister, Berlin

Mediendiktatur

Zu: *PAZ*

Warum werden in den Medien nicht laufend solche Artikel veröffentlicht wie in der *PAZ*? Wir haben eine extreme Mediendiktatur, die Verdummung der Bürger nimmt immer schlimmere Ausmaße an. Die Grünen sind am schlimmsten und hoffen, Wählerstimmen zu fangen mit dem niedrigen Bildungsstand der Bevölkerung. Angst wird verbreitet und leider sind die Deutschen dafür zu empfänglich. **Dr. med. E. Nordmann, Köln**

Bartholomäus I.: Gegen den griechisch-orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel strengte die türkische Staatsanwaltschaft 2007 Ermittlungen wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch an, weil er an seinem traditionellen Titel festhält

Laue Christen

Zu: „Gefährliches Glaubensbekenntnis“ (Nr. 51)

Nun, Europa ist zwar christlich geprägt, doch im Grunde atheistisch. Nur ein bis zwei Prozent sind „wiedergeborene“, bekennende Christen – in Politik und Finanz nahezu null Prozent, wäre auch nicht wirklich mit diesem Geschäft vereinbar ...

Michael Groth, Hamburg

Am Steindamm

Zu: „„Ab in den Ascheimer““ (Nr. 51)

In dem Artikel ist ein Fehler. „Mutter Russland“ steht nicht in der Vorstädtischen Langgasse, sondern am Steindamm am Trommelplatz! **Manfred Kremp, Bremen**

Den Moslems klare Kante zeigen

Zu: „Schändlich“ (Nr. 51)

Herr Heckel schreibt, dass es mit „unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen“ nicht vereinbar sei, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Ihrer Schlussfolgerung widerspreche ich. „Wie du mir, so ich dir“ ist ein menschliches Verhalten unabhängig von Kulturen und Religionen, es ist ein natürliches Verhalten, ein der Natur gemäßes.

Wenn eine Religion diese Maxime ächtet, hat diese Ächtung Innen- und Außenwirkung. Zur Innenwirkung: Die Gläubigen dieser Religion halten die andere Backe hin, wenn sie auf die eine Backe geschlagen werden. Zur Außenwirkung: Die Anhänger anderer Religionen kennen diese Abkehr vom natürlichen Gerechtigkeitsempfinden nicht und begreifen folglich das Handeln der Christen nicht als Fortentwicklung des gesellschaftlichen Konsenses. So lachen zum Beispiel Moslems diese Christen aus, die sich Gewalt gefallen lassen und sich nicht wehren.

Wenn zum Beispiel in der Türkei Christen gehindert werden, nach ihren religiösen Riten zu leben, ist das Gewalt. Erleben Türken hier die gleiche Gewalt, das heißt dieselben Einschränkungen bei dem Befolgen ihrer Glaubenssätze, werden sie – hier und in der Türkei – begreifen, dass Toleranz keine einseitige Sache ist. Als ein anschauliches Beispiel nenne ich die Schule in Berlin, die für einen Schüler moslemischen Glaubens ein Gebetsraum vorhalten soll. Wo ist ein Gymnasium in der Türkei, das seinen Schülern christlichen Glaubens eine Gebetsstätte bereitstellt?

Lassen die christlichen Kirchen es zu, dass Anhänger von Konkurrenzreligionen hier heimisch werden, und dann noch in großer Zahl, wird es unweigerlich zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Gläubigen der konkurrierenden Religionen kommen, spätestens wenn die sozialen Umstände sehr viele Menschen in Not bringen. Naiv wäre anzunehmen, dass Notstände niemals mehr real würden.

„Wie du mir, so ich dir“ war der Kernsatz der atomaren Abschreckung im Kalten Krieg. Er hatte Erfolg.

Kirchen und christliche Politiker in Deutschland sollten die Sprache sprechen, die die Vertreter der eindringenden Religionen begreifen. Toleranz gegenüber Intoleranten bedeutet letztendlich, sich selbst aufzugeben und den Toleranzverächtern die Herrschaft zu überlassen.

Friedrich Wilhelm Preuß, Klein Offenseth-Sparries

Famoses Rezept!

Zu: „Dann erst war richtig Weihnachten“ (Nr. 51)

Ich beziehe mich auf Ihre ‚kleine Striezelkunde‘ in dem oben angegebenen Artikel. Die beiden abgedruckten Rezepte waren für mich ein besonderer Anlass, einen Mohnstriezel zu backen, da ich, just bevor ich Ihren Artikel zur Kenntnis nahm, gemahlenen Mohn und Rosenwasser eingekauft hatte, ohne zu diesem Zeitpunkt recht zu wissen, was ich damit würde anfangen wollen.

Als ich tags darauf die beiden Rezepte in Ihrer weihnachtlichen Ausgabe las, entschloss ich mich, die kulinarische Herausforderung ‚Ostpreußischer Mohnstriezel‘ anzunehmen.

Das erste der beiden Rezepte des ostpreußischen Mohnstriezels in Ihrer Zeitung, welches ich zum Ausgangspunkt meines – gelungenen – Backexperiments machte, schien mir allerdings unvollständig zu sein, fehlte doch zum einen die Angabe über die notwendige Zuckerzugabe, und zum anderen empfand ich die angegebene Flüssigkeitsmenge für die Füllung als definitiv zu gering. Es gelang mir jedoch, angemessene Mengen beider Zutaten zu schätzen

Ich erachte es daher als sinnvoll, die unzureichenden Angaben anderen Backinteressenten wie folgt mitzuteilen: Dem Teig werden 140 Gramm Zucker zugegeben, und bei der Füllung sollte die Flüssigkeitsmenge mindestens 1/4 Liter betragen, außerdem sollten der Füllung noch drei Esslöffel Zucker untergerührt werden.

Ansonsten ist dies ein famoses Rezept!

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

Doppelmoral

Zu: „Wulffs Glück“ (Nr. 52)

Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler zollte dem Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU) Respekt für dessen Erklärung in der jüngsten Affäre. Aber kein intelligenter und erwachsener Mensch verdient ein Lob, wenn er endlich die Wahrheit sagt.

Des Bundespräsidenten Wulff späte Erkenntnis, „nicht alles, was juristisch rechtens ist, ist auch richtig“, ist zudem eine moralische Bankrotterklärung. Vor diesem Hintergrund bestätigt sich, dass seine Reden vom Zeitgeist geprägt sind. Seine Aussage, dass der Islam inzwischen auch zu Deutschland gehöre, zeigt zum Beispiel, wie wenig er über die Geschichte der deutschen Nation weiß oder etwas von der Moral und vom Gefühl der Deutschen versteht.

Auch seine vorzeitige Einmischung in die Sarrazin-Affäre von 2010 war kaum als präsidial zu bezeichnen. Ob Christian Wulff weiß, dass er jetzt um die Vergebung bittet, die er seinen Gegnern verweigerte, als er nur harsche Worte für sie fand?

Aber auch die Kritik an Christian Wulff von Vertretern der Sozialdemokraten und der Grünen ist von einer unglaublichen Doppelmoral gezeichnet. So legten Johannes Rau oder Joseph Fischer trotz zahlreicher Affären und Fehltritte lange politische Karrieren hin.

Leitfiguren finden sich jedenfalls bei allen Parteien kaum noch. **Ulrich Blode, Langenhagen**

Ein erfrischendes Labsal

Zu: „Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich“ (Nr. 47ff.)

Es ist zu beklagen, dass die „Gratulationen“ in Zukunft nun, quasi „skalpiert“, ohne Anschrift erscheinen. Für meine Familienforschung war der Kontakt mit den Gratulanten eine wichtige genealogische Kontaktmöglichkeit. Der exzessive Datenschutz (typisch deutsch) der letzten Jahre hat die Familienforschung ungemein erschwert, ja zum Teil unmöglich gemacht.

Im Übrigen: Die Lektüre „meines“ *Ostpreußenblattes* ist für mich stets jede Woche ein erfrischendes Labsal! Ich halte Ihre Wochenzeitung – und das sage ich als alter Journalist (Jahrgang 1923) mit umfangreicher journalistischer Tätigkeit in früheren Jahren, unter anderem Redakteur der „Zeit“ – für die beste deutsche Wochenzeitung, weil sie noch nicht vom Bazillus der „political correctness“ infiziert ist, ein wohltuendes Deutsch schreibt und hervorragende umfassende Information bietet.

Ein Kollege von mir, ein Oberstudienrat im Ruhestand, ebenfalls in Lüchow, ist stets aufs neue von der Lektüre begeistert.

Ihre Wochenzeitung ist nicht nur ein journalistisch hervorragend redigiertes Produkt, sie ist in all dem Trübsinn unserer Zeit ein wöchentliches Therapeutikum. **Dr. Karl Kowalewski, Lüchow**

Unsere Waffen sind Stimmzettel und guter Mut

Zu: „Wo bleibt eine ernstzunehmende Opposition?“ (Nr. 48)

Wie 1989 steht Europa wieder vor einem Wandel und Deutschland im Mittelpunkt. Wegen der angeblichen Alleinschuld Deutschlands an den beiden letzten Weltkriegen sowie lähmender Angst vor der anstehenden Katastrophe spannt Deutschland neben Wiedergutmachungen und Weltklimaschutz noch zu teure Rettungsschirme auf Pump auf.

Unseren etablierten Parteien mit ihren Ideologien und Politprofis können wir nicht vertrauen. Ohne Realismus und ohne Fachpolitiker kann kein Staat verwaltet werden. Doch freie Fachleute haben wir in großer Zahl. Sie müssen nur berufen werden. Kurz, unsere Demokratie, Volkes Stimme, muss gemäß Grundgesetz beachtet werden!

Was ist zu tun? Weil uns das Wasser bis zum Halse steht, dürfen wir den Kopf nicht sinken lassen. Die etablierten Parteien haben uns in die anstehende Katastrophe hineingeritten und reiten, reiten immer weiter ... Bald heißt es in Europa „Rette sich wer kann!“ Ein Konzept für eine Rettung ist von unserer Regierung oder einer Opposition bisher offiziell noch nicht erstellt worden.

Deshalb müssen wir umgehend die Mutlosen, Enttäuschten, Wütenden, die Splitterparteien sowie besonders die Nichtwähler von der real größten „Partei“ mobilisieren und sammeln für eine neue Partei.

Im stillen Kämmerlein oder am Biertisch ganz fürchterlich schimpfen nützt gar nichts. Noch schlimmer ist es, nicht zu wählen, weil die entsprechenden freien Sitze an die gewählten Parteien verteilt werden. Leidensgenossen, wählt wenigstens eine Protestpartei und wenn sie noch so klein ist. Diese Stimmen fehlen den Etablierten und könnten sie bewegen, auch mal unsere Interessen zu vertreten.

Patrioten, habt keine Furcht vor der Antifa-Keule, denn was juckt's eine alte deutsche Eiche, wenn sich eine Wildsau an ihr scheuert. Kopf hoch wegen des Wassers am Hals. Unsere Waffen sind Stimmzettel und bessere Moral. Wählt eine deutsche Partei für ein besseres Europa der Vaterländer mit gutnachbarlichen Beziehungen im eigenen Interesse. Volk an die Wahlurnen! Wir sind das Volk!

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 1 – 7. Januar 2012

MELDUNGEN

Suizid eines FSB-Oberst

Königsberg – Ein Oberst des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB hat in Königsberg seine Frau und seine Tochter mit Schüssen aus einer illegalen Waffe lebensgefährlich verletzt. Im Untersuchungsgefängnis stürzte er sich später laut amtlichen Meldungen in einem unbeobachteten Moment durch das Fenster des Verhörraumes in den Tod. Offenbar handelte es sich bei der Tat um ein Eifersuchtsdrama. *TWW*

Krankenhaus-Modernisierung

Allenstein – Das städtische Krankenhaus in Allenstein soll für 23 Millionen Zloty (über fünf Millionen Euro) modernisiert werden. Ein entsprechender Vertrag wurde seitens des Krankenhauses und der Woiwodschaft unterzeichnet. Mehr als neun Millionen Zloty (über zwei Millionen Euro) steuert die Europäische Union bei. Im Zuge der Modernisierung soll die Klinik umgebaut und mit modernem medizinischem Gerät ausgestattet werden. Profitieren von den Modernisierungsmaßnahmen sollen insbesondere die Chirurgie, die Laryngologie, die Rheumatologie, die Dermatologie und die Intensiv-Medizin. *PAZ*

Kontrollen verstärkt

Rossitten – Weil der Diebstahl von Tannenbäumen aus dem Nationalpark rasant angestiegen ist, wird auf der Kurischen Nehrung streng kontrolliert. *MRK*

Schöner, größer, teurer

Gouverneur ließ Königsberg zu Neujahr herausputzen – Mittel kamen aus öffentlichem Haushalt

In diesem Jahr sollte Königsberg in der Vorweihnachtszeit heller erstrahlen als je zuvor. Dafür hatte Gouverneur Nikolaj Zukanow sich persönlich eingesetzt. Doch trotz aller Mühen kehrten viele der Stadt während der Festtage den Rücken.

Über Jahre schmückte eine von der Firma „Baucentr“ gestiftete 19 Meter hohe künstliche Tanne zur Vorweihnachts- und Neujahrszeit den Hansaplatz [Siegesplatz]. Da der Platz seit dem Bau der Christi-Erlöser-Kathedrale sein Aussehen stark verändert hat, war Zukanow der Ansicht, dass die alte Tanne nun zu klein für den Platz sei, und schlug der Stadtverwaltung vor, sie durch eine größere zu ersetzen. Die stimmte zu und erhielt aus dem Reservefonds des Gebiets Mittel für den Kauf einer

> Die Städter wollen ihre Sorgen und Nöte vergessen

neuen Tanne. Für Kauf, Montage und den Schmuck der neuen künstlichen Tanne wurden umgerechnet 121000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Stadt gab noch einmal 24000 Euro aus ihrem Haushalt dazu.

Die Stadt Königsberg kaufte sodann für 145000 Euro in St. Petersburg eine 30 Meter hohe Tanne. Sie wurde mit 2000 Kugeln und Schleifen geschmückt und ein großer „Polarstern“ krönt seine Spitze. Außerdem zieren zahlreiche Girlanden den Baum. Trotz aller guten Vorbereitungen verlief das Ganze nicht ohne Überraschungen. Denn bei der Montage stellten sich Qualitätsmängel heraus: Die Hauptbestandteile hatten ein unterschiedliches Grün, was schon mit bloßen Auge zu erkennen war. Da aber keine Zeit mehr war, das „Schmuckstück“ auszutauschen, wird die Reklamation beim Hersteller bis nach den Feiertagen, die nach russischem Brauch am 7. Januar mit dem Weihnachtsfest enden, warten müssen.

Die bisherige Tanne ist der Stadt erhalten geblieben. Sie wurde an einen neuen Ort verlegt: Sie steht vor dem Haus der Räte, sodass Königsberg jetzt über zwei große Neujahrstannen verfügt.

Darüber hinaus wurde auch die Festbeleuchtung der Stadt erneuert. Der bisherige Schmuck wurde durch neue Zierleuchten und Lichterketten ersetzt. Die Hauptstraßen erstrahlen nun in neuem Glanz. Wie die Tanne, so wird auch die alte Beleuchtung weiter verwendet. Sie ziert nun die weniger frequentierten Straßen und Wohnbezirke. Für die Weihnachtsbeleuchtung wurden in diesem Jahr weitere 386000 Euro aus dem Haushalt der Stadt ausgegeben.

Während die einen sich an der großen Neujahrstanne erfreuten, hatten andere bereits ihre Koffer gepackt. 2011 hat das polnische Generalkonsulat 110000 Visa erteilt, 35000 mehr als im Vorjahr. Zehntausende Bewohner des Königsberger Gebiets haben Silvester bei organisierten Reisen im europäischen Ausland verbracht. Einen solchen Ansturm konnten die Reiseagenturen nicht einmal vor der Krise verbuchen. Immer mehr Menschen des Gebiets ziehen es vor, freie Tage im nahegelegenen Ausland zu verbringen, wo die Unterhaltungsprogramme vielfältiger und die Eindrücke ihnen positiver erscheinen als zu Hause. Großer Beliebtheit erfreuen sich Busreisen, besonders in die polnischen und tschechischen Skikurorte. Litauische Kurorte haben dagegen an Beliebtheit verloren. Ein Großteil der Reiselustigen hat Silvester in Danzig verbracht. Viele zieht es auch in die historische Altstadt des Ski-Kurorts Zakopane in Kleinpolen.

Soziologen gehen davon aus, dass die Ausgaben der Königsberger für Weihnachtsgeschenke etwa dem europäischen Durchschnitt entsprechen. Sie erklären das damit, dass die meisten Europäer infolge der Krise immer noch sparsamer seien, während die Königsberger sich etwas mehr gönnen wollten, um ihre Sorgen und Nöte zumindest an den Feiertagen zu vergessen.

Jurij Tschernyschew



„Aufrüsten“ fürs Fest: Eine 30 Meter hohe künstliche Tanne auf dem Hansaplatz Bild: Jurij Tschernyschew

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Peter Barton sprach bei der Sudetia

Leiter des sudetendeutschen Büros in Prag stattete Burschenschaft in München Besuch ab

Das politische Klima in Prag hat sich total verändert. Wenn Deutsche und Tschechen miteinander sprechen, geht es um erneuerbare Energien.“ Man verbeiße sich nicht in den Benesch-Dekreten, sondern diskutiere darüber, ob Amerikaner Russen und Franzosen in Tschechien neue Kraftwerke bauen sollen. So sehe man die sudetendeutsche Frage entspannter. Das Feindbild beginne zu weichen. Das Wort „Vertreibung“ gehe dem tschechischen Außenminister Karl Fürst Schwarzenberg inzwischen leicht über die Lippen. Am Staatsfeiertag hätten die größte tschechische Zeitung sowie das Staatsfernsehen über das den Deutschen angetane Unrecht berichtet. So Peter Barton, seit neun Jahren Leiter des sudetendeutschen Büros in Prag in der Thomasgasse.

Nach dem Abitur und einer Zeit als Tellerwäscher gelang Barton 1983 die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland, in München konnte er Politikwissenschaften und Slawistik studieren, die Gruppe des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) leiten und später für die Hanns-Seidel-Stiftung zurück nach Prag gehen. Auf diese Erfahrungen kann er zurückgreifen.

> »Das politische Klima in Prag hat sich total verändert«

Sein keineswegs üppig ausgestattetes Büro wirbt auf der politischen und diplomatischen Ebene für die Anliegen der Sudetendeutschen und widmet sich der Lösung humanitärer Fragen. Fast jede Woche besucht es inzwischen ein Tscheche und bittet um Kontakt zu den früheren deutschen Eigentümern seines jetzigen Besitzes. In den meisten Fällen hat das Büro Erfolg. Zusammen mit dem Goethe-Institut bemüht man sich auch um den Erhalt der deutschen Sprache an den Schulen und Kulturinstituten. Das ist schwieriger, seit die Regierung in Prag Englisch als wichtigste Fremdsprache fördert. Die großen deutschen Firmen gehen nicht mit gutem Beispiel voran. Bei BMW oder der Deutschen Bank wird bei Veranstaltungen Englisch gesprochen.

Das verwandelte Klima hat auch die junge Generation erreicht, die mehr und mehr wissen will, was 1945/46 mit den Sudetendeutschen geschehen ist. „Jeder Tscheche“, so Barton, „ist allerdings entgegen der historischen Wahrheit davon überzeugt, dass vorher die Deutschen alle Tschechen aus ihren Wohngebieten vertrieben haben. Da ist durch das sudetendeutsche Büro noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Großes Vertrauen genießen die deutschen Heimatkreise, die in ihrer angestammten Heimat bei Renovierungen helfen und zugleich Not und Armut zu lindern suchen. In Prag wird eine Ausstellung über die Volkskultur der Sudetendeutschen vorbereitet.“

Peter Barton sprach in München bei der Burschenschaft Sudetia, die seit einiger Zeit einmal im Semester einen sudetendeutschen Abend mit Gästen veranstaltet. So werden auch die Studenten an Fragen des deutsch-tschechischen Verhältnisses herangeführt. Von der Stirnwand ihres Versammlungsraums grüßen die Verbindungswappen aller einstigen Prager Burschenschaften, es gibt eine große holzgeschnitzte Figur des heiligen Nepomuk und ein Bild von der Karlsbrücke.

Norbert Matern (KK)

Neue Partnerschaft

Lyck und Birstonas unterzeichnen Vertrag

Das ostpreußische Lyck und das litauische Birstonas sind eine Städtepartnerschaft eingegangen. Die Unterzeichnung eines entsprechenden Partnerschaftsvertrages erfolgte bei einem Besuch einer Delegation der litauischen Stadt beim Landratsamt in Lyck. Unterzeichnet wurde der Vertrag von der Präsidentin der Stadt Birstonas, Nijole Dirginciene, und dem Landrat von Lyck, Krzysztof Pilat, sowie von dessen Stellvertreter Marek Chojnowski und der Kreiskämmerin Grazyna Boroda.

Zu den Zielen der neuen Partnerstädte sagte Dirginciene: „Wir möchten gemeinsam Mittel der Europäischen Union für die Entwicklung des Tourismus und der Bildung gewinnen.“ Ähnlich äußerte sich Pilat von der polnischen Seite: „Während aller Begegnungen sprachen wir über das Thema der Zusammenarbeit und über das Erzielen von Mitteln der Europäischen Union aus dem grenzüberschreitenden Programm Litauen-Polen.“ Erklärtes Ziel dieses EU-Programmes ist die Förderung der gleichgelagerten Entwicklung des grenznahen Bereiches zur Erhöhung des ökonomischen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der Regionen auf beiden Seiten der Grenze. Außerdem ist auch noch ein Schüleraustausch zwischen den Schulen beider Städte vorgesehen.

> Primäres Ziel sind EU-Gelder

Dem jetzigen Besuch sind 2011 bereits zwei Treffen vorausgegangen. Den Anfang hatte am 21. Juli der Besuch einer Delegation von Birstonas gemacht. Am 18. Oktober war ein Gegenbesuch erfolgt. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Vielen Dank und macht weiter so!" Das ist der Tenor der vielen Zuschriften, die uns zur Jahreswende erreichten. Es sind zwar auch Wunschbriefe, aber diesmal Glückwunschbriefe, und für sie möchten wir uns herzlich im Namen der Ostpreußischen Familie bedanken. Anerkennung tut gut, vor allem dann, wenn man sie an die vielen Leserinnen und Leser weitergeben kann, ohne deren Mithilfe unsere Ostpreußische Familie nicht ihre oft erstaunlichen Erfolge verzeichnen könnte. Und es ist schmerzlich, wenn man dann lesen muss, dass wieder einige der treuesten und eifrigsten Mitdenker nicht mehr unter uns weilen. Bis zuletzt haben sie mitgearbeitet und uns ihre Erfahrungen und Kenntnisse übermittelt. Wie **Gerhard Mannke** aus Elmshorn, dessen Name über lange Jahrzehnte hinweg in unserer Kolumne immer wieder auftauchte – als Wünschender und als Wissender. In seinem letzten Brief nahm er noch ausführlich zu einigen Themen Stellung, so zu der von Herrn **Helge-Jan Schmodde** gestellten Frage nach dem Ort Garnsee und den damit vermuteten Angriffen der polnischen Kavallerie vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Herr Mannke fügte dazu Material aus seinem umfangreichen Archiv bei, so einen Auszug aus dem Passauer Bistumsblatt vom 8. Juli 1939 über die Störung deutscher Gottesdienste in Polen. Auch zu dem Bericht von Herrn **Rotzoll** über die Aufstellung des AR 57 in Königsberg nahm er Stellung und übermittelte seine Erinnerungen an einen Vorgang, den der damals 17-Jährige im Sommer 1939 in Königsberg beobachtet hatte:

„Es muss wohl Ende Juli oder Anfang August 1939 gewesen sein, als ich auf einer Radfahrt den Holsteiner Damm entlang Truppenausladungen im Hafenbecken II bemerkte. Neben mir stand eine junge Frau, allenfalls 20 Jahre alt, die lauthals weinte: „Diese armen Menschen!" Was hat die nur? – so fragte ich mich, denn der Sommer war jedenfalls für mich bisher absolut friedlich. Die Truppenausladungen hatten sich offenbar herumgesprochen, und die ‚Königsberger Allgemeine Zeitung' berichtete, es handelte sich um Vorbereitungen für die 25-Jahr-Feier der Schlacht bei Tannenberg." Das war sein letzter Beitrag für unsere Ostpreußische Familie, denn seine Schlussworte lassen uns heute wie eine Vorahnung erscheinen: „Mit meiner Gesundheit geht es stark bergab, und ich musste plötzlich ins Krankenhaus mit einer schlimmen Herzgeschichte. Der Geist ist immer noch recht wach und ich bin voller Tatendrang, nur der Körper ist schwer beeinträchtigt und erlaubt gegenwärtig so gut wie nichts." Gerhard Mannke verstarb am 4. Dezember 2011. Er wird unserer Ostpreußischen Familie sehr fehlen.

Leider gibt es auch Abschiedsbriefe, für die weder eine Erkrankung, noch ein unheilbares Leiden der Anlass sind, sondern die erschwerten Lebensumstände, die ein hohes Alter oder finanzielle Einbußen bewirken. So hat mich das Schreiben einer Königsbergerin betroffen gemacht, die sich nach dem Tod ihres Ehemannes nun als Witwe nicht mehr in der Lage sieht, unsere *PAZ/Das Ostpreußenblatt* weiter zu beziehen. „Besonders der Brief von Ruth Geede wird mir fehlen. Bei der Anrede ‚Lewe Landslied' fühlte ich mich angesprochen. Die Kolumne habe ich nie ausgelassen ...", schreibt sie und bedankt sich noch einmal für die Erfolge, die auch sie durch unsere Ostpreußische Familie hatte, als wir ein von ihr überlassenes Foto von einem Kindertransport in ein polnisches Arbeitslager veröffentlicht hatten. Das tut schon weh, denn so wird der Kreis der Mithelfenden immer kleiner und damit verringern sich die Informationsmöglichkeiten, die wir zur Lösung der an uns gestellten Fragen und Wünsche benötigen. Jede treue Leserin, jeder ständige Leser hilft uns weiter, die an uns gestellten Aufgaben zu erfüllen. Deshalb meine Bitte an diejenigen, die in der Lage sind, ein Patenschaftsabonnement für die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* zu übernehmen, dies zu tun, auch wenn es nur für eine begrenzte Zeit ist. Für viele ältere Landsleute bedeutet doch unsere Zeitung und damit unsere Ostpreußische Familie ein letztes Stückchen Heimat, in das sie mit eingebunden sind und das Woche für Woche.


Bild: privat

In der Johannisburger Heide: Anorthe Nielsens Enkel

Auch wenn sie nicht mehr in die Heimat reisen wollen oder können, freuen sie sich über alles, was in Wort oder Bild an diese erinnert. Und so wird es auch den Lesern aus dem südlichen Ostpreußen ergehen, wenn sie das Foto in unserer heutigen Kolumne sehen, das so herrlich winterlich ist. Es wurde vor einem Jahr in der Johannisburger Heide aufgenommen und zeigt die Enkel von Frau **Anorthe Nielsen** beim Herumtollen im tiefen Schnee. Frau Anorthe, eine geborene **Czudnochowski**, hat ihnen ihre Heimat zeigen wollen. Sie wurde in Lyck geboren, ihre Familie stammt aus dem Kreis Johannisburg, und auf ihren Wunsch hin suchten wir in Folge 49/11 nach vermutlichen Verwandten. Sie stieß bei Nachforschungen über die Familie Czudnochowski auf die Namen **Gertrud** und **Siegfried Roch** aus Sdunowen (nicht Schunowen wie irrtümlich gelesen, das kommt bei handschriftlich übermittelten Namen schon mal vor!) Vielleicht hilft jetzt die Korrektur weiter, denn bisher haben sich keine Hinweise ergeben, was aber auch in der kurzen Zeit nicht zu erwarten war. (Anorthe Nielsen, Kopenhagener Straße 16 in 37079 Göttingen, Telefon 0551/66818.)

Ostpreußische Familie – das bedeutet gegenseitiges Geben und Nehmen und so legt uns zum Jahresbeginn Herr **Frank Schneidewind** ein „Sonderangebot" vor, das vor allem die Sammler von alten Postkarten, aber auch unsere schlesischen Leser interessieren könnte. Es handelt sich um Schwarz-Weiß-Postkarten aus Görbersdorf, Kreis Waldenburg und einen zehnseitigen Bildprospekt in Postkartengröße von Dreyhaupts Hotel in Ober-Krummhübel im Riesengebirge, alles sehr gut erhalten. Ferner hat er aus einem Nachlass ein recht altes 23-teiliges Besteck mit Verzierungen an den Griffen bekommen, das er ebenfalls an Interessenten aus unserem Leserkreis weitergeben möchte. (Frank Schneidewind, Grubenstraße 10 in 57462 Olpe.)

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ich selber habe auch für mich Erfreuliches zu vermelden. So erhielt ich ein altes Bild von mir, das zufällig in einem Fotoalbum entdeckt wurde – ein ganz großes Dankeschön nach Stuttgart! –, und Herr **Heinz Csallner** aus Frankfurt hat sich über die Veröffentlichung der „Königsberger Originale" aus der Biografie der **Adelheid von Veith** „Aus altpreußischen Tagen" so gefreut, dass er mir das Buch übersandte: „Bei Ihnen ist es am besten aufgehoben." Das verpflichtet, und schon beim ersten Durchblättern habe ich so viele köstliche Anekdoten darin gefunden, dass es mir eine Freude sein wird, sie unseren Lesern zu vermitteln. Dieses Buch ist ein echter Schatz, für den ich Herrn Csallner sehr herzlich danke. Am Erfreulichsten ist aber etwas ganz anderes und das betrifft nicht nur mich, sondern unsere ganze Ostpreußische Familie.

Lewe Landlied, liebe Familienfreunde, Ihr habt es sicher schon wahrgenommen, dass diesmal die ganze Seite mit Heimatlichem gefüllt ist. Und so wird es auch weiterhin bleiben, denn es hat sich erwiesen, dass viele Fragen, Wünsche und Antworten den Rahmen unserer Kolumne sprengen. Es gibt eben Themen, die können nicht mit wenigen Worten hinreichend behandelt werden. So kam es in der letzten Zeit immer wieder vor, dass manche Zuschriften nicht oder erst viel später berücksichtigt werden konnten, weil der für die Kolumne vorgesehene Platz nur für eine einzige Angelegenheit benötigt wurde. Das ist aber nicht im Sinn unserer Ostpreußischen Familie, die ein möglichst breites Forum für die Wünsche unserer Leser sein soll, auch für die nicht so wichtig erscheinenden, die vielleicht nur für die Betreffenden von Belang sind. Oft steckt dahinter auch der Wunsch, auf diesem Wege mit Landsleuten in Verbindung zu kommen, mit denen man über diese Dinge sprechen kann – ein Hauptanliegen seit Gründung der „Ostpreußischen Familie" vor nunmehr 40 Jahren, die unter dem Leitmotiv stand: Du sollst nicht mehr alleine sein! Das erfüllt sie noch heute, aber inzwischen hat sich die Wunschpalette viel breiter aufgefächert. Es gehören viele Leserinnen und Leser der nachfolgenden Generationen zu unserem Kreis, denen aus dem familiären Umfeld kaum etwas über Flucht, Vertreibung, Abstammung, Heimat der Eltern und Großeltern berichtet wurde.

Das hat unterschiedliche Gründe und muss sehr individuell behandelt werden. Jetzt, wo es in manchen Lebensbereichen kaum noch Verwandte oder Freunde aus der Erlebnisgeneration gibt, die authentische Aussagen machen können, wenden sich die Auskunftssuchenden an uns mit ihren oft nur aus Bruchstücken bestehenden Fragen, deren Aufbereitung schwierig ist und viel Erklärungsraum benötigt. Hinzu kommen die Älteren, die erst jetzt im Rentenalter beginnen, ihre Erlebnisse aufzuarbeiten, zumeist in Form von Familienchroniken. Für die übrigens auch bei vielen Jüngeren ein großes Interesse besteht. Ja, es kommt schon vor, dass erst die Enkel die Großeltern dazu drängen, ihre Erlebnisse und Kenntnisse über Familie und Heimat zu dokumentieren. Dadurch können dann auch Verbindungen zu bisher nicht bekannten oder vermisst geglaubten Verwandten entstehen, die nach so langer Zeit kaum glaubhaft erscheinen. Der Bogen ist aber noch viel weiter gespannt. Archivare und Forschende wenden sich an uns, wenn es um wirtschaftliche, wissenschaftliche, soziale oder künstlerische Probleme geht, um Brauchtum, Volksgut und vor allem um die Natur unserer Heimat. Für Vertreibung und Verschleppung findet man keinen Informantenkreis, der authentischer sein könnte als der unsere. Diese dokumentarische Arbeit ist es, die es zu erfüllen gilt neben den aktuellen Fragen, die von den unterschiedlichsten Seiten an uns gestellt werden. Und oft ergibt sich ein bisher kaum behandeltes Thema aus einer kleinen Anfrage eines Lesers, das über den persönlichen Bereich hinaus allgemeines Interesse erweckt.

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede Bild: Pawlik

Da haben wir gerade zwei schöne Beispiele, die wir in den nächsten Folgen gesondert behandeln werden. Das eine ist die Seeheilstätte bei Lochstädt, nach der Frau **Waltraut Braklow** gefragt hatte, weil sie als Zwölfjährige dort mehrere Monate verbringen musste. Sie konnte bisher nichts über die damals sehr moderne Heilstätte erfahren und wandte sich deshalb an uns. Wir gaben ihre Frage weiter an unsere Leserschaft und siehe da: Der Erfolg war großartig. Frau Braklow erhielt „von mehreren netten Leuten" Anrufe, über die sie sich sehr gefreut hat, und bedankt sich deshalb bei unserer Familie. Ich bekam eine mehrseitige, reich bebilderte Abhandlung über die Heilstätte und ihre Geschichte von einem Landsmann zugesandt, der vor einigen Jahren den bei Fischhausen gelegenen Ort besuchte, in dem er seine Kindheit verbracht hatte. Sie enthält sehr umfangreiche Informationen, sodass ich froh bin, dieses Thema nun ausführlich behandeln zu können.

Wie auch die Geschichte der Fischer von Alt Passarge, die vor und nach 1900 an die Nordseeküste auswanderten, als der Fischbestand im Frischen Haff zurückging. Frau **Ute Eichler** aus Hamburg hatte danach gefragt, auch mich interessierte dieses Thema und ich bat um Zuschriften. Die so schnell und ausführlich erfolgten, dass ich nun die Geschichte der ostpreußischen Fischer in Büsum als Sonderbeitrag bringen kann. Das wird vor allem durch das von Frau **Heidrun Schemmerling de Claret**, Kirchspielvertreterin von Grunau – Alt Passarge, übermittelte umfangreiche Material ermöglicht, für das ich ihr hiermit schon einen ersten Dank sage. In unserer heutigen Ausgabe wird ein aktuelles Problem behandelt, das aber auf einer Tradition beruht. Damit diese weitergeführt werden kann, hoffen wir auf eine glückliche Lösung. So starten wir erwartungsvoll in das neue Jahr.



Eure

»Zweites Herz« für Kurenkahn »Kursis« gesucht

Aurelijus Armonavicius aus Nidden wurde der Schiffsmotor geklaut – Wenn er keinen Ersatz bekommt, droht seinem Kahn das Ende

Sie gehörten zum Kurischen Haff wie die Wanderdünen der Nehrung, die schweren schwarzen Kurenkähne, mit denen die Fischer zum Fang fuhren. Ein Bild, das man nie vergessen hat: In Kiellinie, weit auseinander gezogen, schienen sie über das stille Haffwasser zu gleiten, die bunten Wimpel auf den Masten standen dunkel gegen den verblassenden Abendhimmel. Noch gibt es einige dieser Kähne mit dem flachen Boden, fünf sollen es sein „auf der ganzen Welt", wie Aurelijus Armonavicius aus Nidden [Nida] behauptet. Er muss es wissen, denn der Litauer ist Kapitän auf der „Kursis", einem 1993 originalgetreu gebauten Kurenkahn, mit dem allerdings nicht mehr gefischt wird. Noch im letzten Sommer segelte er mit Touristen über das Haff – nun scheint das Schicksal des Kahns besiegelt, denn ihm fehlt sein „zweites Herz", der Motor, das erste Herz ist das Segel. Als Aurelijus den Kahn im Jahr 2009 übernahm, ließ er drei neue Segel nähen. Und auch sonst steckte er viel Geld und Mühe in die Überholung der „Kursis", die er auf neuen Kurs bringen wollte. Denn der Kahn war in einem schlechten Zustand und drohte, als museales Exponat am Strand zu verrotten, wie der Litauer schreibt. Und obgleich er sich mit allen Kräften um seine Erhaltung bemüht, sieht es jetzt aus, als ob die „Kursis" doch dies Schicksal ereilen wird – wenn nicht Hilfe kommt. Und die erhofft sich der Schiffsführer nun von uns.


Gestohlen: „Kursis"-Motor

Zur Geschichte dieses Kahns, der für den Tourismus des schönen Nehrungsortes nicht unwichtig ist: Vor 22 Jahren kamen der Volkskundler Eduardas Jonuschas und der Schiffsbauingenieur H. Malischaukas auf die Idee, den Kahn zu bauen. Am 12. Juni 1993 wurde er zu Wasser gelassen, gesegelt von Jonuschas, später von seinem Sohn. Als dieser nach Amerika ging, übernahmen zwei andere Männer den Kahn, bis der Eigner den mit ihm befreundeten Aurelijus Armonavicius bat, ihn zu übernehmen. Inzwischen hat die Überholung des Schiffes ein kleines Vermögen gekostet. Trossen, Mast, Funkgerät, Pumpen – alles musste ersetzt oder neu angeschafft werden. Einen Teil der Finanzierung übernahmen Aurelijus und der Eigner, auch Freunde halfen, aber für einen neuen 20-PS-Außenmotor mussten 4000 Euro geliehen werden. Immerhin war der Kahn jetzt einsetzbar für Fahrten mit Gästen auf das Haff. Vielleicht werden sich manche Leserinnen und Leser daran erinnern, mit der „Kursis" gesegelt zu sein. Der letzte Sommer aber erwies sich als schlecht für den Tourismus, das Wetter spielte nicht mit, es kamen weniger Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland. Dann musste auch noch der Kahn im Oktober zur Überholung nach Pokalna. Und dort wurde der Motor gestohlen! Aurelijus beschreibt die Situation so:

„Der Polizei gemeldet, aber sie können nichts versprechen. Motor geklaut, Kurenkahn nicht versichert, 100 Prozent Schulden für Motor, ohne ihn kann Kurenkahn nicht funktionieren. Hatte im letzten Frühling im Rathaus um Hilfe für Reparatur gebeten, aber nichts bekommen. Will wieder schreiben, aber ob ich kriege was – keiner weiß. Jetzt bleibt nur noch betteln."


Bilder (2): privat

Unter vollen Segeln: Kurenkahn „Kursis"

Aurelijus wendet sich deshalb an unsere Landsleute und fragt, ob nicht irgendwo ein gebrauchter Motor vorhanden sei, der nicht mehr benötigt werde und den er zu günstigen Konditionen übernehmen könne. „Es ist wichtig 20 bis 25 PS/Kurzschaft und 50 Kilogramm Motor zu bekommen. EU verlangt Vier-Takten-Aussenmotoren für Europa. Ich kann ein Schild auf der ‚Kursis' mit Sponsornamen machen." Vorsichtshalber – und das ist bezeichnend für die Situation – fügt er hinzu: „Aber in gutem Zustand, nicht zu alt und mit richtigen Papieren!" Wir reichen hiermit seinen Wunsch weiter und hoffen, dass er sich erfüllen lässt. Was Aurelijus Armonavicius so formuliert:

„Kurenkahn gehört zur Geschichte Kurischer Nehrung, Kurisches Haff. Ich will, dass ‚Kursis' sich bewegt und nicht verfault am Strand. Und das kann man schaffen mit Leuten, welche nennen dieses Land Heimat." Wer hier helfen will und kann, dass die „Kursis" wieder ihr „zweites Herz" bekommt, melde sich bitte bei unserer Ostpreußischen Familie. *R.G.*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Steiner, Eva, geb. **Nießen**, aus Neidenburg, am 13. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Knapp, Charlotte, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Filon, Marta, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 12. Januar
Haekel, Richard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Winkler, Edith, geb. **Wedel**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Warda, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Januar
Wenzel, Helga, geb. **Marreck**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 14. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bahlo, Gertraud, geb. **Sewzik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. Januar
Lehmann, Berta, geb. **Hantel**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar
Piwek, Martha, geb. **Jeroch**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 15. Januar
Warda, Gertrud, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czeswat, Frieda, geb. **Petzelies**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 12. Januar
Kohnert, Lisbeth, geb. **Kanschat**, aus Neuschleuse, Kreis Elchniederung, am 15. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Granholm, Adolf, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 47, am 10. Januar
Mauer, Artur, aus Treuburg, am 11. Januar
Reinert, Elfriede, geb. **Freynik**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Salewski, Hedwig, geb. **Bogun**, aus Hirschwalde, Kreis Johannisburg, am 12. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Willi, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Binder, Gertrud, geb. **Wrobel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Januar
Kayss, Karl, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 14. Januar
Oprczecka, Hildegard, geb. **Wildgrube**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 78, am 14. Januar
Poredda, Karlheinz, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 12. Januar
Sperling, Hedwig, geb. **Cherubin**, aus Lyck, am 11. Januar
Tuchlinski, Erna, geb. **Schulenburg**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Voss, Esther, geb. **Schellwat**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar
Wysk, Karl, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böger, Gerda, geb. **Eglinski**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Dietwald, Erika, geb. **Zywietz**, aus Grenzhof, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Esrom, Erna, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, am 9. Januar
Jonnigkeit, Erich, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Jülich, Herta, geb. **Wippich**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 14. Januar
Macht, Felicitas, geb. **Sakowski**, aus Germau, Kreis Samland, am 10. Januar
Mauritz, Gertrud, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Melsa, Kurt, aus Lyck, von Ludendorffstraße 30, am 9. Januar
Schenkewitz, Lotte, geb. **Kowalewski**, aus Raiffenrode, Kreis Lyck, am 10. Januar
Schwarz, Christel, geb. **Peter**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Eckstein, Hildegard, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Eggert, Anna, geb. **Galla**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Giese, Kurt, aus Treuburg und Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Januar
Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Helbing, Gertrud, geb. **Niedziolka**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. Januar
Kallweit, Else, geb. **Schöttke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 10. Januar
Masuch, Helmut, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Mosolf, Anna, geb. **Schuckel**, aus Schönrohr, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Neuland, Elsa, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Paepke, Charlotte, geb. **Althöfer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 12. Januar
Plaschil, Elfriede, geb. **Schmück**, aus Rauschbach, Kreis Heiligenbeil, am 4. Januar
Rohn, Käthe, geb. **Podszun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Stach, Anna, geb. **Brosch** aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 1. Januar
Steinert, Else, geb. **Brosowski**, aus Treuburg, am 15. Januar
Treuberg, Grete, geb. **Kuschmierz**, aus Ortelsburg, am 12. Januar
Uszpelkat, Max, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Waschk, Susanne, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 11. Januar
Wasserberg, Helene, geb. **Jurgeleit**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 10. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballon, Margarethe, geb. **Teschner**, aus Ebenrode, am 10. Januar
Bandilla, Rosemarie, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar
Belawa, Magdalene, geb. **Kohnert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Januar
Birkner, Werner, aus Balserischken, Sprindlack, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Bondzio, Elisabeth, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Januar
Droska, Elisabeth, aus Neidenburg, am 13. Januar
Gnaß, Fritz, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 13. Januar
Götz, Edith, geb. **Behrendt**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Großmann, Erich, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar
Heuss, Ruth, geb. **Gulbis**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 11. Januar
Horn, Otto, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Kopitzki, Anneliese, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Lengyel, Irmgard, geb. **Kude**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Linkel, Lotte, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 11. Januar
Pillath, Elfriede, geb. **Kowallik**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Raphael, Betty, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar
Reiche, Hilde, geb. **Mikoleit**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Rogalla, Edith, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Rudat, Gertrud, geb. **Schumann**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Schrick, Elisabeth, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar
Senkel, Frieda, geb. **Kraschewski**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 15. Januar
Siering, Marianne, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 11. Januar
Szech, Martha, geb. **Solinski**, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar
Twardowski, Kurt, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Wende, Hildegard, geb. **Singehl**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 14. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Borchmann, Georg, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 10. Januar
Büchler, Erich, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 15. Januar
Cassal, Inge, geb. **Barwig**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 12. Januar
Elsholz, Lydia, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 10. Januar
Kalisch, Kurt, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar
Kalwa, Käte, geb. **Beutler**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Kirschstein, Gerhard, aus Bauditten, Kreis Mohrungen, am 11. Januar
Knizia, Horst, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Kowalzik, Manfred, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 9. Januar
Laskawy, Edith, geb. **Czerwanski**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, am 7. Januar
Meier, Ruth, geb. **Neumann**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 13. Januar
Neumann, Ilse, geb. **Noetzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Olschewski, Horst, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 12. Januar
Seitz, Eva, geb. **Schneege**, aus Linkau, Kreis Samland, am 10. Januar
Theuner, Traute, geb. **Lobb**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 9. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Devantier, Christa, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Samland, am 11. Januar
Lotz, Erika, geb. **Pukrop**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 11. Januar
Riemann, Peter, aus Groß Blumenau, Kreis Samland, am 15. Januar
Robertz-Melzer, Hannelore, geb. **Schneidereit**, aus Tilsit und Insterburg, am 15. Januar
Schöttke, Werner, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 10. Januar
Thies, Hanna, geb. **Pusch**, aus Elchdorf, Kreis Samland, am 13. Januar
Tomkowiak, Hertha, geb. **Kraft**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Januar

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Dittchenbühne Elmshorn

Auch in diesem Jahr hat das „Forum Baltikum – Dittchenbühne e.V.“ in Elmshorn wieder ein interessantes Paket aus Theater-, Musik- und Informationsveranstaltungen geschnürt.

Sonnabend, 7. Januar, 18 Uhr: Russische Weihnachten. Mit russischem Imbiss. Leitung Frieda Büchner, Eintritt 15 Euro.

Sonnabend, 14. Januar, 15 Uhr: Gänseverspielen. Traditionelles Lotto für die ganze Familie. Leitung Raimar Neufeldt – Anmeldung erforderlich!

Dienstag, 17. Januar, 19 Uhr: Vortrag Literatur und Gesellschaft – Wie Literatur Wandel bewirkt. Referent Dr. Abdul Laban. Dazu wird eine orientalische Suppe gereicht. Eintritt 10 Euro.

Donnerstag, 19. Januar, 19 Uhr: Finnischer Abend. In Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg. Thema: 50 Jahre danach: Die große Auswanderungswelle der Finnen nach Schweden. Referentin Dr. Paula Jääsalmi-Krüger, Universität Hamburg. Eintritt 10 Euro inklusive Imbiss.

Sonnabend, 21. Januar, 18 Uhr: Eisgrillen. Erstes Grillen im Jahr im Hof der Dittchenbühne.

Dienstag, 24. Januar, 19 Uhr: Friedrich der Große. Ein preußischer König in seiner Zeit und im Urteil der Nachwelt. 300. Geburtstag. Referent Oberstudiendirektor a.D. Peter Bollmann. Tafelrunde mit pommerscher Kartoffelsuppe, Eintritt 12 Euro.

Donnerstag, 26. Januar, 20 Uhr: Magnum – Orientalischer Tanz. Eintritt 10 Euro.

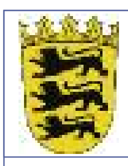
Sonntag, 29. Januar, 10 bis 17 Uhr: Auszeit. Ein Tag zum Ausspannen und Auftanken für Frauen. Leitung Brigitte von Werder-Geiger. Kostenbeitrag 55 Euro.

Karten und Auskünfte: *Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (04121) 89710, Fax (04121) 897130.*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 7. Januar, 14.15 Uhr, Arte: Yourope. Europamagazin. Schulden: Das fröhliche Leben auf Pump – Wer zahlt am Ende drauf?
SONNABEND, 7. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Friedrich – Ein deutscher König.
SONNABEND, 7. Januar, 22.30 Uhr, Phoenix: Bernsteinland. Todesmarsch in Ostpreußen.
SONNTAG, 8. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 8. Januar, 20.15 Uhr, HR: 22. Nato-Musikfestival.
SONNTAG, 8. Januar, 21.35 Uhr, 3sat: Finding Fidel. Dokumentation über den Mythos des „Maximo Lider“.
MONTAG, 9. Januar, 16 Uhr, HR: Ostpreußens Zauberwald.
MONTAG, 9. Januar, 21 Uhr, RBB: „Deukisch“ für Anfänger. 50 Jahre Türken in Berlin.
DIENSTAG, 10. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Gas-Monopoly. Das moderne Europa braucht Gasimporte, man befürchtet aber zu große Abhängigkeit von Russland. Ist eine neue Pipeline zu den Gasfeldern am Kaukasus die Alternative oder sollte die heimische Gasförderung auch mit umstrittenen Methoden forciert werden?
DIENSTAG, 10. Januar, 22.25 Uhr, 3sat: Auf der Suche nach Peter Hartz. Reportage über den inzwischen wegen Untreue verurteilten einstigen Top-Manager bei VW.
MITTWOCH, 11. Januar,13.15 Uhr, 3sat: Im Schlesischen Himmelreich (1 + 2/2).
MITTWOCH, 11. Januar, 14.45 Uhr, 3sat: Spreewald – Labyrinth des Wassermanns.
MITTWOCH, 11. Januar, 21 Uhr, 3sat: Die Russen in Sankt Moritz.
DONNERSTAG, 12. Januar, 15.15 Uhr, NDR: Winterreise durch das Riesengebirge.
DONNERSTAG, 12. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Fremde Heimat. Das Schicksal der Vertriebenen 1945.
FREITAG, 13. Januar, 15.15 Uhr, 3sat: Eine Stadt, die wieder Worte findet. Brünn – die mährische Metropole.
FREITAG, 13. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: AutoLegenden. „Gottlieb Daimler“. Der Schwabe schrieb mit seinen Erfindungen Automobilgeschichte. Sein Urenkel Andreas Hoffman-Daimler begibt sich auf eine Spurensuche.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 21. Januar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Schabbernachmittag.

Weinheim – Mittwoch, 11. Januar, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Thema: „Die sieben ostpreußischen Winter" von Ottfried Graf Finkenstein und weitere Gedichte und Geschichten rund um die Winterzeit in Ostpreußen.

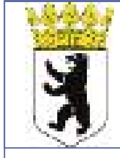


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

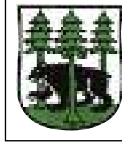
Ansbach – Sonntag, 22. Januar, 17 Uhr, Restaurant Bürgerpalais: Traditionelles Grützwurstessen. Die Gruppe bittet auch im neuen Jahr wieder um rege Teilnahme.

München – Jeden Montag, Haus des deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



BERLIN

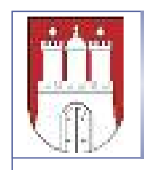
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 8. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Frauengruppe – Mittwoch, 11. Januar, 13.30 Uhr, „Die Wille", Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum Rechenschafts- und Kassenbericht. Anschließend werden Gedichte zum Jahreswechsel vorgetragen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 771 23 54.



HAMBURG

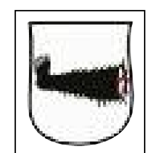
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

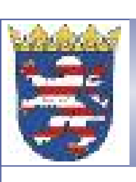
Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema: Winter in Ost- und Westpreußen.

KREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 15. Januar, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Sonnabend, 14. Januar, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein: Monatstreffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel werden zwei Kurzfilme von Wolfgang Lansdorf gezeigt: „Perpetuum mobile – die geneigten Ebenen des Oberlandkanals" und „Es war ein Land – ein Abriss der Geschichte der Kurischen Nehrung mit Nidden und den imposanten Dünen".

Wiesbaden – Sonnabend, 21. Januar, 15 Uhr: „Erinnerungen an Zuhause". Ein Heimatnachmittag. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. Das erste Monatstreffen 2012 ist der Heimat gewidmet. Die Teilnehmer hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren sie etwas über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte und/oder Informationen und Bilder, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hildesheim – Donnerstag, 12. Januar, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Mitgliederversammlung. Siegfried Koyro wird eine Auswahl an Dias von Fahrten nach Königsberg und zu den Masurischen Seen zeigen.



Osnabrück – Freitag, 20. Januar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 26. Januar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ost- und Westpreußen / Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 12. Januar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 13. Januar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Treffen der Gruppe zum Stammtisch. – Dienstag, 17. Januar, 19.15 Uhr, GHH / Ausstellungsraum: Ausstellungseröffnung „Schloss Friedrichstein in Ostpreußen und die Grafen von Dönhoff". – Mittwoch, 18. Januar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 19. Januar, GHH / Konferenzraum: Filmvorführung „Der Kongress tanzt".

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.



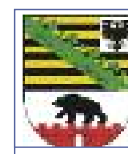
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. Januar, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Die Gruppe trifft sich zum Heimatnachmittag.

Ludwigshafen – Freitag, 13. Januar, 15 Uhr, Lu.-Gartenstadt, Forsterstraße (Haus der AWO): Treffen der Gruppe. Die Teilnehmer begrüßen das neue Jahr mit einem Sektempfang.

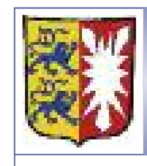
Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 9. Januar, 14 Uhr, Krötenhof: Wahl des Vorstandes mit anschließendem Dia-Vortrag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

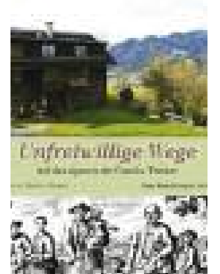
Bad Schwartau – Mittwoch, 11. Januar 17 Uhr, „Neue Mensa", Schulstraße 10 (Elisabeth-Selbert-Schule), Bad Schwartau: Jährliches Fleckessen. (Alternativ gibt es natürlich auch wieder eine Gulaschsuppe!). Königsberger Studenten, Hafenarbeiter, Kunden und Händler auf den Märkten wussten in den kalten Wintertagen „e Schalche Fleck" zu schätzen. So ein Tellerchen Fleck schmeckte nicht nur, es wärmte auch Leib und Magen. Bier und Korn dazu taten dann zum ordentlichen Durchwärmen ihr Übriges. Und wer noch nie einen Pillkaller getrunken hat, kann am 11. Januar beim Fleckessen diese Wissenslücke schließen. Entertainer Michael Knoll wird mit seinem Akkordeon für die nötige Stimmung sorgen! Ein gemütliches Beisammensein mit Musik und einem „Schalche Fleck" – für die Ostpreußen ein „Muss" – für alle anderen ein Erlebnis". Gäste sind wie immer herzlich willkommen! Baldige Anmeldung bitte bei Gisela Rowedder (04504) 3435 oder Regina Gronau (0451) 26706.

Flensburg – Dienstag, 24. Januar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Kaffeerunde. 300. Geburtstag Friedrichs des Großen. Danach Bildvortrag von Karl-Heinz Boysen mit dem Thema „Spaziergang in Flensburg vom Kloster zum Heiligen Geist in die Rote Straße".

Schönwalde – Donnerstag, 19. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Doppelt vertrieben

Die Geschichte einer Salzburger Familie



Die Schriftstellerin Christa Malitz-Picard musste in ihrem Leben aus persönlichen Gründen mehrfach den Wohnort beziehungsweise das Bundesland wechseln. Lässt man Gefühle wie Heimweh und die Trauer um zurückgelassene Freunde mal außen vor, so ist dies heutzutage kein dramatischer Akt mehr. Ganz anders jedoch im Jahre 1731, als der gut situierte Viehbauer Wolf Drinkher schweren Herzens seinen Hof, Gut Zächerlegg in Salzburg, verlassen musste. Aufgrund seines evangelischen Glaubens wurde er aus seiner Heimat vertrieben. Kaum etwas durften die Bauernfamilien mitnehmen und mussten schweren Herzens seit langem im Familienbesitz befindliche Bauernhöfe einfach zurücklassen, um in die Fremde zu ziehen.

Abgesehen von den Familienvätern und Müttern traf diese grausame Entscheidung die erstgeborenen Söhne am härtesten, welche damals traditionsgemäß den Hof und sämtlichen Grundbesitz als Erbe erhielten. So verstand auch Wolf Drinkhers zweitgeborener Sohn Christian die Sorgen seines älteren Bruders Martin. „Er verstand auch, dass dem älteren Bruder der Abschied besonders schwer fiel. Auf Zächerlegg war sein weiterer Lebensweg klar vorhersehbar gewesen: Er würde in einigen Jahren eine Familie gründen, und wenn der Vater und die Mutter alt sein würden und bereit, den Hof abzugeben, würde er zusammen mit seiner Frau den Hof übernehmen. Doch jetzt stand das alles in Frage. Niemand wusste, wohin sie gehen sollten und ob sie je wieder einen Hof besitzen würden."

Man kann sich gut vorstellen, dass kaum ein Salzburger zur Zeit der Ausweisung einen geeigneten und auch ausreichend vermögenden Käufer für seinen Hof finden konnte. Und so kehrten sie, lediglich in der Hoffnung eines Tages noch einen angemessenen Betrag für ihr Hab und Gut zu erhalten, der Heimat den Rücken.

Kaum kann man sich heutzutage noch vorstellen, wie stark der Glaube dieser Familien gewesen sein muss, dass sie nur um den evangelischen Glauben praktizieren zu können, alles aufgaben.

Als Teil des 20000 protestantische Salzburger umfassenden Exulantenzuges machte sich die Familie Drinkher auf den Weg nach Ostpreußen, wo man ihnen eine neue Heimat bieten wollte. Viele Familien änderten hier ihre Namen, so auch die Familie Drinkher, die nun Trinker hieß.

„Im April 1733 machten sich Wolfgang, Barbara und ihre Kinder … auf den Weg nach Culmen-Szarden … Der Gehilfe des Kommissars führte sie zu dem für sie vorgesehenen Anwesen. Der Hof bestand aus einem alten, baufälligen und zugigen Hauptgebäude, einem ebenso schlecht erhaltenen Stall, einem Brunnen und drum herum brachliegenden Äckern und Wiesen. Hier war schon lange nichts mehr bewirtschaftet worden, die Besitzer entweder fortgegangen oder an der Pest gestorben. Genaues erfuhren sie nicht." Über mehrere Generationen lebte die Familie Trinker in der neuen Heimat bis sie am Ende des Zweiten Weltkrieges mit einem Großteil der ostpreußischen Bevölkerung erneut vertrieben wurde.

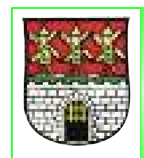
In dem Buch „Unfreiwillige Wege: Auf den Spuren der Familie Trinker" zeichnet die Autorin Christa Malitz-Picard einen Ausschnitt der Geschichte der Familie Trinker nach. Die Autorin erzählt viele in die geschichtlichen Ereignisse eingebetteten selbst erdachte Geschichten, wobei sie sich jedoch strikt an die im Buch hinterlegten Stammbäume gehalten hat. Die Erzählungen aus dem Leben der Familie Trinker hat die Autorin sehr sachlich und somit authentisch gehalten. Da es sich bei dem Buch auch nicht um einen Roman handelt, erscheint dies angemessen.

Betrachtet der Leser die von der Autorin erzeugten Bilder, so wird erst richtig bewusst, was der Umzug in die Fremde auch für die Ehefrauen bedeutet haben muss. Da zur damaligen Zeit an die neun Kinder als nicht allzu ungewöhnlich galten, so muss die Sorge dieser Mütter, ihre Kinder nicht gesund in die neue Heimat bringen zu können oder sie dort nicht ernähren zu können, furchtbar gewesen sein. *Vanessa Ney*

Christa Malitz-Picard: „Unfreiwillige Wege: Auf den Spuren der Familie Trinker", Schardt Verlag, Oldenburg 2011, gebunden, 223 Seiten, 15 Euro

Aus den Heimatkreisen

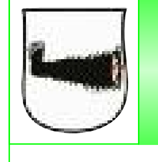
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Schlossberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Auf den Wegen der litauischen Buchträger (knygnešiu keliais) – **Grenzlauf entlang der Sch(sz)esch(sz)uppe (Ostfluss)** – Auf Initiative von Günter Toepfer (Ehrenbürger der Stadt Šakiai) und den litauischen Behörden im Kreis Šakiai, fand am 23. September 2011 ein Grenzlauf von Kudirkos Naumiestis (Neustadt) in Litauen entlang der Szeszuppe über Slavikai nach Norden bis nach Sudargas / Memel statt. Die Szeszuppe (Ostfluss) ist Grenzfluss zwischen dem Kreis Schlossberg und Litauen. Der Grenzlauf sollte an die litauischen Buchträger / knygnešys erinnern. Das waren Bücherschmuggler, die etwa vor 140 Jahren den Litauern geholfen haben, die in Preußen (Königsberg, Tilsit) in litauischer Sprache gedruckten Bücher über die preußisch-litauische Grenze zu schmuggeln. Sie mussten mit hohen Strafen (Geldstrafen, Verbannungen nach Sibirien oder auch Erschießungen) rechnen. Von 1870 bis 1904 war der Gebrauch der lateinischen Schrift in Litauen durch das zaristische Regime untersagt. Litauische Bücher sollten in kyrillischen Buchstaben geschrieben werden. Das Wetter an diesem Freitag war bedeckt, aber trocken und gut. Auf Grund von Abstimmungsproblemen fand der Start am Marktplatz vor dem Museum in Kudirkos Naumiestis um 10.45 Uhr statt. Ursprünglich geplant war der Start an der Schirwindter Brücke. Alle Teilnehmer, Betreuer und die Polizei erhielten von Günter Toepfer eine Grenzlaufplakette. Zunächst hatten sich 56 Teilnehmer, Schülerinnen und Schüler, angemeldet. Letztlich nahmen 35 teil, die sich in sieben Staffeln aufteilten. Darunter war eine Mannschaft aus einer kleinen Schule aus Slavikai (gegenüber von Grenzhöhe). Dieser Schule gebührt besonderer Respekt; denn die Gesamtschülerzahl in den Klassen eins bis acht beträgt lediglich 105 Schüler. Neben den Staffelläufern nahmen auch zwei Einzelläufer teil. Kurz nach dem Start, beim Lauf über die Brücke der Szeszuppe in Kudirkos Naumiestis gab es einen kleinen Halt mit einem Blick nach Preußen. Dann ging es, größtenteils auf einer geschotterten Kiesstraße mit einigen Steigungen, weiter nach Norden durch eine wunderschöne Landschaft, die die Läufer aber wohl kaum wahrnehmen konnten. Gesichert wurde der Lauf durch die Polizei mit zwei Dienstfahrzeugen und einem Ambulanzauto. Die Wechselläufer der Staffeln, Betreuer und Lehrer fuhren in Schulbussen oder in privaten Pkw mit. Entlang der 39 Kilometer langen Laufstrecke hatten die Schüler schulfrei bekommen, um die Läufer anzufeuern. Besonders vor Sudargas wurden die Läufer bei der Ankunft vom Publikum begrüßt. Der Zieleinlauf war am Ortseingang von Sudargas in der Nähe des Friedhofes. Hier wurden den Läufern Erfrischungsgetränke und ein kleiner Imbiss gereicht. Danach fand auf dem Friedhof, an der Grabstelle von Pfarrer Seredevicius, eine kurze Gedenkveranstaltung statt. Der Pfarrer hatte sich um den Druck von Büchern in litauischer Sprache und lateinischer Schrift, die in Preußen verlegt wurden, verdient gemacht. Das gemeinsame Mittagessen fand in der Schule von Sudargas statt. Es gab Nudeln mit Tomatensoße. Hier fand auch die Siegerehrung und die Abschlussveranstaltung statt. Bei dem Grenzlauf kam es zu keinem Zwischenfall oder Unfall. Die Laufzeiten der Staffeln: 1. Platz – Gymnasium in Vilkaviškis 2:30:35 Stunden, 2. Platz – Gymnasium in Kudirkos Naumiestis 2:56:19 Stunden, 3. Platz – Schule in Slavikai 2:58:15 Stunden, 4. Platz – Schule in Sudargas 3:05:30 Stunden, 5. Platz – Mädchenmannschaft aus Kudirkos-Naumiestis-Gymnasium 3:07:46 Stunden, die Zeit von Gediminas Dorydaitis (Alter: 59 Jahre) aus Neustadt betrug 3:04:11 Stunden, die Zeit von Nerijus Markauskas (Alter: ca. 24 Jahre) 2:39:38 Stunden. Alle Läuferinnen und Läufer erhielten vom litauischen Veranstalter einen Pokal und eine Teilnehmerplakette an einem Halsband in den Landesfarben. Die Inschrift: „tradicinis begimas K. Naumiestis-Sudargas / Historischer Grenzlauf 2011.09.23“! Auch über die von Günther Toepfer gesponserten, mit dem Streckenverlauf bedruckten T-Shirt, den Turnbeuteln und die Kollegtaschen mit Trageriemen freuten sich die Teilnehmer. Die Läufer der Siegerstaffel und der Einzelsieger erhielten jeder ein „Sieger T-Shirt“ mit dem Aufdruck: „Nugaletojas – Sieger“. Bei diesem Ereignis waren regionale Pressevertreter zugegen. Auch in den Litauischen Nachrichten wurde über den Lauf berichtet. Insgesamt war das Interesse am Grenzlauf groß. Für den nächsten Grenzlauf wird die Laufstrecke auf die Marathonstrecke von 41,2 Kilometer erhöht und der Start an der Schriwindter Brücke erfolgen. Um noch mehr Teilnehmer zu begeistern, wird die Werbung für den nächsten Grenzmarathon auf die Landkreise: Jurbarkas, Šakiai, Vilkaviškis und Marijampole, ausgedehnt. Im Jahr 2012 können sich auch ausländische Teilnehmer anmelden. Die Kreisgemeinschaft Schlossberg hat sich mit der Übernahme der Kosten für die Teilnehmerplaketten beteiligt. Das Essen und die übrigen Kosten wurden von Günter Toepfer gesponsert. Bilder vom Grenzlauf sind unter http://wiki-de.genealogy.net/Kudirkos_Naumiestis zu finden.



Sensburg

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

56. Sensburger Heimatbrief – Der 56. Sensburger Heimatbrief liegt nun vor und ist bei seinen Lesern auf große Zustimmung gestoßen. Nach den Grußworten des amtierenden Kreisvertreters Rolf W. Krause, der Oberbürgermeisterin der Patenstadt Remscheid Beate Wilding und des aus dem Kreis Sensburg stammenden Pfarrers Manfred Buchholz wird zunächst aus der Patenstadt berichtet. Dazu gehört an erster Stelle der Bericht über die Stinthengstwasserung im Remscheider Stadtparkteich. Es folgen Informationen über die Landsmannschaft Ostpreußen, eine Schilderung der Feier anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze“ in der Heimatstadt und anderes mehr. Der „Hoffotograf“ Falk Möllenhoff stellt auch diesmal wieder mit seinen aussagekräftigen farbigen Bildern Veranstaltungen und Neuigkeiten in Sensburg vor. Auf den Artikel „Aus der Geschichte der Kirche in Alt Ukta“ weisen bereits der Titel und der Rücktitel hin. „100 Jahre Eisenbahn Sensburg – Nikolaiken – Arys – Lyck“ waren der Grund für einen reich bebilderten Bericht. Als Persönlichkeiten des Kreises werden der Lehrer und Schriftsteller Max Bialluch und der Südseepionier Otto Schellong vorgestellt. Die Zeit um 1900 in Sensburg und Umgebung wird noch einmal in den „Jugenderinnerungen“ wach. Und die Tatsache, dass das Dorf Fasten vor 600 Jahren gegründet wurde, hat Martin Kostka zum Anlass genommen, über „Unsere Heimat Fasten“ zu schreiben. Natürlich gibt es auch zahlreiche Berichte über Reisen in die Heimat, über besondere Erlebnisse und Erinnerungen dort, über Goldene und Diamantene Konfirmationen, über Kirchspiel-, Dorf- und Schülertreffen sowie umfangreiche Familiennachrichten und Erinnerungsfotos, die deutlich machen, wieviele deutsche Jugendliche noch in den 50er Jahren im Kreis Sensburg konfirmiert wurden. Weitere Berichte und Informationen vervollständigen den Sensburger Heimatbrief 2011.



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Regionaltreffen in Halle – Das nächste Heimattreffen der beiden benachbarten Kreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadt Tilsit findet am Sonnabend, 28. April 2012 in Halle/Saale statt. Zwischen 10 und 17 Uhr wird ein buntes Programm geboten mit Filmen über die Heimat, mit Blasmusik und einem ostpreußischen Chor. Der Eintritt ist frei, und Speisen gibt es zu erschwinglichen Preisen. Wo findet die Veranstaltung statt, die diesmal von der Stadtgemeinschaft Tilsit ausgerichtet wird? Im Kongreß- und Kulturzentrum Halle/S., Franckestraße 1. Dort befindet sich auch ein Parkhaus. Wer bereits am Freitag anreist, sollte am Abend zum Hotel Rotes Ross, Leipziger Str. 76 kommen, das dem Tagungszentrum angegliedert ist, um sich mit Landsleuten entsprechend auf das Treffen einzustimmen. Liebe Tilsit-Ragniter, sofern Sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, geben sie sich einen Stoß und fahren Sie nach Halle – wer weiß, ob es vielleicht schon in naher Zukunft noch möglich ist. Abschließend wünsche ich allen meinen Landsleuten ein gutes Neues Jahr, vor allem in gesundheitlicher Hinsicht, und bleibe mit herzlichen heimatlichen Grüßen,

Dieter Neukamm

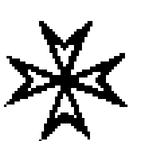
Seminar Masuren in Bad Pyrmont

Vom 24. bis 26. Februar findet im Ostheim in Bad Pyrmont das Seminar „Masuren, Geschichte und Sprache“ statt. Als Referenten konnten Prof. Dr. Bernhart Jähnig, Berlin, Dr. Stefan Hartmann, Berlin, Günter Donder, Köln, Wiktor Marek Leyk, Chef der Sejmik-Kanzlei der Woiwodschaft in Allenstein (Olsztyn) und Minderheiten-Beauftragter des Woiwodschafts-Marschalls, sowie Gerd Bandilla, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Lyck, die auch Veranstalter des Seminars ist, gewonnen werden.

Das Seminar beginnt am Freitag, dem 24. Februar mit dem Abendessen und endet am Sonntag, dem 26. Februar nach dem Mittagessen.

Die Seminargebühr beträgt 50 Euro, die Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anfragen und Anmeldungen zum Seminar bitte an den Kreisvorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lyck e.V., Gerd Bandilla, St. Agnes Straße 6, 50374 Erftstadt, E-Mail: g-bandilla@t-online.de, Telefon (02235) 77394 richten.



Die Preußische Genossenschaft des Johanniterordens verlor durch Tod im Jahre 2011 folgende Ritterbrüder

Ehrenritter

Ulrich Baron v. Behr

Oberstleutnant a. D., Land- und Forstwirt
geb. 1. Februar 1923 in Bremen
verstorben 2. Februar 2011

Rechtsritter

Dr. med. August v. Haebler

Kinderarzt i. R.
geb. 18. Juni 1932 in Großschönau / Oberlausitz
verstorben 1. April 2011

Rechtsritter

Dr. Oskar v. Siegfried

Generalkonsul a. D.
geb. 24. Januar 1920 in Vorderwalde / Ostpreußen
verstorben 4. Juni 2011

Ehrenritter

Stanislaus Graf v. Dönhoff

Kammerdirektor i. R.
geb. 2. August 1934 in Skandau / Ostpreußen
verstorben 9. August 2011

Rechtsritter

Jürgen Kadgien

Polizeipräsident a. D.
geb. 1. Januar 1937 in Jüterbog
verstorben 28. August 2011

Die Ritterbrüder haben sich um die Arbeit des Ordens und der Genossenschaft verdient gemacht. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

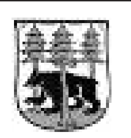
Adalbert Freiherr v. Rosenberg
Kommendator

Es gibt keinen Abschied für diejenigen, die in Gott verbunden sind.

Hermann Kositzki

* 8. Juli 1929 Wallendorf/Neidenburg
† 28. Dezember 2011 Köln





*Gott gab uns eine Mutter
als großes reiches Glück
und heute legen wir sie
still in seine Hand zurück.*

Am Ende eines langen, gesegneten Lebens entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Groß-, Urgroß-, Ururgroßmutter und Tante

Frieda Baufeld

geb. Nickel

* 10. 10. 1910 Rastenburg in Ostpreußen
† 24. 12. 2011 Eutin in Holstein

Wir trauern in großer Liebe
und herzlicher Dankbarkeit

Ursula Hilgendorff, geb. Baufeld
und Hubertus Hilgendorff
Manfred Baufeld
und Inge Baufeld, geb. Langshausen

24327 Flehm, Kreis Plön, Dorfstraße 22

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 30. Dezember 2011, um 13 Uhr in der Marienkirche in Kirchnüchel statt.

Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem Friedhof in Kirchnüchel.

Ein langer, schöner, gemeinsamer Lebensweg ist zu Ende gegangen.

Wir werden Dich vermissen.

Dr. Dr. Karl-Heinz Bernsdorff

* 20. August 1923 Frauendorf/Ostpreußen
† 12. Dezember 2011 Dortmund

In Liebe und Dankbarkeit

Gisela
Joachim
Nikolaus mit Familie
Karl-Heinz mit Familien
Hans-Rochus mit Familien
Helmut Eberle

44225 Dortmund, Helenenbergweg 33

Anstelle von Blumen bitten wir um eine Spende zu Gunsten der SOS-Kinderdörfer auf das Sonderkonto 122 577 700 bei der Donner & Reuschel Bank (BLZ 200 303 00). Stichwort: Bernsdorff.

Seinem Wunsche entsprechend erfolgt die Urnenbeisetzung später im engsten Familienkreis.



Unbeugsam gegen die SED

Der Theologe Dr. Ulrich Woronowicz ist tot – Widerstand in der zweiten Generation

In der evangelischen Kirche der DDR gab es nicht nur staatsnahe Persönlichkeiten wie den späteren SPD-Politiker Manfred Stolpe oder Angela Merkels Vater Horst Kasner, die das Konzept der „Kirche im Sozialismus“ vertraten und Anpassung an das politische System suchten. Es gab auch diejenigen, die Kompromisse mit der SED ablehnten. Auch ohne jede politische Wortmeldung war das von ihnen vertretene authentische Christentum aus Sicht der DDR-Führung eine höchst gefährliche Sache und wurde entsprechend heftig bekämpft.

Einer dieser Aufrechten war der am 7. Dezember 2011 verstorbene Theologe und Religionsphilosoph Dr. Ulrich Woronowicz.

Christlich inspirierten Widerstand gegen Diktaturen leistete er sozusagen in der zweiten Generation, denn der am 26. Januar 1928 in Schimonken, Kreis Sensburg, Geborene wuchs als Sohn eines

Als Pfarrerssohn in Ostpreußen aufgewachsen

Pfarrers der Bekennenden Kirche, Karl Woronowicz, in Stallupönen (Ebenrode) auf. 1944 war er Marinehelfer in Memel und Swinemünde, nach der Vertreibung legte er 1946 in Rendsburg das Abitur ab. Bis 1951 studierte er evangelische Theologie in Rostock und Berlin, wobei er sich bereits als Student gegen die SED exponierte – eine damals, zu Lebzeiten Stalins, durchaus noch lebensgefährliche Sache.

Ab 1951 arbeitete er als Vikar und ab 1953 als Pfarrer in dem 500-Seelen-Dorf Buchholz bei Pritzwalk ganz im Nordwesten von Brandenburg. Die mit brutaler Härte vollzogene Kollektivierung der Landwirtschaft erlebte er aus nächster Nähe. Diese Erfahrung prägte das Denken Woronowiczs, der in seinen späteren religionsphilosophischen Schriften den Schutz des (sozial verpflichtenden) Eigentums als bestes Mittel gegen ideologische Heilslehren insbesondere sozialistischer Prägung einschätzte.

Die theologischen und seelsorgerlichen Qualitäten Woronowiczs, sein Mut und seine Geradlinigkeit fielen bald auf und so wurde er 1964 zum Pfarrer der Marienkirche in Berlin gewählt. Im selben Jahr beschloss das SED-Regime den Bau des Fernsehturms nur einen Steinwurf von dieser Kirche entfernt, im Umkreis weniger Gehminuten befanden sich die Ministerien der DDR und die künftige Baustelle des Palastes der Republik. Nirgendwo wollte die SED einen Pfarrer von solchem Schrot und Korn weniger dulden als hier. Und so durchkreuzte sie seine Berufung dadurch, dass ihm der Magistrat schlicht den Zuzug in die „Hauptstadt der DDR“ verbot.

Woronowicz wurde daraufhin Pfarrer in Wittenberge, 1969 gelang ihm mit 41 Jahren zudem die Promotion an der Universität Halle-Wittenberg. Ein zweites Mal durchkreuzte die Stasi den Berufsweg des Unbeugsamen, indem sie seine theologische Habilitation und damit eine wissenschaftliche Karriere verhinderte.

Während 1971 der umstrittene Bischof Albrecht Schönherr das Konzept der „Kirche im Sozialismus“ verkündet hatte, warnte Woronowicz 1973 die Kirche in einem Vortrag vor einer „Unterordnung unter die vorgegebenen Verhältnisse“. Vielmehr müsse sie den Mut aufbringen, die Gesellschaft zu verändern.

Die Stasi wusste also, was sie an Woronowicz hatte und reagierte entsprechend. Im sogenannten Operativ-Vorgang (OV) „Brille“ umstellte sie Woronowicz im Lauf der Jahre mit sage und schreibe 27 (!) Spitzeln. Wer unter solcher Totalbeobachtung den geringsten Fehler machte,



Ohne Furcht vor der Diktatur : Ulrich Woronowicz Bild: Archiv

wem die kleinste Unregelmäßigkeit unterlief, mit dessen innerer Freiheit war es vorbei: Mit dem Hinweis „Sie wollen doch nicht, dass das bekannt wird?“ konnte das Regime ab diesem Moment Kooperation erzwingen.

Bei Woronowicz fand sich offenbar nichts, jedenfalls blieb er für die SED äußerst unbequem. Er organisierte den Zusammenhalt gleichgesinnter Pfarrer, hielt Vorträge, unterstützte die regimekritische Menschenrechtsarbeit, half politischen Häftlingen und Ausreisewilligen und förderte staatsferne Jugendgruppen. 1984 verfasste er – zunächst für die Schublade, denn eine Veröffentlichung im Westen misslang – das Samisdat-Manuskript „Sozialismus als Heilslehre“. In dem erst 16 Jahre später veröffentlichten Buch nimmt Woronowicz den pseudoreligiösen Erlösungsanspruch dieser Ideologie analytisch auseinander.

1983 war der umtriebige Ostpreuße, der inzwischen auf hohem Niveau auch über historische und kirchenrechtliche Fragen schrieb, als 55-Jähriger doch noch in eine Leitungsstellung berufen worden. Er wurde Superintendent des Kirchenkreises Havelberg / Wilsnack, was er bis zu seiner Pensionierung 1993 blieb.

Für die Amtskirche blieb er auch nach der Wende unbequem. So engagierte er sich, wie das Magazin idea-Spektrum berichtet, in der theologisch konservativen Evangelischen Sammlung Berlin-Brandenburg, deren Vorsitz er von 1995 bis 1999 und ab 2003 innehatte. Außerdem kritisierte er eine zunehmende politische Korrektheit innerhalb der Kirche. Beispielsweise dürfe nicht sein, dass man beim Umgang mit Homosexualität zunächst Fakten schaffe (gemeint waren offenbar eheschließungsähnliche Paar-Segnungen und die Öffnung der Pfarrhäuser für schwule und lesbische Paare) und diese dann in bekenntniswidriger Weise hinterher kirchenamtlich bestätige. Ein solches Vorgehen sei ihm nur beim DDR-Regime begegnet, kritisierte Woronowicz spitz.

Dass „seine“ Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (so der volle Name) Woronowicz für solche Äußerungen nicht liebt, ist verständlich. Dass sie den aufrechten Regimegegner seit langem weitgehend ignoriert und ihn auch nach seinem Tode mit keiner Zeile gewürdigt hat (jedenfalls blieb eine ausführliche Suche im Internet ohne Ergebnis) ist indes gewiss kein Ausdruck von innerer Stärke und sagt viel über die Verhältnisse und den Geist in dieser Organisation. Woronowicz selbst dürfte die

Auch nach der Wende für die Amtskirche weiter unbequem

kühle Distanz kaum gewundert haben. Denn auch den Pfarrern der Bekennenden Kirche, zu denen sein von den Nazis zeitweilig sogar inhaftierter Vater gehörte, verweigerte die zur Anpassung bereite Mehrheit in der Kirche nach 1945 die gebührende Anerkennung.

Woronowicz starb ein dreiviertel Jahr nach seiner Frau Ruth, mit der er 56 Jahre lang verheiratet war. Weggefährten beschreiben den mutigen und streitbaren Glaubenszeugen nicht nur als hochintelligent und vielseitig gebildet, sondern auch als humorvoll und warmherzig.

Konrad Badenheuer

Im siebten Himmel

Schokoladenkuchen statt Fahrrad für Angela

Opa, erzähl mir etwas übers Paradies!“ ruft die sechsjährige Angela. Der legt Brille und Buch beiseite. Sein Großvatergesicht bekommt zahlreiche Lachfältchen. „Wieso gerade über das Paradies?“ Das Kind zuckt mit den Schultern. „Meine Freundin Rena sagt immer, es gäbe gar keins.“ „Woher will Rena das wissen?“ – Also, pass mal auf ...“ „Ich glaube ja, dass man nach dem Tod in den Himmel kommt“, unterbricht Angela ihren Großvater, „nur – ich stelle es mir schrecklich langweilig da oben vor, immer nur beten und Hallelujasingen und so“, sie schüttelt sich, „das wäre nichts für mich.“ Angelas Großvater lächelt leicht. „Da hast du Recht. Im Paradies ist es ganz anders. Weißt du, jeder Mensch, der es geschafft hat hinein zu kommen, kriegt von Gott ein Geschenk.“ „Ein Geschenk?“ Das Kind wibbelt vor lauter Spannung auf dem Schoß des Großvaters herum. „Jawohl, für jede gute Tat, die du hier auf Erden getan hast, kriegst du einen Gutschein vom lieben Gott. Auf dem steht in goldener Schrift, was du dir wünschen kannst. Du bekämst zum Beispiel für einmal Staubwischen oder Geschirreinräumen ein ...“ „Neues Fahrrad, Opa?“ „Vielleicht.“ Der alte Herr nickt. „Aber ob du im Himmel ein Fahrrad brauchst – ich weiß nicht. Und wenn du hier auf Erden jemand hast, der dir immer wieder Unrecht tut, und du verzeihst ihm trotzdem, tja, das ist das Allergrößte vor Gott, weil es nämlich so schwer ist. Dafür bekämst du glatt ähäm ...“. „Einen Kuss vom lieben Gott, Opa?“ Angela schaut ihren Großvater mit großen Augen an. „Na ja, wenn du dir das wünschen würdest bestimmt.“ Die Kleine rutscht vom Schoß ihres Großvaters und rennt in die Küche, wo sie ihre Mutter beim Kuchenverzieren vorfindet. „Du, Mama, ich glaube, der Opa wird langsam kindisch.“ Sie erzählt von dem Gespräch, das sie mit ihm geführt hat. Angelas Mutter bleibt ernst. „Ich glaube nicht, dass Opa kindisch ist“, sagt sie dann, „so in etwa hat er schon Recht. Natürlich gibt es bei Gott keine Gutscheine für Bravheit. Das hat dein Opa nur als Sinnbild gemeint. Ich glaube, dass im Himmel jeder auf seine Weise glücklich ist.“ Angela springt auf. „Ach so, na gut, für mich ist es noch eine Weile hin, bis ich sterbe. Ich werde mir jetzt erst mal hier unten ein bisschen Himmel machen.“ Die Mutter schaut fragend auf. „Wie denn?“ „Ich schneide mir zwei große Stücke von deinem Schokoladenkuchen ab, eins für mich und eins für Opa.“

Im Paradies ist es ganz anders

Die Mutter lacht: „Dann seid ihr beide für‘s Erste im siebenten Himmel.“

Gabriele Lins

Hillas ostpreußischer Winter

Beruflicher und privater Misserfolg trieben sie in die Einsamkeit der Heimat ihrer Tante

Enttäuscht blickte Beate durchs Busfenster auf die schlammzerfurchten Feldwege links und rechts der Landstraße. So sahen sie also aus: die schneereichen ostpreußischen Winter ihrer Tante Hilla. Als Beates Reisepläne durchsickerten, hatte Hildegard, die älteste der einst achtköpfigen Geschwisterschar, ihre Nichte mit Ratschlägen geradezu bombardiert: „Nimm die dicksten Pullover mit, die du hast! Und vergiss die Mütze nicht – bei Ostwind frierst du dir ruck, zuck die Ohren ab!“

Vermutlich waren es die Minusgrade im Januar 45, die sich der damals 15-Jährigen ins Gedächtnis gebrannt und dabei die Erinnerung an mildere Winter einfach ausgelöscht hatten. Mit einem Seufzer lehnte sich Beate ins Polster zurück. Der Blick aus dem Fenster lohnte kaum noch. Dichter Nieselregen hüllte alles in graue Trübnis. Vielleicht war es doch keine so gute Idee gewesen, sich im Winter hier auf dem Lande zu vergraben, fernab von allem, was ihr daheim die Luft abschnürte. Sie straffte die Schultern. Sicher, noch hatte sie Atem, auch wenn es in ihrem Leben momentan drunter und drüber ging, ihre Arbeit als Buchillustratorin kaum noch Geld abwarf und die amourösen Eskapaden des von der Midlifecrisis geschüttelten Ehemannes am Selbstwertgefühl nagten. Sie bekam Luft, aber es war längst kein tiefes, ruhiges Durchatmen mehr. Der Wunsch, sich irgendwohin zu verkriechen, war in den letzten Monaten immer stärker geworden. Anfang Dezember, nach einem längeren Telefonat mit Hilla, hatte ihr Entschluss dann festgestanden. Sie würde die Adventszeit in einer kleinen verschwiegenen Pension in Ostpreußen verleben. Nach allem, was sie über die Heimat väterlicherseits gehört und gelesen hatte, schien es ja wohl keinen besseren, stilleren Winkel zum Abtauchen zu geben. Die letzten Kilometer legte sie im Taxi zurück. Das Land wurde hügeliger, waldreicher, und von der letzten Anhöhe kurz vorm Ziel bot sich den Blicken das windgekräuselte graue Auge eines Sees dar. Ohne sich um den Regen zu kümmern, streckte Beate den Kopf durchs heruntergekurbelte Seitenfenster. Klare, feuchte und überraschend kalte Luft strömte herein. „Riecht schon nach Schnee!“, behauptete ihr Chauffeur, und es klang so überzeugt, dass Beate plötzlich Hoffnung schöpfte, doch noch einen von Hillas hoch gerühmten Wintern erleben zu dürfen. Tatsächlich klarte schon am nächsten Tag der Himmel auf. Es wurde zunehmend kälter, Raureif legte sich übers Land. Die Besitzer der kleinen Hotelpension hegten keinerlei Zweifel: Ihre Gäste würden in wenigen Tagen ein weißes Zauberreich erleben. Außer Beate hatte sich noch eine Hand voll Naturliebhaber und Heimwehtouristen einquartiert. Während die einen per Fernglas das Wild bei seiner Nahrungssuche beobachteten, wandelten die anderen auf den Spuren ihrer Vorfahren.

Beate erfüllte eine große Dankbarkeit gegenüber dem Land

Abends am Kamin saß man dann gern bei einem Glas Wein oder Punsch beisammen. Auch wenn es dabei oft zu guten Gesprächen und echtem Gedankenaustausch kam, unterwegs war Beate am liebsten allein. Stundenlang wanderte sie auf den jetzt hart gefrorenen Wegen, hielt ihr Gesicht der matten Wintersonne entgegen und atmete nichts als Stille. Ihre Gedanken kamen zur Ruhe, ordneten sich und gewannen an Klarheit. Beruflich würde sie sich neue Tätigkeitsfelder erschließen, neue Kontakte knüpfen müssen. Und privat? Seit sie hier war, rief Wolfgang täglich bei ihren Wirtsleuten an und fragte nach ihr. Und jedes Mal ließ Beate sich verleugnen.

Einige Tage später fing es an zu schneien. Erst langsam, in weichen, großen Flocken, dann immer dichter, immer ungestümer, bis das kahle, graubraune Land unter einer geschlossenen Schneedecke lag. Entzückt, mit einer fast kindlichen Freude, schaute Beate dem Wirbeln zu. Das war er also – Hillas ostpreußischer Winter! Und tatsächlich hatte sie nie zuvor ein so grenzenloses Weiß, eine so tiefe Lautlosigkeit erlebt wie auf ihrer ersten Schneewanderung. In einem Wintersportort in den Alpen hätte sie das Fehlen von gespurten Loipen vielleicht als Mangel empfunden. Hier aber vermisste sie nichts. Das weite Blau des Himmels über dem glitzernden Schnee genügte. Genügte, um alle Sorgen, Kümmernisse und letztlich auch die eigene Person nicht mehr so wichtig zu nehmen.

Wolfgangs Ankunft im Hotel überraschte sie zwar, brachte Beate aber keineswegs aus dem Gleichgewicht. Gemeinsam stapften sie durch knirschenden Schnee, sprachen Dinge an, die sie zu Hause vielleicht unter den Teppich gekehrt hätten, und schwiegen oft in einer Weise, die ihre immer noch starke Verbundenheit besser zum Ausdruck brachte als es Worte je vermocht hätten.

Nach einem üppigen Festmahl mit Karpfen und Wodka, trat Beate noch einmal vor die Tür. Eisige Kälte schnitt ihr in die Wangen. Trotzdem ging sie nicht sofort wieder hinein ins Warme. Ein zärtlich-dankbares Gefühl diesem Land gegenüber erfüllte sie. Was sie nicht mehr wiederzuerlangen geglaubt hatte, das war ihr hier geschenkt worden – ein tiefes, ruhiges Durchatmen.

Renate Dopatka

Erfolgreiche Spurensuche nach dem Elternhaus

Vater nimmt gemeinsam mit zwei Söhnen Strapazen und Abenteuer auf sich – Hof blieb immer in der Erinnerung der Familie

Die Sonnenstrahlen der Morgensonne erhellen das Gesicht meines Vaters. Es sieht friedlich aus. Es ist, als ob der liebe Gott ein Licht angeschaltet hätte, um ihn zu begleiten. Die Vorfreude hat uns alle erwischt. Meter für Meter arbeitet sich unser Auto durch den matschigen Waldweg. Manchmal haben wir das Gefühl, es geht nicht weiter und dann schafft es Arno doch wieder: Wieder ein Stück des Weges geschafft hin zum Ziel: Der Heimat meines Vaters.

In diesem Moment sehe ich mich wieder in meinem alten Holzbootsandkasten über 35 Jahre zurück. Mein Großvater hat ihn mir gebaut: Ein altes Boot als Sandkasten umfunktioniert draußen im Garten unseres Hauses. Ein Paradies für Kinder. Wieder und wieder baue ich im Sand: ein Haus, einen Stall, eine Scheune. Die Heimat meines Vaters und die Heimat meines Großvaters. Stolz schaue ich meinen Vater und auch meinen Großvater an: „Und sah es bei euch damals so aus?" Mal gelingt der Bau auf Anhieb und mal muss ich den Stall ein bisschen in eine andere Richtung korrigieren. Aber immer ist sie da: Die Sehnsucht

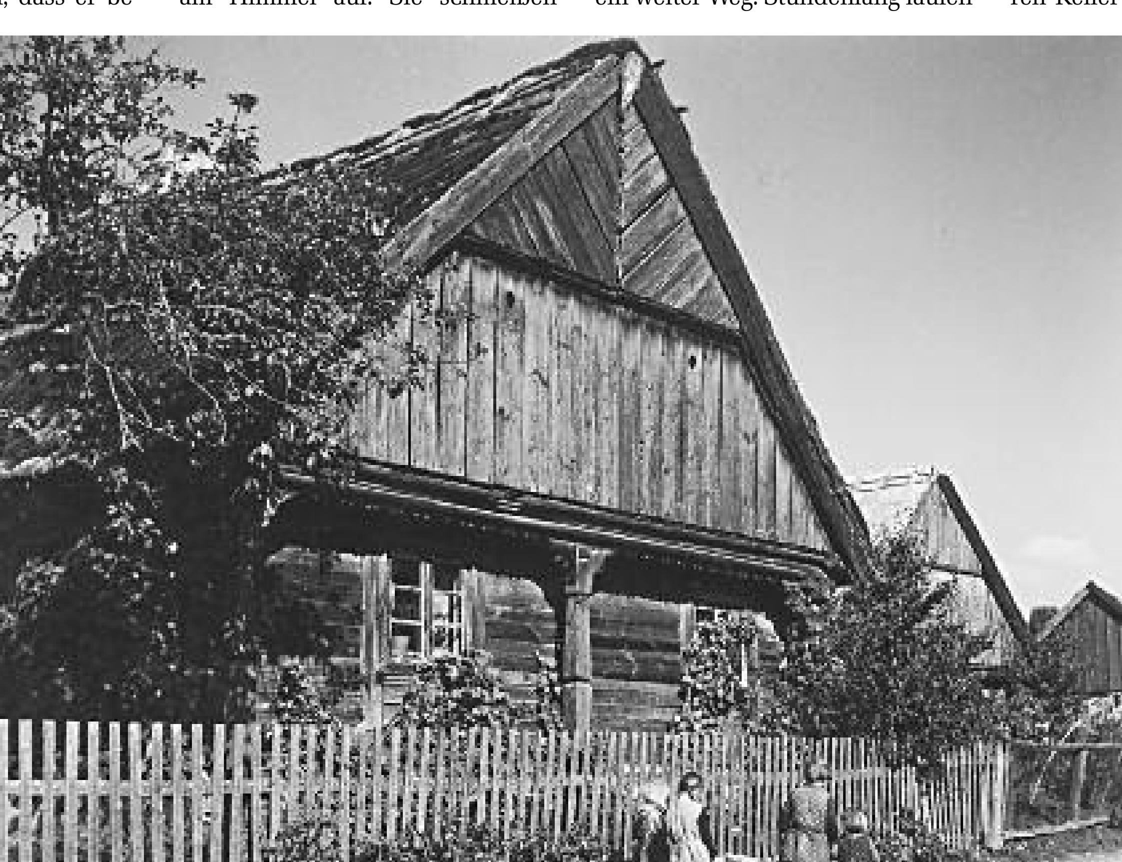
Im Sandkasten immer wieder den Hof des Großvaters gebaut

nach der Heimat meines Vaters und meiner Großväter: Ostpreußen.

Immer wieder frage ich nach den Tieren, den Feldern, den Wiesen, den langen Fahrten mit dem Schlitten im Winter, die Schlittschuhfahrten auf dem heimatlichen Teich. Vor meinen Augen sehe ich ein Bild – ein Gemälde: Der Hof meines Vaters. Dieses Bild hing an der Wohnzimmerwand meiner Großeltern. Diesen Hof mussten sie gemeinsam mit meinem Vater und seinen Geschwistern auf der Flucht vor über 65 Jahren verlassen. Mein Vater war damals fünf Jahre alt. Unglaublich, dass er bereits ein Jahr später mit sechs Jahren wochenlang allein auf seine vier kleineren Geschwister aufpassen musste. In dieser Zeit war sein Vater als Soldat im Krieg und seine Mutter auf „Hamstertour", um etwas Essbares für ihre fünf Kinder und sich zu ergattern. Das wenige Essen musste mein Vater dann so einteilen, dass alle Kinder überlebten, bis die Mutter wieder mit neuer Nahrung zurückkam. Oft erzählte er mir davon, wie seine jüngeren Geschwister heulend um mehr Essen baten und er es ihnen nicht geben konnte. Welche Verantwortung für einen so kleinen Kerl.

„Jetzt geht es nicht mehr weiter". Arno, unser Reisebegleiter, holt mich aus meinen Gedanken. Wir sind kurz vor dem Ziel und jetzt soll es nicht mehr weiter gehen? Mitten im Wald ist der Weg unbefahrbar geworden. Das Auto steckt fest. Arno schaut uns an: „Den Wagen krieg ich schon irgendwie hier raus. Geht ihr mal zu deinem Hof, Gottfried". Wir bedanken uns bei Arno und ziehen los. Mein Vater, mein Bruder Manuel und unsere Reisführerin. Eine Russin, die sehr gut deutsch spricht.

Immer weiter gehen wir durch den Wald. Mein Vater erzählt uns, wie er als Kind am Waldrand mit seiner Tante unterwegs war, um eine Kuh einzufangen. Plötzlich tauchte ein russischer Tiefflieger am Himmel auf. Sie schmeißen



Spurensuche in Ostpreußen: Wie sah das Dorf aus, in dem Vater und Großvater zu Hause waren? Bild: Archiv

sich sofort beide in einen Graben am Waldrand. Doch der Pilot hat beide entdeckt und eröffnet das Feuer. Immer wieder fliegt er so tief über den Boden, dass mein Vater sogar sein Gesicht sehen kann. Doch mein Vater und seine Tante schaffen es, zu entkommen. Immer wieder habe ich ihn als Kind gebeten, mir diese Geschichte zu erzählen. Doch diesmal am Ort des Geschehens ist sie so real vor Augen wie nie zuvor.

Dann erreichen wir eine wunderschöne Allee. Vor der Allee müssen wir klettern. Denn eine eingestürzte Brücke verhindert den einfachen Weg. Mein Vater geht voran. Voller Spannung warten wir auf den Moment, an dem mein Vater sagt: „Hier stand der Hof." Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Stundenlang laufen wir durch brusthohe verwilderte Felder. Kaum zu glauben, dass dieses Ostpreußen die Kornkammer Deutschlands war. Mit seinen über 70 Jahren ist mein Vater gut zu Fuß. Unermüdlich arbeitet er sich durch das Dickicht. Er beschließt, dass wir am Bach entlang gehen, denn der Hof lag am Bach. Plötzlich ein Strahlen im Gesicht meines Vaters: „Hier, der Brückenpfeiler am Bach. Hier war unser Hof." Bei uns allen ist eine große Freude zu spüren. Wir haben es geschafft. Wir stehen mitten in dem kleinen Örtchen Bärenfang oder was davon übrigblieb. Mein Vater kommt aus diesem Dorf. Immer wieder dreht sich mein Vater in alle Richtungen. Dann ist es soweit: „Hier stand das Wohnhaus, hier der Stall, hier die Scheune und hier hatten wir unseren Keller mit Vorräten. Wir dachten ja, dass wir nach kurzer Zeit wieder zurückkommen würden." Bewegt erklärt uns mein Vater, wie es früher hier ausgesehen hat.

Dann entdecken wir etwas ganz Besonderes. Mitten im Nichts sind Apfelbäume und Birnbäume gewachsen. Sie sind nicht veredelt und wohl aus Kernen entstanden. Auf dem Platz des früheren Wohnhauses bricht ein feierlicher Moment an. Wir essen Äpfel und Birnen in der Heimat meines Vaters.

Unsere Dolmetscherin hört mit Tränen in den Augen zu – auch wir haben Tränen in den Augen, ein unvergesslicher Moment. Mein Vater ist nicht voller Groll und Zorn, weil er seine Heimat verloren hat. Er freut sich hier zu sein und seinen Söhnen seine Heimat zeigen zu dürfen. Er betet für die Menschen, die jetzt hier in der Gegend leben.

Dann ist es soweit. Es wird Zeit, Abschied zu nehmen. Wir machen uns auf den Rückweg. Wir gehen etwas anders als auf dem Hinweg und machen eine interessante Entdeckung. Plötzlich sehen wir einen Hof in weiter Ferne. Wir gehen weiter in diese Richtung. Majestätisch ragt der Hof über die verwilderten Felder. Als wir näher kommen, sehen wir ein Bild des Verfalls – wie so oft in dieser Gegend. Die halbe Scheune ist eingestürzt. Vor vielen Fenstern hängen einfach nur Säcke. Dann kommt uns ein stolzer Reiter entgegen. Es ist leicht, sich vorzustellen wie es früher hier war. Hühner laufen frei herum und Pferde galoppieren durch die Felder. Der Reiter kommt näher. Kurz begrüßt er uns. Wir erfahren, dass bis in die 70er Jahre der Hof meines Vaters noch stand und dann eingeebnet wurde. Die Abendsonne gibt der rauen und verwilderten Gegend einen milden und phantasievollen Glanz.

Endlich fand die Gruppe Pfeiler und Reste der Fundamente

Wir erreichen die Allee. Arno hat es geschafft, sich mit dem Auto fast an die eingestürzte Brücke heranzuarbeiten. Wir geben ihm einen Apfel vom Hof meines Vaters. Dankbar und bewegt gehen wir zum Auto. Diesen Tag werden wir nie vergessen. Nach all den Jahren der Sehnsucht nach der Heimat meines Vaters ist es heute soweit gewesen, sie zu sehen. Nachdem mein Vater seine Heimat wieder gesehen hat, hat er Frieden bekommen. Nach all den Jahren mit Alpträumen in der Nacht, wieder und wieder träumte er davon, wie der Tiefflieger ihn und seine Tante bombardiert hatte. Immer wieder sah er auch im Traum das Gesicht des Piloten, bis er schweißgebadet mitten in der Nacht aufwachte und das viele, viele Jahre lang. Diese Träume sind gegangen und nicht mehr wieder gekommen.

Und immer wieder sehe ich ihn vor mir: Meinen Vater, mitten im Feld, einen Apfel in der Hand und wärmende Sonnenstrahlen im Gesicht – mitten in seiner Heimat Bärenfang. Das werde ich niemals vergessen.

Ulf Ramminger

Kreuzworträtsel (Fragen im Rätselgitter):

geistliches Lied; Druck, Nötigung; Folgsamkeit; Höflichkeit; kleine, undeutliche Schrift; afrikanische Großkatze; den Acker umbrechen; Gebiet des eigenen Staates; Ärger, Wut; sich Wissen aneignen; Gruppe von Kartenspielern; Farbton; Wasservogel; Gedichtzeile; Essen, Nahrung; Gemüsepflanze; abschließend, beendend; Übereinstimmung; deutsche Stadt am Rhein; Macht, Befugnis; weibliche Anrede; Lobrede; astrologisches Kartenorakel; ungesetzmäßig; unterer Bereich des Weltmeeres; im Jahre (lateinisch); Güte, Nachsicht; Luftkissen im Auto (engl.); Reizleiter im Körper; Wonne, Vergnügen; Gestein aus Kalk und Ton; fleißig, unermüdlich; Augendeckel; kleines, ärmliches Haus; Geschäftszimmer, -stelle; Irland in der Landessprache; ausgezeichnet, prächtig (ugs.); offizielle Erlaubnis, Genehmigung; bewirten, servieren; Tadel; Ausdehnungsbegriff; Erlösung; eine der Nordfriesischen Inseln; Einfall, Gedanke; Fluss zur Weichsel; Sagenkönig von Sparta; Geige; Schopf, Haarbüschel; spanischer Artikel; Regel, Richtschnur; kein Ding, keine Sache; Wettkampfstätte; Manege; Staat in Südeuropa; Begriff aus Jazz und Popmusik; ein Europäer; bayr. Benediktinerabtei; deutsche Hauptstadt; eine Naturwissenschaft; Wolfsmilchgewächs; altindischer Gott; Schanktisch; Überbringerin; Teil eines Kleidungsstücks; Fabelname des Dachses; demokratische Amtsenthebung; Oper von Verdi; Abschiedsgruß; Sportwette; griechischer Buchstabe; gegorener Traubensaft; Augenflüssigkeit; elektr. Stromstärkemaß; Form des Sauerstoffs; unvollständige Statue; Wortschwall; Dreschplatz in der Scheune; Bewohner eines Erdteils; trocken; mager; Verladeauffahrt; barschartiger Speisefisch; freundlich; dekorative Verzierung; elektr. geladenes Teilchen; ein Wacholderbranntwein; Heldengedicht; früherer Lanzenreiter; weiblicher Wassergeist; Abk. für meines Erachtens; überwinden, bezwingen; Morgenland; jäh, zusammenhanglos; glätten, planieren; Tier oder Pflanze a. fernen Ländern; norddeutsch für Ried, Schilf

PAZ12_01

So ist's richtig:

P A G P R S E V
SPARGEL FINAL KONSENS
TAROT KOELN GEWALT R P
LE IRREGULAER TIEFSEE
EMSIG IW EA NERV R LI
S KATE GNADE U FAMOS
LIZENZ BEDIENEN RUEGE
VIOLINE UN R IDEE RE
DN TOLLE BEFREIUNG M
ARENA OE DAENE
GEOLOGIE BERLIN
N R THEKE E CE
GRIMBART ABWAHL
WEIN L TOTO ETA
ZD AIDA TORSO
TIRADE LO I M S
ORNAMENT ZANDER
AU P EPOS ULAN
BESIEGEN NIXE ME
N ORIENT ABRUPT
EBNEN EXOT REET

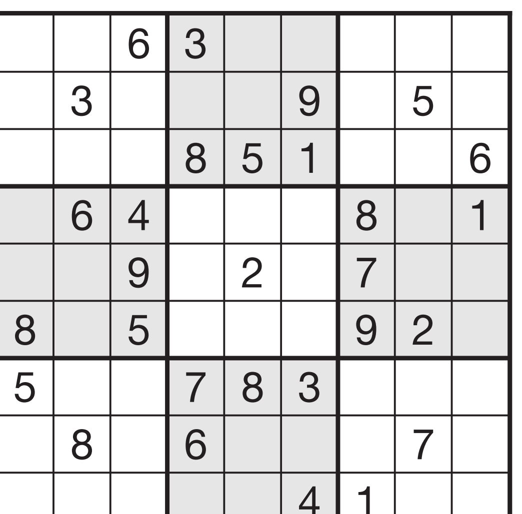
Diagonalrätsel: 1. Beweis, 2. Huefte, 3. Ideale, 4. Ostsee, 5. Zusatz, 6. Empore – Bueste, Statue

Kreiskette: 1. Massiv, 2. Koloss, 3. Flotte, 4. Chalet, 5. Haehne – Maskottchen

Sudoku:

9	5	6	3	4	7	2	1	8
1	3	8	2	6	9	4	5	7
7	4	2	8	5	1	3	9	6
2	6	4	9	7	5	8	3	1
3	1	9	4	2	8	7	6	5
8	7	5	1	3	6	9	2	4
5	9	1	7	8	3	6	4	2
4	8	3	6	1	2	5	7	9
6	2	7	5	9	4	1	8	3

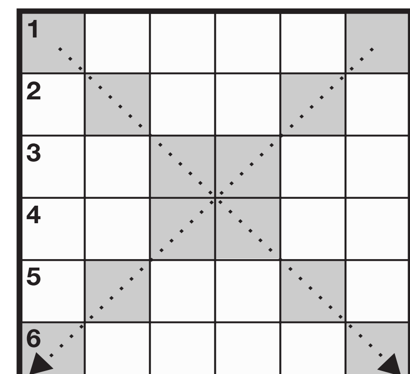
Sudoku



		6	3					
	3				9		5	
			8	5	1			6
	6	4				8		1
		9		2		7		
8		5				9	2	
5			7	8	3			
	8		6				7	
					4	1		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



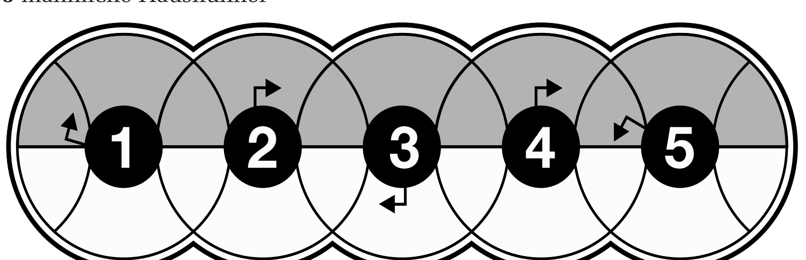
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Skulpturen.

1 Anführung einer Tatsache
2 Körperteil
3 Vorbild, Wunschbild (Mehrzahl)
4 europäisches Meer
5 Ergänzung, Nachtrag
6 Kirchengalerie

Kreiskette

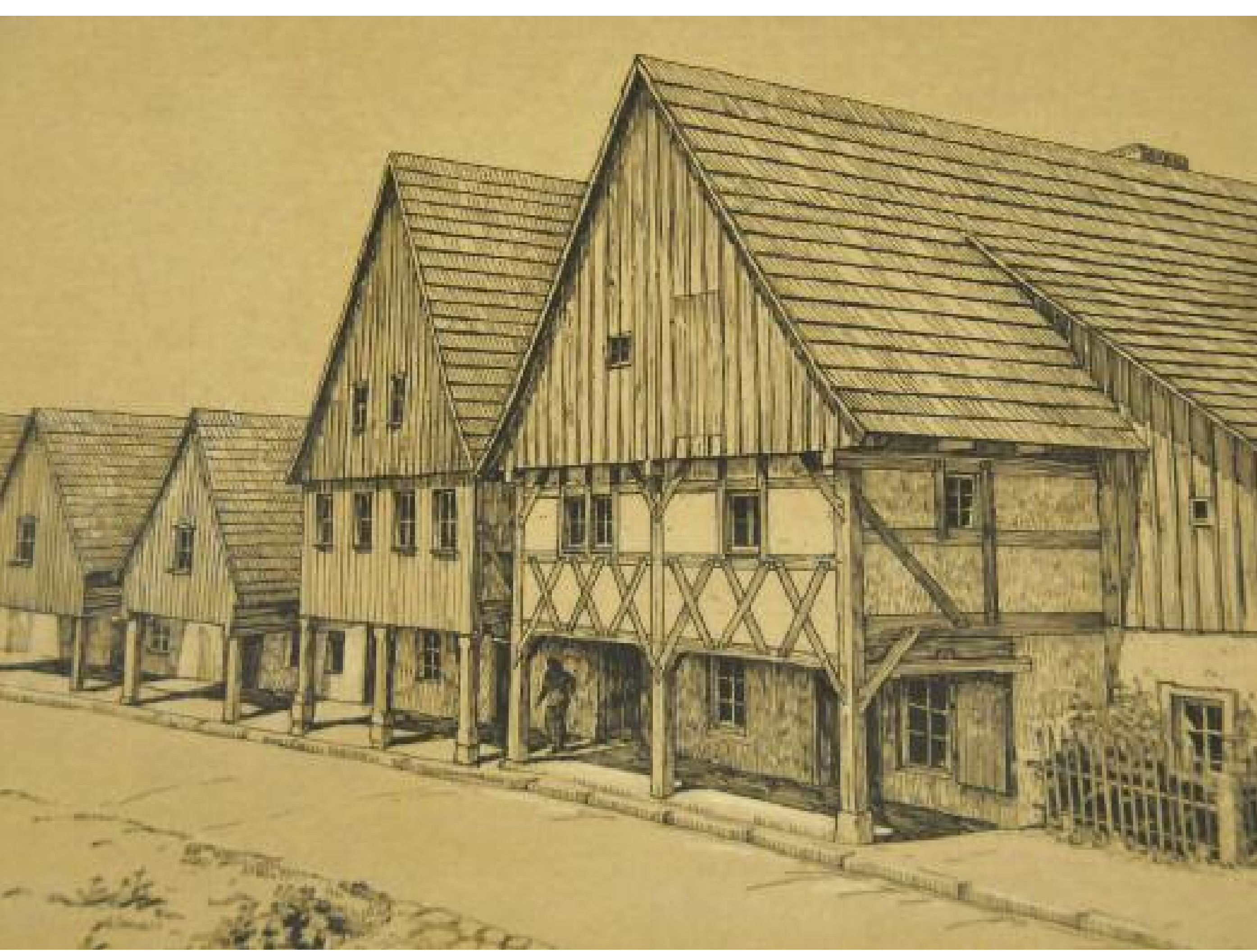
Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Glücksbringer.

1 Gebirgsstock, **2** Ungetüm, **3** Gesamtschiffsbestand, **4** Landhaus, Sennhütte, **5** männliche Haushühner



Holzbauten in Schlesien

Zeichnungen von Ludwig Löwe ausgestellt – Verschiedene Bauweisen festgehalten




Häuser in Schömberg, Kreis Landeshut: Zeichnung der typischen Weberhäuser Bild: Dieter Göllner

Eine neue Sonderausstellung im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott stellt das Thema der schlesischen Holzbauten in den Fokus. Gezeigt wird eine Auswahl von Arbeiten des städtischen Baurats Ludwig Löwe (1901 London – 1980 Freilassing), der bekannte und weniger bekannte Holzhäuser fotografiert und anschließend gezeichnet hat. Wer die Präsentation besichtigt, erfährt auch Wissenswertes zum Leben und Werk des Künstlers.

Auf den Zeichnungen sind unter anderem neben den seit 2001 zum Weltkulturerbe zählenden Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer auch die Kirche Wang sowie Hofbauden aus dem Riesengebirge, Kobelhäuser aus dem Kreis Hirschberg, eine Webersiedlung aus dem Kreis Lauban, eine evangelische Dorfkirche aus dem Kreis Hoyerswerda und ein Bauernhaus aus dem Kreis Bunzlau zu sehen.

> Zum Weltkulturerbe zählende Kirchen und Kobelhäuser

In der Ausstellung im Eichendorffsaal finden sowohl die Schrotholzbauweise, die in der Grafschaft Glatz vorherrscht, wie auch der Fachwerkbau aus den westlicher gelegenen Regionen des Waldenburger Berglandes und des Riesengebirges Erwähnung. Hinzu kommen das Umgebindehaus als Mischform beider Bauweisen, das im Neißetal anzutreffen ist, und nicht zuletzt die im Riesengebirge verbreiteten Bethauskirchen in Fachwerkbauweise. Löwe berücksichtigte im Rahmen seiner Arbeit mehrere Regionen: das Glatzer Land, den Landeshuter Kamm und das Waldenburger Bergland, das Bobertal und schließlich das Neißetal. Typische Beispiele für die einzelnen Landschaften sind bei einem Rundgang durch die Ausstellung zu erkennen.

Ludwig Löwe hat sich bereits Ende der 1930er Jahre mit der Dokumentation der Holzbauweise in Schlesien auseinandergesetzt. Löwe studierte an der Technischen Hochschule in Berlin Architektur und schloss seine Ausbildung zum Regierungsbaumeister bei der Preußischen Bau- und Finanzdirektion ab. Er erhielt im Jahre 1930 die Schinkelplakette des Architektur- und Ingenieurvereins in Berlin für den Entwurf einer Kuranlage und war im Vorstand des Preußischen Staatshochbauamtes in Hirschberg tätig sowie unter anderem für Denkmalschutz zuständig. Löwe stellte fest, dass den mit Holz gebauten Weber- und Bauernhäusern in den schlesischen Gebirgs- und Vorgebirgsregionen aus denkmalpflegerischer Sicht kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dem wollte Löwe entgegenwirken. Deshalb fotografierte er die interessantesten Bauten und fertigte Zeichnungen an. Ab 1939 war er als Regierungsbaurat für denkmalpflegerische Baumaßnahmen zuständig und betreute die Restaurierung zahlreicher Bauwerke rund um Hirschberg. So hat Löwe in Grüssau, Landeshut, Liebental, Löwenberg und Hirschberg viele Bauern- und Weberhäuser, aber auch Betkirchen und Bauden fotografiert. Seine Absicht war, eine Publikation über die Holzbauten der Region zu veröffentlichen. Kriegsbedingt hat der Baurat jedoch sein Vorhaben nicht realisieren können. Er wurde zur Wehrmacht eingezogen, kam 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft und war seit 1946 mit seiner aus Hirschberg vertriebenen Familie in Bayern ansässig. Bis auf einige Zeichnungen und Fotografien, die Löwes Ehefrau mit auf die Flucht nehmen konnte, ist der Großteil des vor dem Krieg gesammelten Materials verloren gegangen. Löwe arbeitete ab 1952 in Köln als Oberbaurat im Bauaufsichtsamt und erst im Ruhestand veröffentlichte er den lange geplanten Band „Schlesische Holzbauten“. Nach historischen Fotografien fertigte er hierfür mehr als 150 Zeichnungen schlesischer Holzbauten sowie zahlreiche Detailstudien an. Die 1969 in Düsseldorf erschienene Publikation ist inzwischen vergriffen und antiquarisch im Haus Schlesien zu erwerben. Die Sonderausstellung im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott ist bis zum 19. Februar 2012 zu besichtigen.

> Erst nach dem Krieg erschien eine Dokumentation

Dieter Göllner

Keilchen mit Speck

Einheitsessen verdrängt Spezialitäten

Lass uns nochmal fahren! Noch geht es, noch können wir es kräftemäßig.“ Sie lässt nicht locker und weil ich nicht so lange Widerstand leisten mag, weil das auch anstrengend ist, sage ich schließlich ja. Wie oft es schon das letzte Mal gewesen ist, weiß ich gar nicht mehr. Also gut. Treffen auf halbem Wege. Sie, meine Freundin aus Kindheitstagen kommt aus dem Süden und ich aus dem Norden, und mit einer Reisegesellschaft geht es mit dem Bus ins gelobte Land. Nun aber bin ich glücklich. Wie oft schon erlebt und immer wieder schön und herzbewegend: dieser Himmel, diese Luft, die einen tief durchatmen lässt, einen berauscht. Das Hotel noch aus alter Zeit, altes Interieur, aber reinlich und der Speisesaal lichtdurchflutet, schön in weiß und gelb eingedeckt. Man sieht die Mühe, die sich Wirtsleute und Personal gemacht haben. Auf den Tischen steht in Glaskrügen „Kompott“, eine Art Saft mit Fruchtstücken drin und Zitronenscheiben. Genau das Richtige nach der langen Fahrt. Dann das Essen: erst eine gute Rindfleischsuppe mit viel Gemüse, dann, ich traue meinen Augen nicht, Keilchen mit ausgelassenem Speck und Schmand. Köstlich. „Kannst die Zunge runterschlukken“ würde meine Tilsiterin sagen, die erst kürzlich verstarb. Wirklich, sie glutschen einfach nur so runter. Dann noch Kaffee und Mohnstriezel. Herz, was willst du mehr. Doch leider, leider kommt das Essen bei den meisten Mitreisenden nicht an und überhaupt, es fehlt das Fleisch, die Salate, die Betten könnten besser sein und es mangelt auch an der deutschen Sprache. Wie schade.

Am nächsten Morgen klärt uns unsere nette Reiseleiterin Zuzanna auf und sagt, es wäre so gut gemeint gewesen, uns mit Spezialitäten aus der Region zu bewirten und entschuldigt sich bei uns. Dabei müsste es umgekehrt sein. Ich schäme mich. Wie dämlich wir doch geworden sind. Am nächsten Tag ist ein riesiges Salatbufett aufgebaut, Riesenschnitzel hängen über den Tellerrand, statt eisgekühltem „Kompott“ gibt es kühle Mienen beim Personal. Aber wir lassen uns die Laune nicht verderben. Machen sogar eine Stakenfahrt mit, auf der wir mit Speck, Wurst, Schafskäse und gebranntem Wässerchen bewirtet werden. Super! Wir beide genießen das Paradies, das es so wohl auch bald nicht mehr geben wird. Nicht weit vom Hotel der See, von dem schon unser Dichter Arno Holz erzählt und in den ich eintauche und auf dem Rücken schwimmend ihn zitiere „der Frühling blüht mein Herz gesund …“. Ach ist das alles schön. Wir gehen zu Zuzanna und erklären ihr, dass nur wir Alten noch die alten Spezialitäten des Landes kennen und zu würdigen wissen. Die meisten unserer Mitreisenden könnten unsere Kinder und vielleicht schon Enkel sein, sie haben diese emotionale Zuneigung zu diesem Land nicht, können sie auch nicht haben, denn ihre Heimat ist längst woanders. Man sieht es auch an den Bussen, die heute, im Gegensatz zu früher, nur noch halb belegt sind. Wir treffen noch Jochen, der hier blieb. Als seine Mutter verschleppt wurde und nicht wiederkam, war er noch ein Kind. Und wohin soll schon ein kleiner Junge gehen, er bleibt da, wo er zu Hause ist. Er holt uns mit seinem Auto ab und zusammen besuchen wir alte vertraute Plätze, erinnern uns, lachen. Wir trinken bei ihm zu Hause Kaffee, er stellt uns seine Familie vor und wir merken, dass er durchaus glücklich und zufrieden scheint. Zwei seiner Söhne sind in Deutschland verheiratet, leben dort. Nein, über eine Übersiedlung denkt er nicht nach, es ist wie es ist, und so ist es gut, meint er, als er uns zurück ins Hotel bringt. Uns dämmert, dass auch ein anderes Leben möglich gewesen wäre. Durch diesen abrupten Einschnitt in unserem Leben in der Kindheit erhielt es einen Bruch, der wie eine Wunde nicht heilen will. Vielleicht muss es deshalb immer noch ein letztes Mal geben? Der letzte Abend steht zur freien Verfügung und wohin geht man zum Essen? Zu Burger King, denn den gibt es im Zuge der Globalisierung inzwischen auch hier.

> Nur noch Wenige schätzen die traditionellen Rezepte

Christel Bethke

Flucht in die Inszenierung

Autobiografie von Vera von Lehndorff: Erst vor der Kamera fand Deutschlands erstes Topmodell Bestätigung

Die Tochter des am Hitler-Attentat 1944 beteiligten Heinrich Graf von Lehndorff leidet noch heute unter der Entwurzelung aus ihrer ostpreußischen Heimat und der Zerstörung ihrer Familie.

„Veruschka ist die schönste Frau der ganzen Welt. Eine wie sie gibt es nur einmal", schrieb Richard Avedon, einer der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts, der zu dem Zeitpunkt bereits Schönheiten wie Marylin Monroe und Brigitte Bardot fotografiert hatte, 1972 in der weltweit den Ton angebenden Modezeitschrift „Vogue" über Vera Gräfin von Lehndorff. Doch kurz danach konnte seine Ikone nicht das liefern, was die „Vogue", mit der sie schon so oft zusammengearbeitet hatte, wünschte: ein „happy face".



Liebt auch heute noch die Selbstinszenierung: Vera von Lehndorff auf der Buchmesse 2011 Bild: pa

Nein, ein glückliches Gesicht, das Leser der Zeitschrift zum Konsum ermuntern würde, das konnte Deutschlands erstes weltweit erfolgreiches Topmodell nicht machen, wie auch. Spukte doch im Kopf der 1939 in Königsberg geborenen Tochter des am Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligten Heinrich Graf von Lehndorff eine traumatisierende Vergangenheit. So unter anderem die Worte „Mama rück, Hunger, Angst", die ihre jüngere Schwester Gabriele in den Monaten, in denen der Vater im Gefängnis auf seine Hinrichtung wartete und die Mutter mit der gerade geborenen Tochter Catharina in einem NS-Arbeitslager war, in Endlosschleife wiederholte. Zusammen mit den Kindern anderer am Hitler-Attentat Beteiligter waren die drei größeren Lehndorff-Töchter Nona, Vera und Gabriele in ein Heim in Bad Sachsa gebracht worden, ohne dass die Kinder ahnten, was geschehen war. Selbst als sie zu ihrer Großmutter mütterlicherseits durften, erzählte man ihnen nichts. In ihrer als Interview verfassten Autobiografie „Veruschka. Mein Leben" klagt Vera von Lehndorff jedoch nicht, sondern äußert die Vermutung, dass die fehlende Kommunikation über das Erlebte nicht ungewöhnlich war: „Deutschland nach dem Krieg war eine emotionale Wüste. Jeder war mit sich beschäftigt. Zum Trauern war keine Zeit."

> Alles verloren: den Vater, das Zuhause, die Heimat

Also flüchtete man in den Alltag, was im Falle der Lehndorff-Frauen nicht einfach war, schließlich war ihr Zuhause, das Schloss Steinort in Ostpreußen, in einem Teil Deutschlands, der nach dem Krieg eben nicht mehr zu Deutschland gehören durfte. Lehndorff: „Ich bin davon überzeugt, dass ein Ort einen Menschen prägt. Wird man aus einer Umgebung, in der man heranwachsen soll, herausgerissen und in eine andere hineingeworfen, grenzt es an ein Wunder, wenn man überhaupt wieder ‚anwächst'."

Bei verschiedenen Freunden und Verwandten fanden Mutter und Töchter Unterschlupf. Doch wer ständig umzieht, kann erst recht keine Wurzeln schlagen. Auch wurden die Lehndorff-Töchter immer wieder bezichtigt, dass sie die Kinder eines Vaterlandsverräters seien. In der Schule meinte eine Lehrerin Veras sogar, sie sei die Tochter eines Mörders. Hinzu kommt, dass Vera oft kränkelte und auf Kur geschickt wurde. Und wieder war sie fort von ihrer Mutter: „Ich wache in einem Kinderbett auf, um mich herum nur Gitter ... Ich denke nur eines: Mutter hat mich verstoßen." Dieses Gefühl, von der Mutter verstoßen worden zu sein, verfolgte Vera von Lehndorff lange. Jahre später, bereits das erste deutsche Topmodell und berühmt, wurde sie erneut von der schon als Kind gehabten fixen Idee, sie trage ein böses Mal und sei schuld am Tod des Vaters, überwältigt. Selbst zahlreiche Therapeuten konnten ihr diese Idee nicht völlig nehmen.

Allerdings ist von Lehndorff nicht die einzige, die regelmäßig von dunklen Gedanken überwältigt wurde. Auch ihre Mutter Gottliebe geborene Gräfin von Kalnein litt oft unter Depressionen und konnte sich deswegen nicht ihrer Töchter annehmen, sodass Kindermädchen, wohl von Freunden der nach dem Krieg weitgehend mittellosen Familie bezahlt, sich um die Mädchen kümmerten, bis diese in ein Internat kamen.



Große Karriere: Doch immer wieder litt Veruschka unter Depressionen Bild: Szenenbild 1966 „Blow up"

Vielleicht erklärt sich so eine Bemerkung, die Marion Gräfin Döhnhoff, Gründerin der Wochenzeitung „Die Zeit" und Patentante von Vera von Lehndorff, anlässlich der Beerdigung von Gottliebe 1993 tätigte: So sagte sie, dass sie Gottliebe nicht gemocht habe, „weil sie schlechtes Blut in die Familie brachte". Allerdings erwähnt Vera von Lehndorff nicht, dass in der Verwandtschaft der Mutter Depressionen vorkamen und vielleicht war Marion Gräfin Dönhoff auch der Stammbaum der Mutter nicht gut genug. Vera von Lehndorff kommentiert Döhnhoffs Äußerungen wie folgt: „Da verschlug es mir die Sprache. Gut dachte ich, hat sie meine Mutter wohl mit einem Pferd verwechselt. In ihrer Jugend hatte Marion viel mit Pferdezucht zu tun gehabt ... Aber Marion war auch tief in ihrer Zeit und Tradition verhaftet, nicht frei von Vorurteilen."

Vera von Lehndorff erinnert sich in ihrer Autobiografie an ihre Kindheit in Ostpreußen, an ihren Vater, die schwierige Nachkriegszeit mit ihrer orientierungslosen Mutter als Leitstern, an die gescheitere Ausbildung, erste Modellversuche, den Durchbruch nach der Erfindung der Kunstfigur „Veruschka", Begegnungen mit Prominenten wie Andy Warhol, Salvador Dali, Peter Fonda, Warren Beatty, Julie Christie und Helmut Newton sowie zahlreiche Film- und Kunstprojekte. Aber sie schildert auch, dass immer wiederkehrende psychische Erkrankungen die Karriere durchbrachen. Wechselnde Liebschaften und Wohnorte verhinderten zudem, dass Vera von Lehndorff jemals wieder irgendwo Wurzeln schlug. Noch heute ist sie ein ruheloser Mensch.

„All das ist Vergangenheit, und doch ist es noch gegenwärtig und beschäftigt mich sehr. Meine Vorstellungen richten sich jetzt aber auf die Zukunft, auf das, was in Steinort entstehen kann", so Lehndorff über ihre Kindheitserinnerungen an Ostpreußen. Das elterliche Schloss soll ein deutsch-polnisches Begegnungszentrum werden, doch der Weg bis dahin ist noch weit, da das Gebäude stark renovierungsbedürftig ist. Immerhin regnet es jetzt nicht mehr hinein, denn Ende letzten Jahres erhielt das Gebäude ein Bitumendach, das die nächsten Jahre halten soll, bevor es wieder mit Ziegeln eingedeckt wird. Auch einige Fehlstellen im Mauerwerk wurden neu ausgefugt, zudem im Inneren stabilisierende Holzstützen eingefügt. Dann, wenn alles fertig ist, soll dort auch ein Teil der alten Möbel und Kunststücke ausgestellt werden, die die Nationalsozialisten nach der Verhaftung des Vaters enteignet hatten. 2010 hatten die Lehndorff-Töchter nach einem Rechtsstreit 430 Möbelstücke, Gemälde, Bücher und Porzellanfiguren unter anderem von dem Museum der Burg Kriebstein, wo die Familienstücke inzwischen hingelangt waren, zurückerhalten.

> Schloss Steinort soll eine Stätte der Begegnung werden

Wer die Fotos der jungen Veruschka sieht, ist hingerissen von ihrer ungewöhnlichen Schönheit, doch nach der Lektüre der Autobiografie weiß man, wie viel Dunkelheit, Schmerz und Orientierungslosigkeit hinter der schönen Fassade stecken. Und so ist auch Deutschlands erstes Topmodell ohne Zweifel als Opfer des Zweiten Weltkrieges zu bezeichnen, der in ihr Wunden schlug, die bis heute nicht verheilt sind.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Eau de Garmisch

Garmisch-Partenkirchen hat als erste deutsche Alpenregion ein eigenes Parfum entwickeln lassen. Anders als bei der erfolglosen Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018 hatten die Macher diesmal den richtigen Riecher und bezogen die Einheimischen bei der Duftfindung mit ein. Der spanische Parfumeur Jimmy Boyd kam mehrfach in den Wintersportort zu Füßen des Wettersteingebirges mit der Zugspitze und schnüffelte nach dem Geist des Ortes. Herausgekommen ist eine Essenz aus Bergamotte und Zitrone, Zedernholz, Kardamom und Moschus. Die Duftmarke soll in Geschäften, Hotels und Pensionen versprüht werden, die Gemeinde hofft auf einen „hohen Wiedererkennungswert". Anrüchig scheint da nur, dass die verwendeten Pflanzen nicht in der örtlichen Flora zu Hause sind. *CR*

Verkannte Leistungsträger

Es ist heute und in unseren Breiten viel von der „Doppelbelastung der Frau" die Rede. Gehen außerhäusliche Berufstätigkeit und Familie zusammen? „Unter den Bedingungen des sogenannten modernen Lebens bedarf es einer Parforceleistung, erfolgreich Kinder großzuziehen und gleichzeitig einem Beruf nachzugehen", schreibt „Focus"-Redakteur Michael Klonovsky in einer „Würdigung verkannter Leistungsträgerinnen" – der Mütter. Eine aktuelle Online-Studie der Nicht-Regierungsorganisation Mouvement Mondial des Mères (MMM) mit dem Titel „Was Müttern in Europa wichtig ist" erbrachte Ergebnisse, die konträr zu einer Familienpolitik stehen, die diesen Namen nicht verdient. Aus den Antworten von über 11000 Müttern geht hervor: Mütter wollen mehr Zeit für die Familie; Mütter wollen möglichst beides: zuerst Familie, dann Beruf und fordern dafür Unterstützung; Mütter wollen mehr Anerkennung für ihre Erziehungsarbeit in der Familie und dafür einen finanziellen Etat, der elterliche Wahlfreiheit für eigene Erziehungsarbeit überhaupt erst erlaubt. MMM will die Stimme der Mütter bei den politischen Entscheidungsträgern und EU-Institutionen zu Gehör bringen. *CR*

Gebet statt Böller, Sakramente statt Sekt

Europäisches Jugendtreffen von Taizé in Berlin – Multikulti-kompatible Allerlösungslehre für jedermann?

Die thematisch ähnlichen Artikelvorschläge auf der Netzseite von Berlins Hauptstadt-Zeitung „Berliner Morgenpost" zeichnen ein düsteres Bild vom Christentum, das aufs Abstellgleis fährt: „Eine Million Deutsche wollen aus der Kirche austreten" oder „Anteil der Christen in Europa stark gesunken".

Wäre da nicht der Hauptbeitrag mit einer ganz anderen Botschaft: Mehr als 25000 Jugendliche waren um den Jahreswechsel friedlich in Berlin zusammengekommen, nicht um der Silvesterparty wegen, nicht um die Occupy-Bewegung fortzusetzen, nicht um gegen Kernenergie zu protestieren – in dieser Stadt, in der bekennende Christen mittlerweile in der Minderheit sind, trafen sich junge Leute aus ganz Europa zu Gebet, Gesang und Glaubensbegegnung. 160 Kirchengemeinden Berlins und des Umlandes trugen das nunmehr 34. Europäische Jugendtreffen mit, empfingen die zumeist mit dem Bus angereisten Pilger – in der Hauptsache aus Polen – und gaben Schülern, Abiturienten und jungen Studenten Unterkunft in ihren Familien. Die Messehallen am Funkturm waren zentraler Anlaufpunkt für die Gottesdienste.

> Undogmatisch, international und auf Versöhnung angelegt

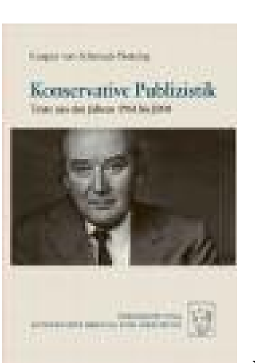
Seit 1978 organisiert die ökumenische Brüdergemeinschaft aus dem französischen Ort Taizé im Burgund einmal im Jahr ein fünftägiges Treffen von Jugendlichen für Jugendliche in einer europäischen Großstadt. Konfessionelle Bindungen und Überzeugungen spielen dabei keine Rolle und haben in der Theologie der Gemeinschaft auch keinen Platz. Nach Brüssel, Posen und Rotterdam war diesesmal Berlin der Gastgeber: zum ersten Mal als wiedervereinigte Stadt, nachdem 1986 Roger Schutz, der unter dem Namen Frère Roger bekannte Gründer und damalige Prior des Männerordens, in Ost-Berlin mit 6000 katholischen und evangelischen Jugendlichen aus Mitteldeutschland gebetet hatte. Die DDR-Behörden verboten dabei die Teilnahme von Westdeutschen.

Bekannt und, wenn man so will, „erfolgreich" ist die Taizé-Bewegung vor allem durch ihre in endloser Wiederholung gesungenen eingängigen Lieder, deren Texte in allen Sprachen gesungen werden und längst auch in manche Gottesdienste der Ortsgemeinden übernommen wurden. Auf Überkonfessionalität, Internationalität und Versöhnung unter den Völkern und Einzelmenschen wird viel Wert gelegt – so viel, dass in Berlin ein Programmpunkt der Besuch einer türkischen Moschee war. Als Gäste sind bei den Jugendtreffen und in Taizé selbst alle willkommen, beispielsweise auch Muslims oder jüdische Gläubige.



Singen und beten in überkonfessioneller Gefühlseinheit: Typische Szene eines Taizé-Treffens Bild: Taizé

Kritiker von evangelikaler oder konservativ-katholischer Seite wenden ein, die Theologie der Brüdergemeinschaft verfälsche den biblischen Heilsweg, indem sie alle schwierigen, „harten" Stellen von Sünde, Hölle, Buße und Umkehr unter der Tisch fallen lasse und selektiv einen nur versöhnlichen, allliebenden Gott verkünde. Auch verwische sie den Unterschied zwischen Gläubigen und Ungetauften, wenn sie lehrt, Gott sei „in jedem von uns gegenwärtig, ob wir Glaubende sind oder nicht". Ein leicht zu konsumierendes, multikulti-kompatibles Christentum für die Eventkultur unserer Tage? *Christian Rudolf*



Belesen und konservativ

Texte von Schrenck-Notzing

Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009) war einer der bedeutendsten und einflussreichsten konservativen Publizisten der Bundesrepublik. Dass ihn das Online-Lexikon Wikipedia als „Vertreter der Neuen Rechten“ ausweist, ist entweder als Zeichen von Unkenntnis oder als ideologische Voreingenommenheit zu werten. Sein Name ist vor allem mit der Zeitschrift „Criticón“ verbunden, die intellektuelle Gegenpositionen zum linken Zeitgeist der 70er, 80er und 90er Jahre bezogen hat. Dort veröffentlichten unter anderem auch Vertreter der „Neuen Rechten“, aber vor allem auch Konservative jeglicher Couleur (Nationale, christliche Konservative, Liberalkonservative). Neben der zeitraubenden Tätigkeit als Herausgeber der Zeitschrift, für die unter anderem Armin Mohler, aber auch C-Konservative wie Alexander Gauland und andere zur Feder gegriffen haben, ist Schrenck-Notzing als Autor von Büchern wie „Charakterwäsche“ und „Honoratiorendämmerung“ sowie als Herausgeber von Werken wie „Konservative Köpfe“ oder „Lexikon des Konservatismus“ hervorgetreten. Als Begründer der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) hat Schrenck-Notzing ebenfalls eine Wirkung entfaltet, die bis heute anhält.

Der FKBF ist ein konservativer Prachtband zu verdanken, der jüngst erschienen ist. Patrick Neuhaus hat für die Stiftung Texte Schrenck-Notzings aus den Jahren 1961 bis 2008 zusammengestellt. Der Göttinger Historiker Karlheinz Weißmann hat eine kundig-knappe Einleitung beigesteuert. Der Band schließt mit einer Auswahlbibliografi des „Criticón“-Gründers, die zum Weiterlesen einlädt. Auf rund 500 eng bedruckten Seiten findet sich eine Auswahl der stärksten Texte aus „Criticón“, der Zeitschrift „Der Monat“, aus „Konservativ heute“ oder auch aus der Publikation „Unsere Agenda“, die Schrenck-Notzing herausgegeben hatte, nachdem er „Criticón“ in die Hände des Bonner Wirtschaftspublizisten Gunnar Sohn übergeben hatte.

Neben interessanten Porträts zumeist konservativer Persönlichkeiten macht uns der Band mit Beiträgen über den Konservatismus, die deutsche Frage und Identität, die Reducation der Besatzungsmächte, den Parteienstaat, die Kulturrevolution von 1968 sowie Texten über Medien, Meinung und Zensur vertraut.

Stand fest zu seinen Überzeugungen

Schrenck-Notzing war in erster Linie ein sehr belesener Intellektueller. Seine Versuche, eine Art Sammelpolitik vorzubereiten, „die allen Strömungen der Rechten jenseits der Union und diesseits der ‚Neos‘ ein Forum schaffen sollte“ (Weißmann), scheiterten letztlich.

Angesichts des Meinungskonformismus, dem wir heute ausgesetzt sind, fehlt eine Stimme wie „Criticón“. Und an die Stelle des intellektuell vielseitig interessierten und beschlagenen Kopfes Schrenck-Notzing ist erst recht kein würdiger Nachfolger getreten. *Ansgar Lange*

***Caspar von Schrenck-Notzing: „Konservative Publizistik. Texte aus den Jahren 1961 bis 2008“**, Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung, Berlin 2011, 480 Seiten, 29,80 Euro*

Weltfremd, dreist und bizarr

Linke Ratschläge, um die Welt zu verbessern

Wie fasst man Sprachlosigkeit in Worte? Zumindest das letzte Kapitel von „Einfache Dinge, die sie tun können, um die Gesellschaft zu verändern“ macht einen sprachlos, die meisten der vorherigen Kapitel hingegen laden dazu ein, die verschiedenen Autoren zu fragen, in welcher Welt sie bitte leben. Ja, das Buch ist von der „taz“ herausgegeben, da weiß man, dass die Autoren an vorhandene Probleme etwas anders ran gehen als bei der *PAZ*, doch manche Vorschläge zur Veränderung der Gesellschaft verwundern doch sehr. So empfiehlt „taz“-Kolumnist Peter Unfried den persönlichen CO_2-Ausstoss zu verringern, indem man ein Auto mit geringem Benzinverbrauch fährt und seine Reisen reduziert. So fliegt er jetzt nur noch alle zwei Jahre mit der Familie nach Kalifornien! Und der Agraringenieur Heiko Piepelow, der wissen müsste, dass wir uns hier in Deutschland in einer sehr wasserreichen Gegend befinden, rät, Wasser einzusparen, da schließlich in vielen Teilen der Welt Wasser knapp ist. Da er erkannt hat, dass sich nicht jeder ein teures Passivhaus leisten kann, rät er zu einer anaeroben Trockentrenntoilette. Was das allerdings den durstenden Menschen in Afrika hilft, erfährt der Leser nicht.

Faszinierend ist, dass fast jedes der 50 Kapitel mit Hinweisen auf Firmen oder Organisationen endet. Es ist schon dreist, dass auf die Frage, wie man sich vor dem nächsten Finanzcrash schützen soll, vom Kauf von Goldbarren abgeraten und stattdessen zu einer Spende für die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation attac geraten wird. Christian Felber, der Sprecher von attac in Österreich, darf im Kapitel „Gemeinwohl-Ökonomie“ dazu aufrufen, Ratingagenturen, Fonds und Börsen zu schließen und Aktiengesellschaften in Bürgerbeteiligungsgesellschaften umzuwandeln. Und Adrienne Goehler, ehemalige Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin, darf für ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Zwang zur Arbeit werben. Wer das aber finanziert und wer dann dafür sorgt, dass der Müll abgeholt und getrennt wird und der Bus uns umweltfreundlich in die Stadt bringt, lässt sie offen.

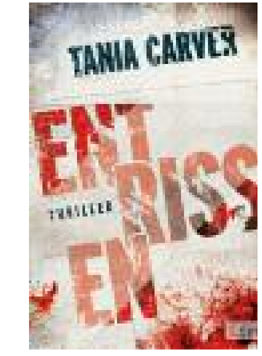
Nur noch alle zwei Jahre nach Kalifornien fliegen

Aber immerhin, der grüne EU-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit gibt in „Global denken und global handeln“ zu erkennen, dass die Unterstützung von vermeintlichen Befreiungsbewegungen in Nicaragua oder Kambodscha die Welt eher schlechter als besser gemacht habe, da viele Linke in den 60er, 70er und 80er Jahren aufs falsche Pferd im Kampf gegen den US-Imperialismus gesetzt hätten. Für die Gegenwart empfiehlt er daher, Ökobewegungen im internationalen Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen. Die ehemalige „taz“-Redakteurin Imma-Luise Harms mag es hingegen regional und schlägt einen ortsgebundenen Tauschring zur Lösung der Euro-Krise vor. Andere Autoren wiederum werben immer schön mit Angabe der Kontaktadresse gezielt für ökologische Betriebe, Banken, Fonds, das Gärtnern, erneuerbare Energien oder grüne Stromerzeuger.

Einzig wertvoll sind die Hinweise auf Organisationen, bei denen man sich ehrenamtlich als Nachhilfelehrer beziehungsweise Mentor von Kindern aus Migrantenfamilien engagieren kann, oder auf eine Laientheatertruppe, die muslimische Kinder über Gleichberechtigung aufgeklärt.

Ob man sich allerdings an die Initiatoren der interessanten Internetseite www.wortwarte.de, auf der neue deutsche Begriffe für in den deutschen Sprachgebrauch eingewanderte Worte gesucht werden, wenden kann, um Worte für die Beschreibung des letzten Vorschlags zu finden? In „Selber sterben statt gestorben werden“ rät Werner Pieper zum rechtzeitigen Freitod durch „Fasten“. Allerdings lässt der Autor offen, wann der richtige Zeitpunkt hierfür ist. Er selbst ist 63 Jahre, so dass sich in den nächsten Jahren zeigen wird, ob er seinen eigenen Rat befolgt. *Rebecca Bellano*

***Ines Pohl (Hrsg.): „Einfache Dinge, die sie tun können, um die Gesellschaft zu verändern“**, Westend, Frankfurt/Main 2011, broschiert, 192 Seiten, 12,95 Euro*



Schwangerenmörder geht um

Krimi über Mord an einer werdenden Mutter

Es klingt übertrieben, doch der Roman basiert auf einem wahren Fall: Im Oktober 2011 hat eine 33-jährige Frau in den USA einer Hochschwangeren ihr Baby aus dem Bauch geschnitten, um es als ihr eigenes auszugeben. Weder Mutter noch Kind überlebten. An der eher seltenen Entführung von Ungeborenen inspiriert sich die englische Schriftstellerin Tania Carver in ihrem Romandebüt „Entrissen“.

In ihrem ersten Fall müssen Inspektor Phil Brennan und die forensische Psychologin Marina Esposito den Mord an einer hochschwangeren jungen Lehrerin und ihrer besten Freundin aufklären. Nach einer Babyparty schlachtete der Täter beide Frauen in der Wohnung bedenkenlos ab, schlitzte die werdende Mutter auf und verschwand mit dem Baby. Angst und Schrecken verbreiten sich in der sonst so idyllischen Küstenstadt Colchester. Unter Hochdruck fahnden die Ermittler nach dem Entführer, denn das Baby könnte noch leben. Zunächst verdächtigt die Polizei den Ex-Freund des Opfers. Als sich herausstellt, dass er auch Kontakt zu zwei anderen brutal ermordeten schwangeren Frauen hatte, erhärtet sich der Verdacht. Obwohl alle Indizien gegen ihn sprechen, zweifelt Marina an der Schuld des Hauptverdächtigen. Sie vermutet eine Frau hinter den grausamen Taten. Doch keiner glaubt ihr und so gerät die Psychologin aufgrund ihrer Schwangerschaft bald selbst in das Visier des Mörders.

Rasantes Tempo, facettenreiche, glaubwürdige Charaktere und überraschende Wendungen sorgen für ein spannendes Lesevergnügen. Die wechselnden Erzählperspektiven bieten dem Leser bald Einblick in die mühsame Puzzlearbeit und das Gedankenkarussell der Kriminalpsychologin, bald in die kranke Psyche des Serienkillers. Lediglich das Finale kommt zu abrupt. Eine andere Ebene erhält der Fall durch die persönliche Beziehung des Ermittlerduos. Die ständigen Rückblenden zu dieser vorangegangen Geschichte und die Einschübe über ihr erneut aufkeimendes Liebesverhältnis wirken bisweilen störend für die Handlung. Sensiblen Gemütern und Schwangeren sei wegen der mit expliziter Schonungslosigkeit beschriebenen Mordszenen von der Lektüre abgeraten. Für hartgesottene Fans liegt bereits die Fortsetzung der Reihe um die junge Ermittlerin, „Stalker“, in Vorbereitung. *Sophia E. Gerber*

***Tania Carver: „Entrissen“**, Ullstein, Berlin 2011, broschiert, 512 Seiten, 9,99 Euro*



Von der DDR unterwandert

Vertriebenenverbände im Visier der Stasi

Bei vorliegendem Buch handelt es sich um die erste grundlegende, aktenbasierte Untersuchung zu den Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik und in West-Berlin, obwohl das Thema mit vorliegender Publikation noch lange nicht erschöpfend abgearbeitet ist. Im oftmals wirklichkeitsfremden politischen Denken der SED-Führung wurden Rolle und Einfluss jener Verbände jahrzehntelang völlig überbewertet und ihnen eine markante Rolle bei der Planung und Verwirklichung einer kriegslüsternen, revanchistischen Politik seitens der politischen Führung der Bundesrepublik zugeschrieben. Deshalb unterlagen sowohl der Bund der Vertriebenen als Dachorganisation wie auch die rund 20 existierenden Landsmannschaften und deren Vorgängerorganisationen einer aufmerksamen Beobachtung und zugleich vielfältigen Zersetzungsmaßnahmen durch das MfS.

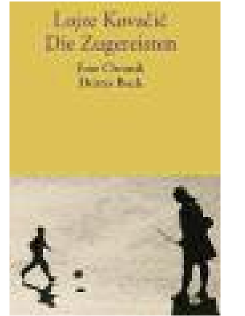
MfS-Agenten agierten durchaus erfolgreich in den einzelnen Organisationen, wie der IM „Kern“ alias Erika Reißmann im BdV von 1972 bis 1985 oder der IM „Kropf“ alias Lothar Roßdeutscher, der von 1952 bis 1985 die „Schlesische Landsmannschaft“ in West-Berlin ausspähte. Die Identität des weiblichen IM „Sitha“, welcher langjährig in der Ostpreußischen Landsmannschaft in Hamburg tätig war, konnte bislang nicht zufriedenstellend geklärt werden. Propagandistisch geschickt wurde sodann die Führung der einzelnen Vertriebenenverbände wegen ihrer angeblichen oder tatsächlichen NS-Vergangenheit (wie Theodor Oberländer oder Walter Becher) seitens der DDR öffentlich angeprangert. Das MfS trug dazu bei, in dem es durch gezielte Ermittlung von personenbezogenen Informationen und die Anlage von geheimen Personaldossiers national wie international Wirkung zeigenden DDR-Publikationen („Braunbuch der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik“ 1965) maßgeblich unterstützte.

Wer spähte die Ostpreußen aus?

Da 20 Jahre nach dem Ende des MfS noch dieselbe Strategie von linken bis linksextremen Kräften in der Bundesrepublik zur Diskreditierung der Vertriebenenverbände gefahren wird, sei hier auf das bekannte Problem der „Kontinuität von Eliten“ hingewiesen. Heike Amos verweist zudem darauf, dass in der DDR-Volkskammer während der 50er Jahre unter Anlegung gleicher Maßstäbe gleichfalls etwa 40 Prozent „Belastete“ zu finden gewesen wären. Leider geht die Verfasserin in ihrem Buch nicht näher auf die Auswahl und fachliche Qualifikation der jeweiligen MfS-Offiziere ein, welche sich mit den Vertriebenenverbänden beschäftigten. So bleibt unklar, ob sich bei diesen Geheimdienstlern eine Herkunft aus Ostdeutschland und den Oder-Neiße-Gebieten bei der Karriere als förderlich oder hinderlich erwies und wie sich diese Offiziere die dienstlich notwendigen Kenntnisse zur Geografie und Geschichte der Ostdeutschen sowie über Flucht und Vertreibung zu verschaffen wussten. Viele Informationen über die Vertriebenenverbände wurden durch das MfS auch an die Partner-Geheimdienste Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion weitergereicht.

Heike Amos stützt sich in ihren allgemeinen Darlegungen zur Geschichte und dem politischen Einfluss der Vertriebenenorganisationen stark auf Manfred Kittel („Vertreibung der Vertriebenen“, 2007) und Matthias Stickler („Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, 2004), obwohl sie gerade letzteren an manchen Stellen glaubt, kritisieren zu müssen. Wenn Heike Amos zukünftig aus Zeitschriften zitiert, etwa dem „Spiegel“, so sollte sie praktischerweise bei den jeweiligen Artikeln nicht nur den Jahrgang, sondern auch die Nummer der Zeitschrift angeben. *Jürgen W. Schmidt*

***Heike Amos: „Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis1989“**, Oldenbourg München 2011, geb., 322 Seiten, 49,80 Euro*



Unnötig

Roman über Deutsch-Slowenen

Marcel Reich-Ranicki hat Recht: Wenn Erwachsene versuchen, aus der Froschperspektive eines Kindes Literatur zu schreiben, kommt oft nur Krampf heraus. Lojze Kovacics „Chronik“ „De Zugereisten“ eines halbwüchsigen Deutschen im Nachkriegs-Slowenien besätigt diese These.

Slowenien gehörte 1945 zu Jugoslawien, wo es keine sowjetischen Besatzer gab. Dafür herrschte für kurze Zeit grenzenlose Bewunderung für alles Sowjetische, obwohl sich die Russen in slowenischen Dörfern als Räuber und Vergewaltiger aufführten. Die unfreiwillige Komik dieser (in Osteuropa einmaligen) freiwilligen Unterwerfung haben slowenische Autoren wie Tone Partljic brillant verarbeitet – Kovacic hat sie nie mitbekommen.

Das Dahingeplätscher der Chronik wird mitunter durch Konflikte unterbrochen, die kaum glaubwürdig sind. Durch Denunziation gerät die Hauptfigur in immer neue Kerker mit deutsch-slowenischen Insassen, weil aber Wächter Formulare verwechseln, kommt er frei, hält sich als Journalist über Wasser – alles wenig aufregend.

Kovacic schildert hysterische Massenveranstaltungen, politisches Spitzelwesen und Schauprozess-artige Jugendtreffen. Er trifft die Dogmatik der Zeit gut, übertreibt aber die Anklage, was DDR-erfahrene Leser sofort erkennen. Solche Szenen sind jedoch knapp, länger verweilt er bei pubertären Bettszenen, endlos und unerotisch.

Unhistorisch sind die letzten 80 Seiten dieser „Chronik“, die dem Ausbruch des Tito-Stalin-Konflikts 1948 gelten. Kovacic behandelt ihn, als hätten in Slowenien die verstocktesten Stalinisten gelebt. Im Gegenteil, wie vor Jahren Vesna Marcic in zwei TV-Filmen dokumentierte. Sei's drum – eines Satzes wegen verzeihe ich alle Schwächen dieses Buchs: „Die marxistische Dialektik ist eine Methode, die es jedem Trottel ermöglicht, einen unglaublich intelligenten Eindruck zu machen.“ *W.O.*

***Lojze Kovacic: „Die Zugereisten – Eine Chronik“**, dtv-Verlag München 2011, 598 Seiten, 12,90 Euro*

MELDUNGEN

Namen mindern soziales Prestige

Berlin – Der Vorname kann das Schicksal eines Menschen stärker als gedacht beeinflussen. Psychologen der Berliner Humboldt-Universität haben herausgefunden, dass Namen wie Kevin, Marvin, Justin, Chantal, Mandy oder Celina auf Flirt-Portalen im Internet weitaus weniger häufig angeklickt werden als Alexander oder Charlotte. Dabei waren für die 47 000 Probanden nur Name, Alter und Postleitzahl des möglichen Flirtpartners ersichtlich. Erstgenannte Vornamen können demnach das soziale Prestige erheblich mindern. *H.H.*

Gedenkminute für Kim Jong-il

New York – Der Präsident der UN-Generalversammlung, Nassir Abdulaziz al-Nasser, hat einem Antrag Nordkoreas zur Abhaltung einer Gedenkminute für den verstorbenen Machthaber Kim Jong-il zugestimmt. Die von Vertretern westlicher Staaten boykottierte Gedenkminute wurde vor Beginn einer Routine-Sitzung der Generalversammlung abgehalten. *N.H.*

ZUR PERSON

Erzwinger des Friedens

Der Tod holte ihn im Schlaf: Am Abend des 1. Januar starb in Skopje **Kiro Gligorov**, 1991 bis 1999 erster Präsident der souveränen Republik Makedonien. Seine kluge Führung befähigte das Land, als einziger Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens vom dortigen Bürgerkrieg verschont zu bleiben. Wie er es geschafft habe, Makedonien als „Oase des Friedens“ zu bewahren, fragte man Gligorov im März 1993 vor dem Bonner Europa-Dialog. „Äußerer Friede resultiert aus innerem, wir koexistieren friedlich mit 23 ethnischen Minderheiten“, sagte er, die wahre Lage etwas rosig malend: In West-Makedonien hatten albanische Separatisten gerade versucht, eine Kosovo-Kopie namens „Ilirida“ zu etablieren, was der Präsident mit gebotener Härte unterbinden ließ.

Kiro Gigorov wurde 1917 im ostmakedonischen Stip geboren, studierte bis 1939 Jura in Belgrad, kämpfte im Zweiten Weltkrieg gegen die bulgarischen Besatzer und war Anfang August 1944 Delegierter auf der legendären Tagung im Kloster Prochor Pschinski, auf welcher die Republik Makedonien (in der jugoslawischen Föderation) proklamiert wurde. Im alten Jugoslawien bekleidete er höchste Ämter, gehörte aber nie zum innersten Zirkel um Tito.



Als Jugoslawien 1991 zerbrach, warb er mit dem Bosnier Alija Izetbegovic für eine „Konföderation“, fand aber bei Serben und Kroaten kein Gehör. Monatelang verhandelte er mit der jugoslawischen Armee, bis sie am 15. April 1992 endlich aus Makedonien abrückte. „Äquidistanz“ war fortan Gligorovs Credo, das er gegenüber allen Nachbarn praktizierte. Das Land überstand zwei griechische Totalembargos, Gligorov überlebte Ende 1995 ein Bombenattentat. Jetzt ist er tot, aber Makedonien lebt, ist Mitglied in UN, WTO, Europarat, bald auch in Nato und EU. *W.O.*

Herr Wulff übt sich in Schadensbegrenzung

Zeichnung: Mohr

Kaiser, komm zurück!

Warum wir keinen Präsidenten mehr wollen, woran die Griechen wirklich erkrankt sind, und worüber sich Genossin Lötzsch so freut / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Bald ist es schon hundert Jahre her, dass die Deutschen ihren Kaiser vom Hof jagten. Haben wir die Tat bereut? Die erste Republik, die wir die „Weimarer“ nennen, mündete in einen Totalschaden von apokalyptischen Ausmaßen. Und die zweite? Na ja, die funktioniert seit Jahrzehnten recht ordentlich vor sich hin. Sie tut das allerdings in der öden Glanzlosigkeit eines Leitz-Ordners.

Doch genau darauf ist man ja sogar stolz: Im Unterschied zur Prunksucht und Machtanmaßung der Monarchie sei Deutschland heute ein Hort der bürgerlichen Bescheidenheit – so das eifrig gewienerte Selbstbild der Bundesrepublik.

Ja, denkste! Von Christian Wulff haben wir gelernt, wie Gier (nach unangemessen günstigem Kredit) und Anmaßung (gegenüber der freien Presse) wunderbar zusammengehen mit jener grauen Piefigkeit, die sich Bürgernähe nennt.

Bevor wir uns also noch so einen zumuten, sollten wir ehrlich in uns gehen und uns fragen, ob wir 1918 nicht falsch abgebogen sind. Demokratisch war das Kaiserreich mit seiner Oktoberverfassung ja ohnehin schon, den Rest hätten wir ruhig so lassen können. Jetzt haben wir den Salat! Selbst schuld. Statt uns noch so einen vorzusetzen, sollten Merkel, Gabriel, Trittin und Rösler sich ein Herz fassen, zu den Hohenzollern gehen und Abbitte leisten: Wir haben es ohne Euch versucht, aber nun sehen wir ein – wir schaffen das nicht allein. Alle lachen über uns. Kommt bitte zurück, ab März bauen wir Euch auch das Berliner Schloss wieder auf.

Der Herr Wulff behandelte die Deutschen phasenweise wie einen in wüster Keiferei geschiedenen Ehepartner. Er kommunizierte nur noch über seine Anwälte mit uns. Nein, nein, das war's jetzt mit diesen „Präsidenten“. Noch so einen Vogel möchten wir nicht. Und wir wollen auch nicht mehr schmachtend am Fernseher hängen, wenn in England oder Holland oder sonstwo monarchischer Pomp verströmt wird. Das wollen wir künftig wieder selber haben, hier bei uns, Made in Prussia.

So ein Gekrönter gibt Halt auch an trüben und chaotischen Tagen. In Spanien ist die Krone derzeit so ziemlich das Einzige, was überhaupt noch glänzt. Fast jeder Vierte ist arbeitslos, bei den Jungen bald jeder Zweite. Schon merkwürdig: Nach landläufiger Teutonen-Meinung gehören die Spanier doch zu den Völkern, die sich auf unsere EU-Kosten jahrzehntelang die Taschen vollgestopft haben. Da müsste es denen doch saugut gehen! Tut es aber ganz und gar nicht.

Allerdings ist die Lage auf der hübschen Halbinsel am Atlantik kein Vergleich zu den Zuständen am anderen Ende der EU-Südküste. Mittlerweile haben wir uns daran gewöhnt, die Griechen für naturgegebene Strolche zu halten, die unsere Währung verbrennen. Die Griechen wiederum geben uns die Schuld: Mal nennen sie uns Eroberer, mal zeihen sie uns, wir hätten sie wie die Drogendealer an die Subventionsnadel gelockt, um sie nun sadistisch auf kalten Entzug zu setzen.

> Mit dem geschenkten Geld der EU wurde eine Nation von Abgreifern herangezüchtet

Das ist natürlich lächerlich! Was für freche Spinner! Kann geschenktes Geld ein Land etwa krank machen? Die Antwort muss jeden Umverteilungs-Ideologen schwer erschüttern: Es kann, und zwar wie.

Der „Stern“ hat eine griechische Familie besucht, in der so ziemlich alle unter die Räder der Krise geraten sind. Schlimme Geschichten. Und eine interessante dabei: Die Omi erzählt, dass die Korruption, die ihr Land erwürgt, keineswegs schon immer dagewesen sei. Die sei erst in den 80er Jahren eingesickert, 1987 habe sie erstmals ihren Arzt schmieren müssen, damit er sie behandelt. Seitdem sei es immer schlimmer geworden.

Was war denn ab den 80ern anders als zuvor? Nun, 1981 trat Hellas der EU (damals EG) bei. Seitdem flossen aus europäischen Fördertöpfen Milliarden ins Land, für die man keinerlei Gegenleistung erbringen musste. Genau dieses kostenlose EU-Geld hat das Land verlottern lassen, die Sitten verseucht, wenn man der weisen alten Frau glaubt. Denn erst dadurch ging offenbar die Einsicht verloren, dass hinter Geld harte, ehrliche Arbeit stehen sollte. Stattdessen hat man eine Nation der Schnorrer herangezüchtet.

Witzig nur, dass die EU mit Deutschland vorneweg meint, die griechische Krankheit heilen zu können, indem man dem Patienten noch mehr von dem giftigen Gebräu einflößt. Ein Unionspolitiker beschwert sich, dass wir nur zahlen und die Griechen immer noch nichts anderes täten, als die Hände in den Schoß zu legen. Er sollte sich beim „Stern“ mal die Adresse der griechischen Omi holen. Die kann ihm erklären, wie das alles zusammenhängt.

Viel lieber würde ihm die alte Dame aber wohl davon erzählen, wie sehr uns die Hellenen um unsere „Probleme“ beneiden. Im Vergleich zu deren Misere geht es uns ja wirklich goldig, allerdings kommt das natürlich auf die persönliche Situation an.

Die FDP ist dem Untergang nicht viel ferner als die griechische Volkswirtschaft. Kaum zu glauben, dass es noch schlimmer kommen könnte, mögen sich die Liberalen zu Weihnachten gedacht haben. Leider weit gefehlt: Es kann noch schlimmer: Zur Jahreswende erkor der Chef der „Piratenpartei“ die FDP neben den Grünen zu seinem „Traumpartner“ einer künftigen Koalition.

Entsetzlich: Da bemühen sich die Blaugelben seit Monaten, die letzten Reste ihrer Seriosität zu retten, und nun kommt diese Obergurke von der Kinderladenpartei und verkündet, dass man doch eigentlich ganz gut zusammenpasst. Macht der das mit Absicht? Will er später damit prahlen, dass auch er höchstpersönlich einen Nagel in den Sarg der Freien Demokratischen Partei geschlagen habe? Freunde, die Welt ist schlecht!

Was insbesondere daran liegt, dass in den führenden Positionen immer noch viel zu viele Männer hocken. Das wollen die Initiatoren der „Berliner Erklärung“ endgültig abstellen: Die Frauenquote solle gesetzlich festgenagelt werden. Innerhalb einer Frist sollten erst mal 30 Prozent der Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt werden, später die Hälfte. Wer die Frist verstreichen lasse, dem wird mit „empfindlichen Sanktionen“ gedroht.

Die illustre Schar der Erstunterzeichnerinnen reicht von CDU-Bundesministerin Ursula von der Leyen bis zur Linke-Chefin und überzeugten Kommunistin Gesine Lötzsch – noch so ein „Traumpartner“-Gespann, das wir uns bislang kaum vorstellen konnten (oder eher: vorstellen mochten).

In ihrem Kampf ziehen sie schweres Geschütz an die Front: das Grundgesetz. Gleich am Anfang der Erklärung heißt es: „Seit über 60 Jahren gilt in Deutschland laut Grundgesetz, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. In der Realität ist die Gleichstellung noch lange nicht verwirklicht.“

Da kann man ja wirklich aus der Haut fahren, nicht wahr? Und wenn man die Sätze noch mal liest, geht einem erst recht der Hut hoch. Allerdings aus einem ganz anderen Grund als bei der Erstlektüre. Denn: Im Grundgesetz steht eben „Gleich*berechtigung*“, was aber hat das mit „Gleich*stellung*“ zu schaffen?

Wenn zwei Schüler „gleichberechtigt“ die Schulbank drücken, haben sie die gleichen Möglichkeiten. Allerdings nutzen sie die ganz unterschiedlich, der eine gut, der andere nicht so gut. Wer sie aufgrund angeborener Merkmale (wie etwa das Geschlecht) dennoch „gleichstellen“ will, der muss dem einen Möglichkeiten geben, die er aufgrund seiner Leistungen gar nicht verdient hat, und dafür den anderen stutzen. Wen wundert's, dass Genossin Lötzsch bei so einer Vorstellung begeistert in die Hände klatscht? Was eine „bürgerliche“ Ministerin daran so entzückt, das bleibt indes ihr Geheimnis.

Wahrscheinlich hoffen beide, dass die meisten den Unterschied zwischen „Gleichberechtigung“ und „Gleichstellung“ gar nicht bemerken. Die Hoffnung dürfte berechtigt sein.

MEINUNGEN

***Michael Miersch** nimmt sich im „Focus“ (27. Dezember) der **Kluft** zwischen Selbstverständnis und Wirklichkeit des **grünen Milieus** an:*

„Das grüne Milieu blickt auf die unbekehrten Normalbürger herab, im festen Glauben, Besitzer der Wahrheit zu sein und damit das Recht zu haben, andere zu erziehen und zu maßregeln. Der Verdacht, dass die Wasserprediger Wein trinken, ist berechtigt. Seit den 90er Jahren wurde von Konsumforschern immer wieder nachgewiesen: je grüner das Gerede, desto umweltbelastender der Lebensstil.“

*Der scheidende Bundesverfassungsrichter **Udo di Fabio** erklärt im „Spiegel“ vom 23. Dezember, was er über die Schaffung der **Vereinigten Staaten von Europa** denkt:*

„Den Versuch, dem bundesstaatlichen Modell zu folgen, halte ich für einen Irrtum ... Der angeblich alle Probleme lösende europäische Bundesstaat könnte weit größeren Zerreißproben ausgesetzt sein als die gegenwärtige Union.“

***Hans-Olaf Henkel** schreibt im „Handelsblatt“ (30. Dezember), was er von der von Kanzlerin Merkel angestrebten europäischen **„Fiskalunion“** erwartet:*

„Im Gefolge der ‚Fiskalunion‘ ist jetzt nicht mehr ‚Wettbewerb‘, sondern ‚Harmonisierung‘ angesagt. Für den Fall, dass das nicht klappen sollte, wird das Europäische Parlament sogar unsere Exportüberschüsse bestrafen. Dass sich an diesem Beschluss deutsche Europaparlamentarier beteiligt haben, ist ein weiterer Beleg für den im Gefolge der Europolitik ausgebrochenen Nationalmasochismus der Deutschen.“

Das Unjubiläum

In der Tat, er hilft beim Sparen,
wie jetzt plötzlich nach zehn Jahren
uns der Euro offenbart,
denn statt lang herumzueiern
hat man Jubiläumsfeiern
schlicht und einfach eingespart!

Sparen heißt ja die Devise,
und ob gut, ob schlecht bei Krise,
ist im Grunde ganz egal,
wichtig bloß bei solch Beschlüssen
ist, dass andre sparen müssen –
und falls wir, erst später mal.

Nicht gespart wird allerorten
mit pathetisch frommen Worten,
und so war's von Anfang an:
Friede, Freude, Eierkuchen
gäb's dank Euro zu verbuchen –
irgendwann für jedermann.

Starter-Kits hat's gar gegeben,
wie für Hobby-Bastler eben,
doch es haben unbewerkt
selbst nur Pfuscher – oder eher
hemmungslose Pharisäer
an dem Gaunerstück gewerkt.

Heute lässt ihr ernstes Mahnen
fast den Nachruf schon erahnen -
längst verblasst ist schöner Schein
schöner Münzen, schöner Scheine,
allerdings vom reinen Weine
schenkt uns trotzdem keiner ein!

Tja, die D-Mark hatte Neider
und zur E-Mark durfte leider
nie sie werden, wie man weiß –
fort sind Schilling auch und Gulden,
und zum Ausgleich gibt's mehr Schulden,
denn der Spaß hat seinen Preis ...

Pannonicus